



Plenarprotokoll

44. Sitzung

Mittwoch, 23. März 2011

Gedenken an die Opfer der Katastrophe in Japan.....	3717	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 17/1405	
Gemeinsame Beratung			
a) Regierungserklärung „Energiepolitik für Schleswig-Holstein - verantwortlich und nachhaltig“.	3719	c) Tschernobyl mahnt uns: Atomkraftwerke abschalten!.....	3719
b) Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur Verfassungsklage gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke.....	3719	Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1368	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1360 (neu)		Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1408	
		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	3719
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3723
		Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	3726
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	3730

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3735	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ge- setzes über Grundsätze zur Ent- wicklung des Landes (Landesent- wicklungsgrundsatzgesetz).....	3762
Ranka Prante [DIE LINKE].....	3739		
Anke Spoorendonk [SSW].....	3742		
Olaf Schulze [SPD].....	3745		
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3747		
Lars Harms [SSW].....	3749	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW	
Beschluss: 1. Annahme des Ent- schließungsantrags Drucksache 17/1408		Drucksache 17/1359	
2. Ablehnung der Anträge Drucksachen 17/1360 (neu), 17/1368 und 17/1405.....	3753	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3763, 3772
Gemeinsame Beratung		Petra Nicolaisen [CDU].....	3764
a) Bericht zur Zukunft der JVAen Flensburg und Itzehoe.....	3753	Regina Poersch [SPD].....	3765
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1361 (neu)		Gerrit Koch [FDP].....	3766
b) Zukunft der JVAen in Flens- burg und Itzehoe.....	3753	Ranka Prante [DIE LINKE].....	3768
Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1362 (neu)		Lars Harms [SSW].....	3768
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	3753, 3760, 3760	Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	3769, 3771
Jürgen Weber [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	3754	Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3771
Barbara Ostmeier [CDU].....	3755	Johannes Callsen [CDU].....	3773
Andreas Beran [SPD].....	3756	Olaf Schulze [SPD].....	3773
Gerrit Koch [FDP].....	3756	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss.....	3774
Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	3757	Erfahrung mit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor den Ge- fahren des Passivrauchens in Schleswig-Holstein.....	3774
Silke Hinrichsen [SSW].....	3759, 3762	Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 17/863	
Emil Schmalfuß, Minister für Ju- stiz, Gleichstellung und Inte- gration.....	3761	Antwort der Landesregierung Drucksache 17/1248	
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/1361 (neu)		Dr. Heiner Garg, Minister für Ar- beit, Soziales und Gesundheit..	3774
2. Überweisung des An- trags Drucksache 17/1362 (neu) an den Innen- und Rechtsaus- schuss.....	3762	Peter Eichstädt [SPD].....	3776
		Mark-Oliver Potzahr [CDU].....	3778
		Anita Klahn [FDP].....	3779
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3781
		Antje Jansen [DIE LINKE].....	3782
		Flemming Meyer [SSW].....	3783
		Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 17/1248, an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	3784

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:00 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Die Abgeordnete Anette Langner hat nach § 47 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung des Landtags verhindert ist.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Seit dem 11. März 2011 verfolgen wir mit wachsender Bestürzung die Ereignisse in Japan. Erdbeben, ein Tsunami und schließlich die nukleare Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima haben dort Tausende von Leben gefordert. Unzählige Menschen wurden verletzt, verloren ihr Zuhause und die Grundlagen ihrer Existenz. Weite Landstriche dieses dicht besiedelten Landes drohen auf Jahrzehnte unbewohnbar zu werden. Japan, das zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt zählt, steht dieser Tage am Rande eines Abgrunds, den viele für unmöglich gehalten haben.

Im Angesicht dieser erschreckenden Dimension und des unermesslichen menschlichen Leids fällt es immer noch schwer, unsere Empfindungen in Worte zu fassen. Aber unsere Gedanken sind bei den zahllosen Opfern dieser Katastrophe, bei den Kindern, Frauen und Männern, die ihr Leben und ihre Gesundheit, die ihre Hoffnung und ihre Heimat eingebüßt haben. Wir fühlen mit den Angehörigen, den Freunden und allen, die jetzt Schmerz und Verzweiflung zu tragen haben.

Meine Damen und Herren, wir sind Zeugen geworden, wie schnell Sicherheit und Normalität einer hoch technologisierten Nation verloren gehen können. Diese Erfahrung wird auch Deutschland verändern. Wir haben Schlüsse aus dem zu ziehen, was in Fukushima geschehen ist - nicht übereilt, aber doch zügig, mit Besonnenheit und in großer Sachlichkeit. Die Menschen in unserem Land erwarten von uns, dass wir uns ihrer Sorgen annehmen. Ihre Ängste haben wir ernst zu nehmen. Gerade in Anbetracht der Tragödie von Japan müssen wir Abgeordnete deutlich machen, dass wir nicht in alten Denkmustern verharren. Schließlich ist es eine der großen Stärken der parlamentarischen Demokratie, dass sie sich menschlichen Zweifeln immer wieder

(Präsident Torsten Geerds)

stellt, dass sie getroffene Entscheidungen überprüft und sie - wo nötig - auch korrigiert. Dies zu tun, erfordert Mut und Entschlossenheit, übrigens auf allen Seiten. Mut und Entschlossenheit haben auch die Japanerinnen und Japaner zu beweisen. Nehmen wir uns daran ein Vorbild.

Der Präsident des Deutschen Bundestags hat vor wenigen Tagen dem Wunsch und der Überzeugung Ausdruck verliehen, dass das Parlament die Kraft aufbringen werde, mit dem nötigen Ernst und der angemessenen Sachlichkeit über die sich neu stellenden Fragen der Energie- wie der Umweltpolitik zu sprechen. Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, wir sind Japan in vielfältiger Weise freundschaftlich verbunden. Umso größer ist unsere Bestürzung über das, was dort geschehen ist. Ganz unmittelbar nehmen wir Anteil am Schicksal Japans, einer starken Nation, die in ihrer Verzweiflung nun unsere Solidarität benötigt. Deshalb habe ich dem japanischen Generalkonsul in der vergangenen Woche unser aller Mitgefühl ausgedrückt.

Wir sollten es jedoch nicht nur bei Worten belassen. Naturkatastrophe und Reaktorunglück haben viele Menschen in Not und Elend gestürzt. Es gibt viele Obdachlose, Waisen, Schwache und Kranke, Menschen, die verstrahlt worden und nun dem Tode geweiht sind. Im Katastrophengebiet fehlt es an allem. Ich bin deshalb dankbar, dass Schülerinnen und Schüler der Kieler Humboldt-Schule heute zu uns in das Landeshaus gekommen sind, um für die Überlebenden in Fukushima zu sammeln.

Für den nun vor Japan liegenden Weg, für die Zeit der Trauer und für die Zeit des Wiederaufbaus, wünschen wir den Menschen dort viel Kraft. Der zahllosen Opfer, denen weitere folgen werden, wollen wir nun schweigend gedenken.

Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich an dieser Stelle einen besonderen Ehrengast. Ich begrüße den Erzbischof von Hamburg, Herrn Dr. Thissen. - Seien Sie uns ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2, 4, 5, 7, 33 bis 37, 39 bis 42 sowie 47 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 8, 10, 19, 23 und 43.

Zur gemeinsamen Beratung sind folgende Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1 A, 20 und 28 - Regierungserklärung „Energiepolitik für Schleswig-Holstein - verantwortlich und nachhaltig“, die Anträge zum „Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur Verfassungsklage gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke“ sowie „Tschernobyl mahnt uns: Atomkraftwerke abschalten!“.

Gemeinsam beraten werden sollen auch die Tagesordnungspunkte 21 und 22 - Bericht und Antrag zur Zukunft der Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe -, 14 und 30 - die Anträge „Ausreichend Studienanfängerplätze für Schleswig-Holstein sicherstellen“ und „Strukturen für zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger schaffen“ -, 13 und 46 - die Anträge „Schuldner- und Insolvenzberatung stärken“ und „Auswirkung der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten“ -, 31 und 32 - die Anträge „Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen Bildungs- und Berufsabschlüssen“ sowie „Fachkräftepotenziale besser nutzen“.

Gemeinsam beraten werden sollen auch die Tagesordnungspunkte 25 und 29 - „Studium und Familie besser vereinbar machen“ und „Gleiche Chancen und ‚tatsächliche Wahlmöglichkeiten‘ von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft“.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Die Fraktion DIE LINKE hat mit Schreiben vom 14. März 2011 einen Antrag für die Durchführung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Zukunft der Atomenergie in Schleswig-Holstein“ gestellt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, dass mit der Regierungserklärung begonnen und die Inhalte der Aktuellen Stunde in diesem Rahmen behandelt werden. - Widerspruch sehe ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 16. Tagung.

Wir werden jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

(Präsident Torsten Geerds)

Ich begrüße auf der Zuschauertribüne Schülerinnen und Schüler des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums, Halstenbek. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich Schülerinnen und Schüler der Privatschule Düsternbrook sowie des Kieler Humboldt-Gymnasiums. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 1A, 20 und 28 auf:

Gemeinsame Beratung

a) **Regierungserklärung „Energiepolitik für Schleswig-Holstein - verantwortlich und nachhaltig“**

b) **Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur Verfassungsklage gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1360 \(neu\)](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und SSW

[Drucksache 17/1405](#)

c) **Tschernobyl mahnt uns: Atomkraftwerke abschalten!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1368](#)

Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1408](#)

Meine Damen und Herren, das Wort hat Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vor zwölf Tagen wurde **Japan** von zwei gewaltigen Naturkatastrophen getroffen. Die unmittelbaren Wirkungen und Folgen ver-

ändern seitdem die Welt. Ich bin - wie sicherlich alle hier im Hohen Haus - tief betroffen und nachdenklich angesichts der schrecklichen Ereignisse in Japan.

Mittlerweile wissen wir: Die **Katastrophe** hat für die dort lebenden Menschen entsetzliche, für uns wahrscheinlich kaum vorstellbare Ausmaße angenommen. Die drittgrößte Wirtschaftsnation der Welt erlebt unvorstellbares Leid - menschlich, ökonomisch und technologisch. Mich überkommt ein Gefühl der Ohnmacht bei den Schreckensmeldungen und Bildern, die uns erreichen. Erst das Jahrhundertbeben, dann der Tsunami. Es ist eine Verkettung von Naturkatastrophen, die schließlich in das atomare Unglück von Fukushima geführt hat. Ich bin mit meinen Gedanken und Gebeten bei den Trauernden und Notleidenden in Japan. Unser ganzes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen.

Auch wenn in Deutschland ein solcher Doppelschlag der Naturgewalten nicht zu befürchten ist, bekommen wir trotzdem vor Augen geführt: Es kann Extremsituationen geben, in denen wir eine Technik kaum mehr beherrschen können. Noch immer können wir nicht das ganze Ausmaß der Katastrophe überblicken, doch eines ist bereits traurige Gewissheit: Japan hat Tausende Tote zu beklagen. Erdbeben, Tsunami, Eiseskälte und radioaktive Bedrohung - die Menschen in Japan werden in diesen Tagen unermesslich hart geprüft.

Von ganzem Herzen spricht die schleswig-holsteinische Landesregierung dem japanischen Volk ihr Mitgefühl aus. Japan trauert, und wir nehmen großen Anteil daran. Wir stehen bereit zu helfen. Hilfskräfte aus Deutschland waren im Krisengebiet; die Bundesregierung hat sofort Hilfe angeboten. Ich habe nach den ersten Meldungen umgehend Kontakt aufnehmen lassen mit Schleswig-Holsteins Partnerpräfektur Hyogo. Uns wurde versichert, dass diese Region weitgehend verschont geblieben ist, weil sie weit genug entfernt liegt.

Meine Damen und Herren, vor den Bildern der Zerstörung ist es nicht leicht, eine vernunftbestimmte Debatte über Energiepolitik zu führen. Doch genau diese will ich mit meiner Regierungserklärung anstoßen. Denn Japan zeigt: Wir müssen bisherige Standards unseres Denkens im Licht der aktuellen Geschehnisse überprüfen. Wir müssen neu nachdenken über die Zukunft unserer Energieversorgung. Ich räume unumwunden ein: Die Situation nach Japan ist eine grundlegend andere als vorher, auch für mich. Vielen Menschen in Deutschland geht es ähnlich, ihnen machen die Ereignisse Angst. Diese Ängste nehmen wir ernst, denn die Aufgabe

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

von Politik ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen und die Bürger ohne Angst leben können. Deshalb fragen sich viele zu Recht: Haben wir die Fragen immer richtig gestellt? Haben wir alle Fragen gestellt? Sind die bisherigen Antworten heute noch die richtigen Antworten?

Dabei komme ich im Ergebnis zum selben Schluss wie die Kanzlerin: Fukushima ist eine Zäsur in der Geschichte der technisierten Welt. **Restrisiken** sind keine theoretische Größe mehr, sondern hier zu einer schrecklichen menschlichen Erfahrung geworden. Das macht es aus meiner Sicht erforderlich, die **Laufzeiten** der deutschen Kernkraftwerke größtmöglich zu verkürzen.

Meine Damen und Herren, wir sind auf dem Weg in das **Zeitalter der erneuerbaren Energien**. Schleswig-Holstein ist auf diesem Weg bereits weit vorangekommen. Nach dieser Zäsur geht es darum: Wie können wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien noch schneller erreichen als bislang geplant? Wie lösen wir die Probleme, die wir beim Ausbau regenerativer Energien noch haben? Dafür brauchen wir eine Debatte, die ehrlich ist, die sachlich ist und in der es darum geht, wie das Industrieland Deutschland dauerhaft und sicher mit Energie versorgt werden kann.

Die **Versorgungssicherheit** hat nach der **Betriebs-sicherheit** für den hoch entwickelten Standort Deutschland höchste Priorität. Ich wünsche mir in Kiel und in Berlin eine Debatte, die das Leid in Japan nicht instrumentalisiert. Regierung und Opposition sind ebenso wie Parteien, Verbände und andere gesellschaftliche Gruppen in der Pflicht, diese Debatte respektvoll zu führen. Die Menschen erwarten von uns Redlichkeit im Umgang miteinander. Dazu gehört auch, dass nicht sofort reflexartig von Wahl-taktik gesprochen wird, wenn eine Regierung tut, was ihre Aufgabe ist, nämlich im Angesicht der Katastrophe zu prüfen, ob unser Verständnis von Sicherheit heute noch das gleiche sein kann wie vor zwölf Tagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die **Bundesregierung** hat mit einem **Moratorium** reagiert. Die Laufzeitverlängerung wurde ausgesetzt, und die Ministerpräsidenten der Länder, die Verantwortung für Kernkraftwerke tragen, haben im Gespräch mit der Kanzlerin verabredet, die sieben ältesten Meiler vorerst vom Netz zu nehmen. Auch nach Ende des Moratoriums werden wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Das unterstreicht: Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst. Die in dieser Verkettung von niemandem

vorauszu sehenden Ereignisse in Japan zwingen zur Reaktion, zur Überlegung. Das gilt zu jeder Zeit, völlig unabhängig von Wahlkämpfen.

Wer der Bundesregierung hier Wahl-taktik unterstellt, entlarvt sich als der eigentliche Wahlkämpfer. Das ist übrigens auch deshalb unredlich, weil die Sicherheitslage zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt keine andere wäre, wenn noch der rot-grüne Ausstiegsbeschluss gelten würde. Gar nicht zu reden von der Endlagerfrage; die kann Rot-Grün in seinem Ausstiegsszenario nicht einfach ausklammern. Das ist nicht gerade ein Beitrag zur energiepolitischen Glaubwürdigkeit.

(Bernd Heinemann [SPD]: Das hat ja lange gedauert, bis wir dahin gekommen sind!)

Die Debatte, die wir jetzt führen müssen, ist vielmehr eine nationale Aufgabe. Wir wollen sie mit dem Ziel führen, einen Konsens herzustellen über den weiteren und noch schnelleren Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung hat klare Vorstellungen, wie dieser Weg in Schleswig-Holstein aussehen kann. Wir stehen für eine Energiepolitik, die verantwortlich und nachhaltig ist.

Erstens. **Sicherheit** ist die Maßgabe unseres Handelns. Das ist sie bisher gewesen, und das ist sie heute. So war immer klar, jedes Kernkraftwerk, das in Schleswig-Holstein am Netz ist, muss sicher sein. Die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist das höchste Gut. Das habe ich seinerzeit dem Chef von Vattenfall sehr deutlich gemacht, als ich ihm gesagt habe: Ich muss den Betrieb von **Brunsbüttel** und **Krömmel** vor den Menschen verantworten können. Und gibt es auch nur den geringsten Zweifel an der **Sicherheit der Anlagen**, dann gehen diese nicht ans Netz. Entsprechend haben wir gehandelt. Diese auf höchste Sicherheit bedachte Politik hat auch zu einem klaren Ergebnis geführt: Zwei von drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerken sind seit fast vier Jahren abgeschaltet.

Meine Damen und Herren, ich möchte, dass das auch so bleibt.

(Beifall der Abgeordneten Herlich Marie Todsén-Reese [CDU])

Ich werde in der nächsten Woche entsprechende Gespräche mit den Betreibern führen. Ich werde Vattenfall und E.ON in die Verantwortung nehmen und unmissverständlich darauf drängen, dass sie auf

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

ein **Wiederanfahren** von Krümmel und Brunsbüttel verzichten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Übrigens: Die **atomaufsichtliche Zuverlässigkeitsprüfung** dauert nach wie vor an. Noch immer hat Vattenfall nicht alle Unterlagen vorgelegt, die zur atomaufsichtlichen Beurteilung der Zuverlässigkeit erforderlich sind.

Für uns bleibt es dabei: Es darf kein Reaktor ans Netz, dessen Sicherheit nicht zweifelsfrei belegt ist. Es darf keinen Betreiber geben, dessen Zuverlässigkeit nicht klar ist. Das Kernkraftwerk **Brokdorf** gehört seit Jahren zu den sichersten und produktivsten Kernkraftwerken auf der Welt. Ich habe ebenso wie unsere Atomaufsicht Vertrauen in die Zuverlässigkeit von E.ON als Betreiber. Aber auch Brokdorf wird einer **Untersuchung** unterzogen werden - erst die alten Anlagen, dann die neueren Anlagen, und dann alle anderen kerntechnischen Anlagen, die wir sonst noch haben.

Zweitens. **Kernkraft** wird in Deutschland auch weiterhin als **Brückentechnologie** gebraucht werden. Die Brücke muss dabei so sicher wie möglich gemacht werden. Deshalb ist nicht die schnellste Entscheidung die beste, sondern die sorgfältigste.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Deutsche Bundestag hat im vergangenen Jahr **Gesetzesänderungen** beschlossen, mit der die Sicherheit unserer Kernkraftwerke weiter erhöht wurde. Jetzt müssen wir schauen, wie sich die zugrunde gelegten Risikoannahmen, Einrichtungen und Maßnahmen weiterentwickeln lassen. Auf Initiative der schleswig-holsteinischen Landesregierung haben sich die fünf Bundesländer, die Standorte von Kernkraftwerken sind, am Freitag im Bundesrat unserer Position angeschlossen.

Schleswig-Holstein begrüßt ausdrücklich die von der **Bundesregierung** vorgesehene Einrichtung einer unabhängigen **Expertenkommission**. Diese Fachleute machen sich während des Moratoriums an eine umfassende **Risikoanalyse** aller deutscher Kernkraftwerke. Das Moratorium wird genutzt, um die Erkenntnisse aus Japan mit in die Sicherheitsüberlegungen aufzunehmen. Wir müssen die Ursachen des Unglücks genau analysieren und mögliche technische Schwachstellen an unseren Anlagen beseitigen. Es wird darum gehen, Notkühlung und Notstromversorgung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Auch die Sicherheitsmaßnahmen auf den Kraftwerksgeländen müssen noch weiter dezentralisiert werden, damit im Unglücksfall nicht

mehrere Versorgungsstränge gleichzeitig ausfallen können.

Meine Damen und Herren, ich halte nichts davon, während des Moratoriums eine Klage gegen die Laufzeitverlängerung auf den Weg zu bringen - so, wie es die Grünen mit ihrem Antrag fordern. Diese Klage brauchen wir nicht.

Auch den Antrag von SPD und SSW brauchen wir nicht. Wir sind schon viel weiter, weil wir Krümmel und Brunsbüttel erst gar nicht wieder ans Netz lassen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ansonsten zeichnet sich doch schon jetzt ab: Nach dem Moratorium wird über **Laufzeiten** ganz neu geredet werden müssen. Nach den drei Monaten wird es keine Ausflucht geben. Auch das ist ein Gebot der Redlichkeit.

Auf **EU-Ebene** begrüßen wir den einheitlichen **Stresstest**, den EU-Kommissar Oettinger bis Ende 2011 für alle europäischen Kernkraftwerke anstrebt. Wir brauchen höchste **einheitliche Sicherheitsstandards** in ganz Europa. Denn auch wenn Deutschland Vorreiter beim Atomausstieg ist, damit wir sicher leben können, müssen die Anlagen unserer Nachbarn so sicher sein wie die deutschen. Ich darf an dieser Stelle sagen, meine Damen und Herren: Das wird nicht ganz so einfach sein, weil in anderen Ländern unterschiedliche Philosophien und Auffassungen bestehen. Die Reaktionen, die ich aus Großbritannien, aus Polen, insbesondere aus Osteuropa, aber auch aus Frankreich höre - die dabei noch sehr moderat sind -, lassen diese Aufgabe doch als sehr schwer erscheinen. Aber trotzdem geht es darum, nicht nur bei uns etwas zu tun, sondern die Sicherheit überall zu verbessern.

Drittens. Wir wollen die **kerntechnische Brücke** in das **Zeitalter der regenerativen Energien** so kurz wir möglich halten - Ihrem Zwischenruf entsprechend. Wir wollen dieses Zeitalter so schnell wie möglich erreichen. Da bin ich mit den Regierungschefs der anderen norddeutschen Länder einig. Wir müssen mit Verstand und Augenmaß vorgehen, und der Weg dahin muss zu Ende gedacht werden. Das Tempo muss so gewählt werden, dass wir den Menschen und der Wirtschaft nicht irgendwann sagen müssen: Jetzt steigen die Energiepreise gewaltig, jetzt haben wir eine höhere Importabhängigkeit beim Strom, jetzt tun wir weniger für den Klimaschutz, weil immer mehr Kohle und Gas verheizt werden.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Wer immer noch glaubt, das alles sei mit simplen Antworten zu meistern, der wird der Herausforderung nicht gerecht. Der Antrag der LINKEN kennt leider nur solche Antworten, er bringt uns in der Debatte überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vielmehr müssen wir die **Probleme** lösen, die wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien immer noch haben. Das bedeutet, wir müssen noch intensiver an die Themen **Energieeffizienz, Netzausbau und Speicherkapazitäten** ran. Bei diesen Punkten geht es nicht nur um technische Fortschritte, auch hier geht es um mehr Ehrlichkeit und um mehr Offenheit in der Debatte.

Zur Ehrlichkeit gehört, den Menschen zu sagen, wer raus will aus der Kernenergie, der muss wissen, dass sich unser Landschaftsbild verändern wird. Es wird mehr Windräder, vielleicht mehr Biomasseanlagen und sicher mehr Hochspannungsleitungen geben. Das ist die Folge. Und schließlich sollte uns allen klar sein, den schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie gibt es nicht zum Nulltarif, das schließt auch höhere **Strompreise** mit ein.

Zur Ehrlichkeit gehört auch, den Menschen zu sagen, der einzelne Verbraucher hat mit dem Energiesparen den größten potenzielle Energieverbrauch selbst in der Hand. Energie sparen lässt sich in allen Lebensbereichen, vom Auto über Elektrogeräte bis hin zur Gebäudesanierung. Doch auch das geht einher mit **Kosten** für die Verbraucher.

Zur Ehrlichkeit gehört auch, den Menschen zu sagen, niemand hat eine Lösung in der Schublade, die sofort greift. Die **erneuerbaren Energien** müssen wir im großindustriellen Maßstab erst noch **grundlastfähig** machen. Bis dahin wird es so sein, dass wir auf Gas- und Kohlekraftwerke sowie auch auf Kernkraft angewiesen sind.

Letztlich müssen wir den produzierten Strom dort hinbringen, wo er verbraucht wird. Für Schleswig-Holstein bringt das den Bau von zahlreichen neuen Stromautobahnen mit sich. Denn es ist nun einmal so: Wer Ja zu umweltfreundlichen Energien sagt, der muss auch Ja zum **Netzausbau** sagen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Landesregierung wird dem Landtag nach der Sommerpause ein **integriertes Klimaschutz- und Energieprogramm** vorlegen. In diesem Konzept bündeln wir alle Maßnahmen, mit denen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien noch weiter beschleunigen können. Das erste wichtige Signal haben wir mit dem **Landesentwicklungsplan** bereits

gesetzt. Wir werden die **Windeignungsfläche** hier im Land auf 1,5 % ausweiten. Damit bauen wir unsere Position als Energieexportland weiter aus. Schleswig-Holstein produziert derzeit doppelt so viel Strom wie es verbraucht. Spätestens 2020 wollen wir den schleswig-holsteinischen Strombedarf rechnerisch vollständig aus erneuerbaren Energien decken. Ein Blick auf die **Windenergiebilanz** lohnt sich schon heute.

Innerhalb von 20 Jahren ist es uns gelungen, in Schleswig-Holstein eine Windeistung von mehr als 3.000 MW aufzubauen. Die erneuerbaren Energien decken rechnerisch schon jetzt die Hälfte unseres Strombedarfs. Die aktuelle Prognose des Wirtschaftsministeriums geht davon aus, dass wir im Zeitraum 2015 bis 2020 die **Onshore-Windkapazität** auf 9.000 MW erhöhen können. Hinzu kommen noch rund 3.000 MW aus **Offshore-Windstrom**. Das macht deutlich: Schleswig-Holstein wird seine Stellung als Stromexportland innerhalb Deutschlands festigen und auf die europäischen Nachbarn ausdehnen. Dafür müssen wir entschieden den beschleunigten Ausbau der Netze angehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir schlagen daher eine Drei-Punkte-Roadmap vor, wie das auf Plattdeutsch so schön heißt. Damit bringen wir in den Ausbauprozess mehr Druck, mehr Dynamik und mehr Geschwindigkeit. Punkt eins: Wir brauchen ein **Maßnahmenvorranggesetz**. Wer heute eine Leitung bauen will, der muss einen planerischen Vorlauf von bis zu zehn Jahren einkalkulieren. Das ist viel zu lang. Mit einem Maßnahmen-vorranggesetz, das so ähnlich aussehen könnte wie Gesetze nach der Wiedervereinigung, können wir **Planungen beschleunigen**, den Bürger frühzeitig beteiligen, den Rechtsweg verkürzen und so die Projekte schneller verwirklichen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht nur energiepolitisch sinnvoll, das fördert auch mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land.

Punkt zwei: Wir brauchen eine **Sprinterprämie** für Netzbetreiber. Derjenige Netzbetreiber, der 2012 mit dem **Ausbau** seines **Netzes** beginnt, könnte einen Bonus von 2 % auf die Rendite bekommen. Der Bonus könnte anschließend schrittweise verringert werden. Wer ein Jahr später beginnt, für den könnte diese Prämie 1,5 % betragen, und so weiter. So schaffen wir neue Anreize für den Ausbau der Netze. Damit die Stromverbraucher nicht zu stark belastet werden, sollte die Prämie aus dem **Fonds der Bundesregierung zur Förderung der erneu-**

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

erbaren Energien bestritten werden. Wir werden die Sprinterprämie als Vorschlag in die entsprechenden Arbeitsgruppen beim Bundeswirtschaftsminister einbringen, und ich habe sie gestern schon mit in die Diskussion eingebracht.

Dritter Punkt: Wir müssen in der Planung und in der Verwaltung beweglicher werden. Das bedeutet beim **Leitungsbau** konkret, wenn **mehrere Bundesländer** betroffen sind, dann reicht **eine zuständige Landesplanungsbehörde**. Planungen müssen nicht in allen Bundesländern stattfinden, die zum Teil kaum verzahnt sind. Hier müssen wir auf der Verwaltungsebene dazu kommen, dass wir flotter werden können.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

In der Praxis werden wir mit der geplanten **Stromautobahn** beginnen, die von **Brunsbüttel nach Bayern** führen soll. Mit dieser sogenannten Gleichstromschiene sollten Offshore- und Land-Windstrom entkoppelt werden. Die neuen **Stromerzeugungszentren** des Nordens werden dann mit den **Verbrauchszentren** im Süden verbunden. Wir werden das mit den betroffenen Ländern zügig abstimmen.

Schleswig-Holstein ist, unabhängig von der Lage in Japan betrachtet, mit seinem beschlossenen Energiekonzept schon heute auf dem Weg, eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Regionen der Welt zu werden. Was den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Reduzierung von CO₂ betrifft, so kenne ich kaum eine Region, die ihre Klimaschutzziele so schnell, so entschlossen und so ehrlich erreichen will. Wir sind auf dem Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Die Kernenergie ist eine Brücke, um dieses Ziel zu erreichen. Japan hat uns allen gezeigt: Über die Ausgestaltung dieser Brücke muss grundlegend neu nachgedacht werden. Die Landesregierung stellt sich dieser Herausforderung. Wir packen die Energiewende entschlossen an. Wir wollen schnellstmöglich auf Kernenergie verzichten.

Bei dieser Aufgabe lassen wir uns von drei Grundsätzen leiten: Die Sicherheit der Kernkraftwerke steht an erster Stelle, wir machen höchstmögliches Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien, und wir sichern eine wettbewerbsfähige Energieversorgung. So wollen und werden wir Schleswig-Holstein noch schneller in das Zeitalter der erneuerbaren Energien führen. Wir können und werden über diesen Weg politisch streiten, aber wir sollten

dabei die höchsten Ansprüche an uns selbst stellen. Diese sind Respekt und Redlichkeit.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Ich erteile dem Oppositionsführer, dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Herrn Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt manche Ereignisse, von denen man kaum glauben kann, dass sie passieren. Auch bekennende Gegner der Atomenergie hätten nach Harrisburg und Tschernobyl nicht damit gerechnet, dass so bald wieder ein Atomkraftwerk derart außer Kontrolle geraten kann, wie wir es in Fukushima gesehen haben. Trotzdem war vielen das sogenannte **Restrisiko** immer zu groß.

Solche Ereignisse verändern das Leben dauerhaft, das eigene und das politische Leben. Sie verändern das Leben positiv, wie beim Fall der Mauer, aber auch die Anschläge vom 11. September 2001 und die jetzige Katastrophe in Japan gehören dazu. Wer konnte, hing in den letzten Tagen vor dem Fernseher, blieb im Auto sitzen, um noch die Nachrichten zu hören, oder wechselte immer wieder auf einen Live-Ticker im Internet. Die Ereignisse in Japan sind wirklich eine Zäsur. Bange Tage liegen hinter uns, und ich hoffe gerade um der Kinder willen, dass sich die Situation in Japan stabilisieren wird und dass die Bevölkerung dort nicht noch mehr Leid verkraften muss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Erdbeben- und Tsunami-Opfer sowie die schon jetzt eingetretenen Strahlenschäden sind schlimm genug. Den betroffenen Menschen und ihren Angehörigen gelten unser Mitgefühl und unsere Solidarität. Den vielen Helferinnen und Helfern auch aus Deutschland gelten unser Dank und unsere Anerkennung für ihren Mut und für ihren Einsatz.

Konsequenzen aus einem solchen **Unglück** zu ziehen, bedeutet keine Instrumentalisierung der Opfer. Auch wenn es um Betroffenheit und Trauer geht, bleibt die Frage nach dem Sinn eine wesentliche Frage. Eine entschlossene Wende in der Atompolitik ist die Chance, dem Unglück wenigstens etwas Gutes abzutrotzen,

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

und sei es nur, vergleichbare Unglücksfälle in der Zukunft zu vermeiden.

Die Frage nach der **Zukunft der Atomenergie** ist spätestens mit den Ereignissen in Japan für viele Menschen abschließend und negativ beantwortet. Herr Ministerpräsident, die **Atomenergie** ist eben keine Brückentechnologie, wie Sie sie heute hier erneut beschönigend genannt haben. Sie ist vielmehr eine Form der Energiegewinnung, bei der weder der Mensch noch die Technik versagen dürfen. Hinzu kommen die Naturgewalten, denen der Mensch nie vollständig gewachsen sein wird. Sie bergen potenziell katastrophale Folgen für Bevölkerung und Natur, unmittelbar für Leib und Leben und für lange Zeit mit Strahlenfolgen, wie wir es seit Hiroshima, aber auch seit Harrisburg und Tschernobyl und jetzt Fukushima wissen. Das ist nicht verantwortbar aus ethischen Gründen. Es ist aber auch nicht verantwortbar, weil die Wirtschaft - auch die Energiewirtschaft - für die Menschen da ist und nicht umgekehrt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Dieser Landtag hat eine enorme Chance, wenn wir aus unseren Erkenntnissen heute die erforderlichen Konsequenzen ziehen: Wenn es uns gelingt, hier tatsächlich gemeinsam einen neuen, tragfähigen Konsens für einen beschleunigten Atomausstieg zu finden, dann ist es nicht mehr wichtig, wer sich 30 Jahre lang und ganz besonders in letzter Zeit geirrt hat. Wer in der Politik nicht lernfähig ist, sich nicht auf neue Fakten einstellen kann, der sollte lieber nicht politische Verantwortung tragen. Deshalb will ich hier heute Morgen niemandem seine oder ihre Pro-Atomenergie-Zitate aus den letzten Jahren vorhalten. Nein, eine echte Umkehr wäre mehr als erfreulich, denn sie ist ebenso geboten wie willkommen, und dazu lädt unser Antrag ausdrücklich alle Fraktionen in diesem Haus ein.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage aber auch: Wahlkampfaktive Moratorien oder Versuche, den medialen Sturm auszusitzen, um später die erforderlichen und unumkehrbaren politischen Weichenstellungen für den Atomausstieg zu vermeiden, akzeptieren wir nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist durchsichtig, Herr Ministerpräsident, wenn Sie ausgerechnet denen Wahlkampf unterstellen, die nicht ihre Haltung binnen Stundenfrist um 180 Grad gedreht haben, sondern die leider recht behal-

ten haben mit ihrer jahrzehntelangen Forderung nach dem Atomausstieg. Sie reden heute und in Zeitungsinterviews von der Hoffnung, dass dieser Atomausstieg nicht Jahrzehnte, sondern nur wenige Jahre dauern möge. Aber da reichen weder Hoffnung noch Ethikkommissionen, noch Beschwichtigungsgespräche, sondern da braucht es konsequentes gesetzgeberisches Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Die **Nutzung der Atomenergie** hat verheerende **Folgen**. Dies beginnt mit dem Abbau von Uran, der Verstrahlung und Vergiftung durch Unfälle beim Betrieb der Anlage und führt bis zu den hohen Gefahren bei der schier endlosen und nach wie vor ungelösten Endlagerung der Abfälle.

Ihre Parteifreunde setzen ausschließlich auf **Gorleben**; ich verstehe Ihre Kritik wirklich nicht, was das Thema **Endlagerung** betrifft. Wir haben erst jetzt wieder die Folgen von Tschernobyl im Fernsehen sehen können. Ich möchte aber auch an die **Asse** erinnern und an die erhöhte Leukämierate bei Kindern in der **Elbmarsch**, wo es den Eltern überhaupt nicht hilft, jahrelang über juristische Beweisketten zu streiten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das Unglück von Japan hat gezeigt, dass ein **Restrisiko** eben nicht abstrakt, sondern ganz konkret ist. Egal, ob menschliches Versagen oder technischer Fehler, ob Naturkatastrophe oder Terroranschlag: Diese Energieform ist zu gefährlich, um sie weiterzuverfolgen. **Atomunfälle** passieren immer wieder. Nur zu gut sind uns die vielen **Pannen** in den **schleswig-holsteinischen Atomkraftwerken** in Erinnerung. Es ist glasklar: Wir müssen jetzt so schnell wie möglich aussteigen. Das ist keine technische, keine finanzielle, sondern eine ethische Frage. Es ist allerdings auch keine Frage eines wohlmeinenden Regierungschefs, der Energiekonzerne in Männergesprächen zum freiwilligen Ausschalten drängt. Schön, dass Sie mit den Energiekonzernen solche Gespräche führen - aber das hilft uns nicht wirklich weiter. Die Energieerzeugung mit Atomenergie ist ein Milliardengeschäft. So viel wirtschaftlicher Sachverstand sollte doch da sein, um zu wissen, dass kein Unternehmen darauf freiwillig oder ohne eine Gegenleistung verzichtet.

Nein, es geht um handfeste und wasserdichte **Ausstiegsgesetzgebung**, die den Atomausstieg irreversibel macht und zugleich die Gefahr milliarden-schwerer Ausgleichszahlungen verringert.

(Dr. Ralf Stegner)

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen doch selbst, dass die **Abkehr vom Atomkonsens** im letzten Jahr eben keine energiepolitische Revolution gewesen ist, wie Sie damals gesagt haben, sondern ein schwerer politischer Fehler Ihrer Regierungskoalition in Berlin war. Sie haben die Vereinbarung der Kanzlerin mit der Atomwirtschaft begrüßt. Ihre Ablehnung des rot-grünen Atomkonsenses lag aber, wenn ich mich recht erinnere, doch wirklich nicht daran, dass Ihnen die Ausstiegsgeschwindigkeit zu langsam war.

(Beifall bei der SPD)

Man ist doch verwirrt, wenn man manche Interviews liest, die jetzt, vor den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, so etwas nahelegen. Nein, der alte Atomkonsens war durchaus eine gute Grundlage, um den Ausstieg einigermaßen zügig und planbar voranzutreiben. Wenn es heute schneller geht, umso besser. Eine **Übertragung von Restlaufzeiten** der alten Schrottmöller, um das Leben der Atomenergie weiter zu verlängern, macht doch wirklich keinen Sinn mehr.

Aber entscheidend ist für uns nicht, ob der Ausstieg 2017 oder 2020 abgeschlossen ist. Die **endgültige Abschaltung** der sieben ältesten Anlagen und des AKW Krümmel wäre jedenfalls ein guter und notwendiger Anfang. Das zeigt doch, was jetzt möglich wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen aber eine **bundesgesetzliche Grundlage**. Sie, meine Damen und Herren von der FDP, können nun zeigen, ob Sie es mit Ihrem Parteitagsantrag vom vergangenen Wochenende ernst meinen. Der Entschließungsantrag, den Sie heute vorgelegt haben, verrät dies nicht gerade.

Auch das **kerntechnische Regelwerk** von 2009 für Atomkraftwerke ist von enormer Bedeutung. Es wurde leider durch den Umweltminister Röttgen bisher nicht in Kraft gesetzt. Die kursierende Liste aus dem Bundesumweltministerium klingt gut. Aber was passiert wirklich damit? Schon dieses Regelwerk würde dazu führen, dass das Aus für **Krümmel** und **Brunsbüttel** endgültig wäre. Aber auch **Brokdorf** wäre betroffen. Es kann nicht sein, dass bei uns Atomkraftwerke laufen, die nicht gegen Flugzeugabstürze und terroristische Anschläge geschützt sind. Die Hochwasserfrage muss, gerade für Brokdorf, ebenfalls geklärt werden.

Es verwundert nicht, dass die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, bei der die Atomkon-

zerne mitmischen, den Katalog für nicht umsetzbar oder finanzierbar hält. Das sagt aber gar nichts darüber aus, ob es nicht doch notwendig ist und politisch durchgesetzt werden muss. Meines Erachtens brauchen wir nicht erneute, dazu noch lächerlich kurze drei Monate laufende Sicherheitsüberprüfungen, um Zeit zu schinden, und wir brauchen schon gar keine Vorabfreibriefe für einzelne Kraftwerke. Zeigen Sie, dass Sie es ernst meinen, Herr Minister Schmalfuß, werden Sie gesetzlich initiativ! Denn das ist erforderlich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Natürlich erreichen wir die konsequente **Energie-wende ohne Atom und ohne CCS** nur mit Vor-fahrt für die **erneuerbaren Energien**, mit **Energiesparen** und **Energieeffizienz**. Der geforderte **Ausbau der Netze** muss umgehend beginnen. Ausbaupläne, Förderungskonzepte und **Gesetzentwürfe gibt es in großer Zahl. Allerdings muss die Mittelkürzung** auf Bundesebene für die erneuerbaren Energien um über eine Milliarde € zurückgenommen werden, wenn man das will.

Ich möchte den Kollegen Dr. Wadephul zitieren: „Wenn wir alle Energie für die Nutzung von Regenerativen einsetzen, muss eine Wende möglich sein.“

Wir haben hier im Land das Know-how. Das hat doch gerade wieder die Messe new energy in Husum gezeigt. Professor Olav Hohmeyer hat dezidierte, machbare Ausstiegswege entworfen; die SPD, die Grünen und der SSW haben alle realistische Umstiegsszenarien unterstützt. Lassen Sie uns hier im Land zusammenkommen und die Energie-wende konsequent in Gang zu setzen!

(Beifall bei der SPD)

Zeigen Sie, dass Sie es ernst meinen, Herr Minister de Jager! Es wäre schön, wenn Sie gesetzlich initiativ würden. Dann kann man nämlich all das tun, was energiepolitisch erforderlich ist. Mein Kollege Olaf Schulze wird darauf später noch näher eingehen.

(Zuruf von der FDP: O nein!)

Nehmen Sie es uns aber nicht übel, wenn wir die Schnelligkeit der Positionsänderung bei manchem Kollegen aus den Reihen der Union und der Bundes-FDP noch nicht hundertprozentig für bare Münze nehmen können. Manche fürchten, dass es sich bei der Wende um eine Ente handelt, die gerade noch bis zu den nächsten Landtagswahlen fliegt. Ich sage aber auch mit Respekt: Der Inhalt der Äu-

(Dr. Ralf Stegner)

Berungen von Herrn de Jager oder Herrn Wadephul lässt mich auf anderes hoffen. Darum aber müssen Sie hier und heute bereit sein, Nägel mit Köpfen zu machen. Lassen Sie uns ganz konkret Fakten schaffen, die von Dauer sind und die bisherige Pro-Atom-Politik von Landes- und Bundesregierung ablösen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Zuruf von der CDU)

Das steht aber nicht in Ihrem Entschließungsantrag, der in weiten Teilen ein Begrüßungsantrag ist - ohne jegliche Folgen.

Die SPD ist bereit, im Schnellverfahren eine **Gesetzesänderung** auf den Weg zu bringen, mit der die **Laufzeitverlängerung** zurückgenommen wird und die sieben ältesten Reaktoren sofort, endgültig und nicht nur übergangsweise für drei Monate stillgelegt werden. Die neueren Atomkraftwerke gehen über den Lauf der kommenden zehn Jahre nach und nach vom Netz. Ein solches **Szenario** hätte den Vorteil, dass die deutsche Wirtschaft sich bereits einmal darauf eingestellt hätte und deshalb mit akzeptablen Kosten kalkulieren könnte. Im Gegenzug für diese Kosten bekommt Deutschland etwas Unschätzbare: die Chance, in einem überschaubaren Zeitraum eine inakzeptable Hochrisikotechnik endlich abzuschalten.

Die Verlockung, politisches Kapital aus den Vorgängen zu schlagen, ist groß. Die Chance, tatsächlich diese Energieform mit einem dauerhaften Konsens zu beenden, ist aber ungleich wichtiger. Lassen Sie sie uns gemeinsam ergreifen!

Ich glaube, dass dies auch eine Chance für die Politik ist, die Menschen abzuholen, die mit großer Mehrheit gegen die Atomenergie in Deutschland sind. Lassen Sie uns die „Wutbürger“ als „Mutbürger“ für den energiepolitischen Umbau unserer Gesellschaft gewinnen!

Abschließend möchte ich noch einmal den ehemaligen Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Ihren Vorgänger, den Kollegen Dr. Wadephul, zitieren: „Wenn wir als Schleswig-Holsteiner die Wende nicht wagen, wer dann?“

Wenn Sie das wollen, sollten Sie heute unserem Antrag zustimmen, weil dieser den Ausstieg bedeutet und sieben Atomkraftwerke endgültig stilllegt, wenn man ihn bundesgesetzlich umsetzt. Das wäre ein Segen für die Menschen in diesem Land und ein großer Fortschritt für viele andere.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erteile ich jetzt dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Abgeordneten Dr. von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Herzlichen Dank für Ihre Regierungserklärung, und herzlichen Dank auch dafür, dass Sie als allererstes an das Leid der Japanerinnen und Japaner erinnert haben. Ich finde, das kommt in diesen Tagen immer wieder zu kurz.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben ein Erdbeben erlebt, das das viertstärkste Erdbeben gewesen ist, das die Welt jemals erlebt hat, zumindest seitdem es Aufzeichnungen von Erdbeben gibt, die auf Magnitudenmessungen beruhen. Die Flutwelle, die wir gesehen haben, hatte eine Höhe von bis zu 23 m. Ganze Orte, Straßen, Verkehrsinfrastruktur sind verschwunden. Das ist schlimmer als nach einem Krieg; denn nach einem Krieg hat man zumindest Trümmer, aus denen man wieder etwas aufbauen kann. In den betroffenen Regionen in Japan aber ist alles verschwunden. Das Leid der Menschen wird uns immer wieder vor Augen geführt. Ich selbst fühle mich auch deswegen verpflichtet, weil ich drei Jahre lang Mitglied der Delegation des Europäischen Parlaments für Japan gewesen bin und dieses Land einige Male besucht habe. Ich habe auch Japanerinnen und Japaner hier in Europa begleitet. Daher möchte ich heute meine ersten Worte und die ersten Minuten meiner Rede den Menschen in Japan widmen. Es ist ein missverständenes Land. Darum will ich heute die ersten Worte und auch die ersten Minuten gern einmal diesen Menschen widmen, die wir hier so wenig verstehen.

Es ist ein Land, in dem ein großer Teil der Bevölkerung auf einer kleinen Fläche wohnt, so groß wie Nordrhein-Westfalen. Die Kanto-Ebene hat gerade einmal 32.000 qkm Fläche, beherbergt aber 41 Millionen Menschen, eine Dichte, die wir uns hier in Deutschland kaum vorstellen können. Das Land war von 1603 bis 1854 250 Jahre komplett isoliert durch eine Abschottungspolitik, sodass der Umgang mit Fremden immer noch ein durchaus nicht kleines Problem darstellt.

Dass die Japaner heute so ruhig sind, liegt daran, dass sie über Jahrhunderte in der Tat isoliert waren, hierarchisch gegliedert sind, jeder seinen Platz hat

(Dr. Christian von Boetticher)

und es in der Erfüllung des Lebens nicht um die Selbstverwirklichung, sondern in erster Linie um ein Einbringen in die Gruppe geht. Einpassung in die Gruppe, Zurückhaltung in der eigenen Selbstdarstellung, Aufgabenerfüllung für andere stehen im Pflichtenheft, das schon Schülerinnen und Schüler mitbekommen.

Das ist die Grundlage dafür, dass Japan diese Katastrophe, die ja nicht die erste in der Geschichte des Landes ist, im Augenblick so trefflich selbst bewältigt. Emotionen zu zeigen ist nicht die Sache der Japanerinnen und Japaner. „Gambaro“ heißt kämpfen, aber kämpfen in Japan heißt nicht das, was wir unter „gambaro“ verstehen, sondern heißt ertragen und erleiden. Wer sich ein bisschen mit japanischen Filmen beschäftigt hat, der weiß, dass der Held nicht der ist, der gewinnt, sondern der, der am meisten ertragen kann.

Es gibt ein Prinzip, das im Augenblick auch von uns in Deutschland und auch von Medien aus Europa mit Füßen getreten wird. Das sind nämlich Honne und Tatemaie. Tatemaie ist das, was man nach außen zeigt; Honne ist das, was man denkt. Wer glaubt, die Japaner haben keine Emotionen, die Japaner haben keine Wut, die Japaner sind nicht ärgerlich, die Japaner leiden nicht, weil sie es nicht zeigen, der irrt sich zutiefst. Dieses Volk leidet im Augenblick in einer unvorstellbaren Art und Weise. Aber das, was wir versuchen, wenn wir sie vor die Kamera zerrn, sie dazu bewegen zu demonstrieren, laut aufzuschreien, gegen die Regierung zu pöbeln oder gegen die Energiekonzerne, die so mit ihnen umgegangen sind, das ist Vergewaltigung an dem, was Japan ausmacht. Die Japaner leiden anders, sie artikulieren auch anders. Sie werden damit westlichen Fernsehansprüchen sicherlich nicht immer gerecht.

Am Ende führte das dazu, dass bei Maybrit Illner Pia Tomoko Meid sagte, es sei den Japanern ein tiefes Bedürfnis, mit ihren eigenen Sorgen andere Leute nicht zu belästigen. Wenn sie sehe, was seit dem Reaktorunglück los sei in Deutschland, dann wisse sie, dass es den Japanern sehr peinlich sei. Sie hätten all das - die Angst, die Debatte, auch die Beschlüsse in Deutschland - den Deutschen gewissermaßen auferzungen, und das tue ihnen leid. So handelt man in Japan.

Dabei wandelt sich dort im Augenblick das Bild der Deutschen ganz dramatisch. Die Deutschen waren Ärzte, Wissenschaftler. Es gibt Magazine, die deutsche Namen tragen. Das Wort „Arbeit“ ist dasselbe in Japanisch; das alte japanische Wort steht nur noch für Teilzeitarbeit. Vieles, was wir „einengli-

schen“, das deutschen die Japaner ein. Jetzt sehen sie in Deutschland ein Land, das über Geigerzähler, Jodtabletten, radioaktive Wolken und Nahrungsmittel diskutiert, aber das sich so wenig Zeit nimmt, sich mit dem Leid der Japanerinnen und Japaner zu beschäftigen, sich so wenig Zeit nimmt für Solidarität, so wenig Zeit für ehrliches Mitgefühl und Leiden und Respekt.

Ich will das durch diesen Beitrag getan haben. Ich komme jetzt zum Sachthema. Aber ich finde, die paar Minuten, um uns einmal mit Japan zu beschäftigen, sollten wir vielleicht auch in diesem Parlament haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe einen Tag nach der Katastrophe das „Spiegel“-Interview von Sigmar Gabriel gelesen. Er hat gesagt - ich fand das bemerkenswert, und trotzdem finde ich es falsch -, dass als Erstes das Leid der Japaner für einen innenpolitischen Streit über die Atomenergie instrumentalisiert wird. Während dort Tausende Menschen um ihre Gesundheit und ihr Leben fürchten, darf es hier doch nicht zuerst um Parteiprofilierung gehen. Es geht doch vor allem darum, zu klären, ob wir helfen können. Wir haben viele Experten, wir haben Wissenschaftler, die sich bestens auskennen. Von der Bundesregierung muss man erwarten, dass sie ihren Routinebetrieb unterbricht und sich überlegt, was Deutschland gemeinsam mit anderen tun kann.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Heinemann [SPD])

Als Helmut Schmidt ein paar Tage später in der „Zeit“ sagte: „Ich bin dagegen, die gegenwärtige Dreifachkatastrophe für die innerdeutsche Pro- und Antikernkraftdiskussion zu missbrauchen“, war es bereits zu spät. Ich sage auch: Die Union hat dazu ihren Anteil getan. Ich hätte mir gewünscht, dass wir diese Diskussion, die wir heute führen, in der Tat ehrlich und ernsthaft führen, aber mit einem gewissen Abstand zu dem, was wir dort in Japan erleben. Das hätte uns allen recht gutgetan. Ich sage das selbstkritisch auch in unsere Richtung.

Diskussion ist notwendig, und zwar irgendwo zwischen japanischem Tatemaie und deutscher Angst, offen und ehrlich, ohne moralische Abqualifizierung und ohne mit dem Finger auf andere zu zeigen, denn wir haben alle Versäumnisse in der Energiepolitik. Als ich 2005 Umweltminister in diesem Land wurde, hatte ich den Vorteil, dass ich mich bei vielen Konfrontationslagen, die es hier auch in der Frage Energiepolitik gab, selbst positionieren konnte. Ich war kein ausgewiesener Umweltpoli-

(Dr. Christian von Boetticher)

tiker, aber das gibt einem manchmal die Möglichkeit, auch zuzuhören. Ich habe das gemacht bei den Experten im eigenen Haus, die bei Weitem nicht immer meine parteipolitische Couleur hatten, aber auch bei anderen Experten in diesem Bereichen.

Professor Klaus Töpfer ist einer von denen. Ich glaube, dass es gut ist, dass er im Augenblick eine führende Funktion einnimmt. Jeder, der ihn kennt, weiß, dass er das nicht als Feigenblatt machen wird. Wer glaubt, es wäre eine Feigenblattdebatte, der unterschätzt Klaus Töpfer an dieser Stelle ganz stark. Ich nenne auch den Namen von Professor Rademacher, weil er einer der Nachhaltigkeitspäpste ist mit dem Global-Marshall-Fund, den er selber ins Leben gerufen hat.

Ich brauche darum nach all den Debatten in all den Jahren kein Fukushima, ich brauche kein Krümmel, ich brauche kein anderes Kernkraftwerk, und ich brauche auch nicht die übertriebene Angst vor diesen Reaktoren, um zu wissen, was Nachhaltigkeit ist, und um gelernt zu haben, dass das Dümme, was man mit Öl machen kann, ist, es in einen Verbrennungsmotor zur Fortbewegung zu verbrennen. Das ist das Unsinnigste, was man machen kann. **Ressourcenschonung** betrifft alle endlichen Ressourcen, die wir haben. Sie betrifft Öl, betrifft Gas, betrifft Uran und betrifft auch die Kohle. Wenn man **Nachhaltigkeit** ernst meint, dann muss man sich bemühen, aus all diesen Prozessen einen **Ausstieg** zu finden. Aber es muss ein vernünftiger Ausstieg sein. Es muss ein Ausstieg sein, der von einem **Konzept** begleitet wird.

Darum habe ich in meiner eigenen Partei lange Zeit als Vorreiter gerungen. Wir haben es immerhin geschafft, bei uns diesen Kurs maßgeblich dadurch mitzugestalten, dass man sich aus dieser Kernenergie dauerhaft verabschiedet. Ich komme gleich zu der Frage „Brückentechnologie oder nicht“, sehr geehrter Herr Stegner.

Wir haben ein halbes Dutzend Treffen mit Greenpeace verbracht, um über ihren Klimaschutzplan B und das Ausstiegsszenario zu diskutieren. Ich war in Marokko und habe mich für Desertec eingesetzt. Übrigens habe ich Greenpeace zu der Projektgruppe Desertec mit dazu gebracht und dafür gesorgt, dass wir eben nicht nur in kleinen Einheiten denken. Ich halte auch die „Denke“, die wir in der Frage an den Tag legen, wie wir das organisieren, ob wir das in Schleswig-Holstein oder in Deutschland organisieren, für viel zu klein gedacht, weil wir alle wissen, dass die **Netze** für die **Stromenergieversorgung** europäische Netze sind. Zu glauben, wir könnten uns auf einen kleinen Energieplaneten zu-

rückziehen, wäre ein Fehler. Wir brauchen beides: Wir brauchen lokale Lösungen, aber wir brauchen auch große Netzkomponenten in der Lösung. Das, was wir mit **Solarstrom aus der Wüste** vorantreiben können - wie gesagt, ein Projekt gemeinsam von der Wirtschaft und von Greenpeace -, ist etwas, was eine Teilkomponente in diesem Bereich sein kann. Da sind wir mittlerweile einen Schritt weiter.

Aber ich sage auch: Nachdem sich die **Klimaschutzdebatte** ein wenig aus der Öffentlichkeit verabschiedet hat, sind die Unterstützer weniger geworden. Ich glaube, dass wir auch solche Debatten am Laufen halten müssen, aber eben nicht nur hier im Parlament in Sonntagsreden, sondern auch ganz konkret. Da frage ich: Wer hat denn von Ihnen das Projekt unterstützt? Wer war in Nordafrika? - Ich weiß, der Kollege Matthiessen war damals mit. Ich kenne bei den Grünen einige, die das auch sehr stark unterstützen. Aber viele, die sich heute hier hinstellen, haben eben nicht wirklich Alternativkonzepte. Darum ist es auch wichtig, ein bisschen über den Tellerrand zu schauen.

Wenn Sie dann sehen, was wir auch nach Ihrem Konzept abschalten, Herr Stegner, nach dem rot-grünen **Ausstiegsbeschluss**, dann stellen Sie fest: Wir schalten bis 2020 von 22.375 Megawatt auf 4.270 Megawatt Kernenergie herunter - übrigens 2020 nicht auf null, auch nach Ihrem Konzept nicht. Die Steinkohle geht, wenn wir alte Braunkohlekraftwerke abschalten, um 54 % installierte Leistung zurück; die Steinkohlekraftwerke gehen um 45 % installierte Leistung zurück. Insgesamt verlieren wir 46 Gigawatt an Leistung. Der Windenergieaufbau, wie er sich bei Ihnen abgezeichnet hat, brachte gerade einmal 11 Gigawatt an Leistung.

Wir haben hier also, wenn man das alles ernst nimmt, eine Lücke. Diese Lücke kann man ausfüllen. Dann muss man nur ehrlich darüber diskutieren, wie man das vernünftig macht. Wie mache ich das vernünftig? - Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darauf gibt es verschiedene Antworten. Diese muss man dann doch ehrlich untereinander und ehrlich mit den Menschen diskutieren. Ich habe das, wie gesagt, in vielen Sitzungen auch mit Greenpeace gemacht. Die sind da sehr ehrlich. Die sagen: „Massiver Ausbau von Offshore“. Wenn man fragt: „Was ist denn mit den Klagen, was ist mit der Verkabelung durch das Wattenmeer?“, dann sagen die ganz ernsthaft: „Das Wattenmeer gibt es nicht

(Dr. Christian von Boetticher)

mehr, wenn der Klimawandel kommt, also muss das Wattenmeer auch ertragen, dass man ein paar Leitungen hindurchlegt, um Offshore-Energie anzulegen.“ Das muss dann schneller gehen. Da sind die in ihren Aussagen ganz ehrlich.

Wenn Sie in dem Konzept unter „Windkraft im Binnenland“ lesen, es „müssen bestehende Hindernisse wie Höhenbegrenzungen beseitigt werden“, dann weiß ich, was das bedeutet. Das bedeutet auf Fehmarn eine Debatte mit den dort engagierten Vogelschützern - im Übrigen auch bei einem großen Gehör im alten Umweltministerium, Frau Ministerin Rumpf, das gesagt hat: Jawohl, für den Vogelschutz haben wir eine große Verpflichtung. Wir haben auch auf Fehmarn eine Höhenbegrenzung, damit wir nicht in einen Zwiespalt kommen.

Wenn man das Projekt will, wenn man das ausbauen will, wenn man das voranbringen will, bedeutet das eben auch Zielkonflikte mit anderen Bereichen. Diese Zielkonflikte muss man ehrlich diskutieren. Dann kann man sich am Ende nicht wegducken, sondern muss sagen, was man will. Wenn der Windbeitrag so groß werden soll, muss es schneller gehen. Dann müssen die Anlagen leistungskräftiger werden. Dann kann man auf das eine oder andere Separatinteresse vor Ort, das im Augenblick gern vertreten wird, keine Rücksicht nehmen.

Ich warne - das sage ich ganz deutlich - in der Gesamtdenbatte immer wieder vor Überheblichkeit.

(Beifall der Abgeordneten Anke Erdmann
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir waren einmal folgender Meinung, und ich kann mich noch sehr gut an eine Rede erinnern - ich sage jetzt nicht, wer sie gehalten hat; die, die sich auskennen, wissen das -, in der gesagt wurde: Der Bau von Biomasseanlagen ist eine Riesenchance für Landwirte; das sind die Scheichs der Zukunft. Heute wissen wir alle, dass der eingeschlagene Weg in die **Biomasse** zum Teil ein Irrweg ist, weil er ein Weg in die Monokultur Mais ist, die wir am Ende alle nicht wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben gelernt: Nicht in allem, wo Bio draufsteht, ist am Ende Bio drin. Nehmen Sie die Bio-kraftstoffe, Biosprit. Ich kann mich an Reden aus dem Jahr 2005 erinnern, in denen gesagt wurde: Wir brauchen mehr davon. Wir brauchen mehr Beimischung. Es gab einen, der übrigens schon damals gewarnt hat - gegen den Mainstream auch in meiner Partei, aber erst recht gegen die, die sich heute in dieser Art und Weise hingestellt haben. Wir alle ha-

ben unsere Irrtümer. Wir sehen heute, dass nicht alles, was wir an Wegen eingeschlagen haben, am Ende wirklich nachhaltig gewesen ist.

Wir sind in Schleswig-Holstein viele Jahre lang, im Übrigen auch über viele Parteien hinweg, einen Weg gegangen. Das war der Weg in die **Windenergie**. Er ist richtig und vernünftig. Heute haben wir über 44 % der Stromproduktion aus Windenergie. Wir haben eine große Chance, dass wir in diesem Land, wenn wir jetzt in Deutschland umbauen, wenn wir schneller aus der Kernenergie aussteigen, mit unserer Struktur, mit unserer Forschung, mit der Westküste, mit dem Offshore-Ausbau Profiteurer sein werden. Darum müssen und wollen wir uns dafür einsetzen - übrigens auch im Rahmen dessen, was im Augenblick an Überprüfung stattfindet.

Die Überprüfung ist notwendig. Ich sage aber auch: Ein schnellerer Ausstieg, wie ich ihn mir wünsche, wie ich ihn übrigens schon damals, als die Koalition antrat, auch öffentlich in der Unterstützung von Norbert Röttgen artikuliert habe, muss von einem Konzept begleitet werden; er muss konzeptionell begleitet werden. Das ist das Problem, das wir hatten. Wenn Sie uns jetzt - -

(Sandra Redmann [SPD]: Ist das jetzt das Neueste, oder was?)

- Offensichtlich ja.

(Zuruf der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD])

- Passen Sie auf! Was Rot-Grün gemacht haben, ist, zu sagen, was sie nicht wollen, nämlich keine Atomenergie, den Ausstieg, den ich vernünftig finde. Der Ausstieg muss doch begleitet werden von der Frage,

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Seit 30 Jahren reden wir über den Ausstieg!)

wie man den Weg aus der dann vorhandenen Energielücke schafft. Wissen Sie, was die Antwort gewesen ist,

(Zuruf der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD])

und zwar unterstützt von vielen aus der Bundespolitik?

(Zuruf von der SPD: Moratorium!)

Das war der Weg in die Kohle. 40 neue Kohlekraftwerke. Dann kann man sich hier hinstellen und sagen: „Das will ich nicht.“ Man kann auch sehr energisch auftreten und sagen: „Das will ich immer noch nicht.“ Aber wenn man sieht, dass in Deutsch-

(Dr. Christian von Boetticher)

land genau das passiert, muss man doch mit anderen Konzepten Antworten darauf entwickeln, wie das vernünftig geht und wie man das unterstützt.

(Zurufe von SPD und der LINKEN)

Dann muss man darüber reden,

(Beifall bei der CDU)

was das auch an Durchsetzung beispielsweise für **Leitungstrassen vor Ort** heißt. Wir werden 500 km Leitungstrassenneubau benötigen. 200 km brauchen wir neu im Bereich der Erneuerung, 300 km brauchen wir neu im Bereich des Neubaus. Man muss mit den Menschen darüber reden und ihnen sagen, was das an Belastung bedeutet. Das muss eine ehrliche Debatte sein. Man darf nicht immer nur sagen, was man nicht will, dass man den Ausstieg will,

(Beifall bei CDU und FDP)

sondern muss eine ehrliche Debatte führen über das, was auf uns zukommt.

Darum glaube ich, dass unser Antrag genau richtig ist. Er geht auch auf die Dinge ein, die wir als Übergang benötigen. Es sei auch noch einmal daran erinnert: Der Greenpeace-Antrag sah im Jahr 2007 eine Weiternutzung von acht Jahren Kernenergie vor. - Auch dort kein Sofortausstieg. Bei Ihnen, Herr Stegner, beträgt der Übergang elf Jahre. - Auch kein Sofortausstieg. Bei uns war der Übergang in der Tat am Ende nach dem Kompromiss leider länger, nämlich über 20 Jahre. - Auch kein Sofortausstieg. Aber zu sagen, lieber Herr Stegner, Atomkraft sei bei Ihnen keine Brückentechnologie, stimmt nicht. Mir ist es egal, wie Sie das nennen. Nennen Sie es Übergangstechnologie. Aber auch Sie hätten für die nächsten elf Jahre nicht auf Kernkraft verzichtet. Das gehört doch zur Ehrlichkeit an diesem Tag auch dazu.

(Beifall bei CDU und FDP)

Darum lassen Sie uns darüber reden, wie wir diesen **Übergang**, egal, ob elf Jahre oder zehn Jahre, vernünftig verkürzen können. Da sind wir sehr offen. Aber es muss konzeptionell belegt werden. Es reicht nicht, wenn man sagt, was man nicht will. Es muss System haben. Man muss deutlich machen, was der Preis ist, den man dafür zahlen muss, welche Wege es dafür gibt, und auch, was das manchmal an Belastung für die Bevölkerung vor Ort bedeutet.

Wir sind dazu bereit, im Übrigen auch aus einer inneren Überzeugung von der Nachhaltigkeit. Wir haben im Bereich der Finanzen bewiesen, dass wir

hinter der Nachhaltigkeit stehen. Dasselbe gilt für den Bereich der Nachhaltigkeit der Ressourcenschonung. Wir brauchen da keine Angst zu haben, wir brauchen da keine Panik. Es ist unsere innere Überzeugung, auch meine innere Überzeugung. Daran werden wir arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Darum ist der Antrag, den wir heute vorlegen, sehr vernünftig. Er ist die Erwartung, die wir auch gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck bringen, dass die Zeit der drei Monate genutzt wird, genau diesen Weg zu beschreiten: eine deutliche **Verkürzung der Übergangsfristen**. Wenn es ein **Konzept** gibt, das auf das rot-grüne zurückgeht, habe ich damit überhaupt kein Problem. Wenn es ein vernünftiges Konzept gibt, das noch schneller zum Ausstieg führt, habe ich damit erst recht kein Problem. Aber sich hinzustellen und zu sagen, was man nicht will, wird auch für die zukünftige Debatte nicht reichen. Wir sind hier offen. Wir reichen allen, die an vernünftigen Konzepten arbeiten wollen, die Hand, aber offen und ehrlich, und wir sagen den Menschen auch, was an Belastungen auf sie zukommt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erteile ich dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt aber bitte eine politische Rede! - Zuruf: Zum Thema! - Antje Jansen [DIE LINKE] Jetzt Ausstieg! - Heike Franzen [CDU]: Man kann Politik auch sachlich machen!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Fritzen, ich habe Ihren Zwischenruf nicht verstanden, weil ich nicht differenzieren kann zwischen inhaltlich-sachlicher Argumentation und politischer Argumentation. Das kann nachher vielleicht der Kollege Habeck differenzieren. Ich will versuchen, mich dem Problem, vor dem wir stehen, mit einigermaßen Sachlichkeit zu nähern. Ich hoffe, dass Sie das verstehen.

Wir sind über die Ereignisse in Japan, insbesondere im Atomkraftwerk Fukushima zutiefst betroffen und bestürzt, und selbstverständlich gilt der japanischen Bevölkerung unser tiefstes Bedauern.

(Wolfgang Kubicki)

Die Wirkungen des GAUs sind politisch, wirtschaftlich und kulturell bis zu uns zu spüren. Er war nicht der Grund, wohl aber der Anlass für Veränderungen. Gekannt haben wir die Gefahren bereits zuvor, nur mit den Bildern sind sie uns erst jetzt wieder nachhaltig bewusst geworden.

Nach dem 11. März 2011 wird in der zivilen **Nutzung** der **Kernenergie** nichts mehr so sein, wie es zuvor gewesen ist. Dass es dazu eines solchen Ereignisses bedurfte, ist traurig, aber wahr. Der Mensch ist hierbei häufig wie ein großes Kind. Er lernt nicht durch die tatsächliche Erkenntnis, sondern erst durch eine schmerzhaft Erfahrung, dass er von Dingen Abstand nehmen muss.

Wir haben uns nach dem Unglück von Tschernobyl gern damit getröstet, dies liege nur an den veralteten Reaktoren, an den unfähigen und wenig ausgebildeten Sicherheitsingenieuren. Kurzum, wir haben blind darauf vertraut, dass in einer hoch technologisierten Gesellschaft mit einer vorbildlichen Wartung so etwas nicht möglich sei. Nun hat sich gezeigt, wie hoch die Selbstüberschätzung auch unserer Möglichkeiten war.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Mich stört es, wenn Menschen sagen, Situationen seien nicht vorhersehbar gewesen, weil so etwas noch nie zuvor passiert sei. Diesen Menschen sage ich: Auch der Zusammenprall zweier Verkehrsflugzeuge am Boden war unvorstellbar oder die katastrophalen Folgen eines Tunnelbrandes nach einem Verkehrsunfall - und trotzdem ist es geschehen.

Das Bild des explodierenden Reaktorgebäudes hat sich in unser Gedächtnis eingebrannt. Es muss uns zu Veränderungen bei der zivilen Nutzung der Kernenergie zwingen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Entscheidung zur zivilen Nutzung der Kernenergie war eine politische, keine wirtschaftliche. Denn bei einer rein wirtschaftlichen Erwägung hätten wir von einem Einstieg abgesehen. Die Politik hat die **Kosten der Atomenergie** künstlich gesenkt. Die Kosten der Endlagerung und des Transportes wurden nicht den **Unternehmen** in Rechnung gestellt, sondern den Steuerzahlern.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Würde man sämtliche anfallende Kosten der Kernenergie mit einbeziehen, wie unter anderem die La-

gerung und Bewachung der Brennstäbe für die nächsten Hunderttausende von Jahren, würde ein Unternehmen bei der Bildung der notwendigen **Rückstellungen** schnell feststellen, dass Kernenergie alles andere, nur nicht billig ist.

Das Ereignis in Japan stellt eine Zäsur dar. Wir sehen zum ersten Mal, dass die Risiken eines solchen Unglücks weder beherrschbar sind, noch die lang geglaubte und erzählte Mär des günstigen Atomstroms der Wahrheit entspricht. Alle Argumente, die bei der Beschlussfassung über die **Laufzeitverlängerung** genannt wurden, sind entweder mit dem Ereignis in Japan obsolet geworden oder haben jedenfalls ihre Bedeutung verloren.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Welchen Gegenwert hat ein um drei Cent pro Kilowattstunde günstigerer Strom, wenn seine Produktion gleichzeitig solch immense Risiken birgt?

Stellen Sie sich vor, wir hätten wie die betroffenen Menschen 15 Minuten Zeit, um unsere Wohnung zu räumen. Alles, was wir in unserem Leben erworben und erlebt haben, müssten wir innerhalb einer Viertelstunde hinter uns lassen. Wir müssten unser wichtigstes Hab und Gut in einer kleinen Tasche verstauen und alles andere stehen und liegen lassen, in der Gewissheit, in unserem verbleibenden Leben nie wieder unser Haus betreten zu dürfen und die damit verbundenen Erinnerungen einzubüßen.

Natürlich ist ein Beben von der Stärke 9,0 in unserem Gebiet unwahrscheinlich. Dies schließt aber nicht ein anderes **Ereignis** aus, das am Ende des Prozesses in einer **Kernschmelze** mündet. Die, die meine Worte skeptisch sehen, will ich mit dem Begriff „Stuxnet“ konfrontieren. „Stuxnet“ war ein Computerwurm, dessen Herkunft aus israelisch-amerikanischen Geheimdienstquellen vermutet wird. Das Ziel war, die iranischen Atomanlagen zu sabotieren.

Das Programm hatte die Messwerte der Atomanlage Bushehr manipuliert und den Kontrolleuren über Wochen falsche Daten geliefert. Tatsächlich wurden die Zentrifugen in der Anlage dadurch beschädigt und mussten ausgewechselt werden.

Man stelle sich nun eine Gruppe von technisch versierten Terroristen vor, die das Programm entsprechend umschreiben würden, es würde ihnen gelingen, die Daten in einem Atomkraftwerk zu manipulieren. Wir würden das tatsächliche Problem vermutlich erst dann feststellen, wenn wir nicht mehr

(Wolfgang Kubicki)

eingreifen könnten. Eine Kernschmelze wäre dann vermutlich nicht mehr zu verhindern.

Wir handeln im Angesicht der Trümmer von Fukushima nicht unüberlegt und kurzfristig. Allerdings muss ich zugeben, dass es mir schwerfällt, den Argumenten derjenigen zu folgen, die uns noch vor vier Wochen erklärten, eine **Laufzeitverlängerung** für Kernkraftwerke sei unverzichtbar, um die **Brücke** zu den **erneuerbaren Energien** begehen zu können.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Bildlich kann man sagen, nun rennen sie um die Wette - aber auch dabei muss man aufpassen, dass man nicht ins Stolpern gerät.

Wer glaubt, eine auf § 19 Abs. 3 Atomgesetz gegründete Stilllegungsverfügung würde in drei Monaten zu einer Wiederanfahr genehmigung mutieren, ist nicht von dieser Welt.

(Beifall bei FDP, SSW und vereinzelt bei CDU und SPD)

Unser Beispiel findet in anderen Ländern Nachahmer. Die als besonders sachlich und emotionslos geltenden Schweizer haben ihre Pläne für den Bau von neuen Atommeilern auf Eis gelegt. Selbst die russische Zeitung „Kommersant“ aus Moskau schrieb am letzten Mittwoch: „Die Perspektiven der Atomenergiewirtschaft werden sich grundlegend verändern.“

Ich weiß, dass einige unter uns nun denken, andere **Technologien** haben auch ihre **Risiken**, und trotzdem nutzen wir sie. Selbstverständlich ist die Geschichte des Fortschritts eine Geschichte der Pannen und Katastrophen. Nur wer bereit ist, Risiken einzugehen, kann daraus auch Chancen und Erfolge generieren. Die „Titanic“ ist gesunken, die Raumschiff „Challenger“ ist explodiert, und jährlich verunglücken Tausende von Menschen tödlich mit dem Auto. Aber es gibt einen gravierenden Unterschied: Im Gegensatz zur Atomkraft sind die Risiken entweder beherrschbar oder die Folgen des eingetretenen Schadens nicht dauerhaft.

Lassen Sie mich das am Beispiel eines Feuers in einem Kohlekraftwerk erläutern. Das Feuer wäre im Moment des Schreckens groß, würde aber in einigen Monaten, spätestens in einigen Jahren, nicht mehr feststellbar oder sichtbar sein. Vorübergehend wären die Schäden für die Gesundheit der Menschen in der Umgebung, für die Tiere und die Umwelt erheblich, aber die Betroffenen könnten nach dem Löschen des Brandes wieder in ihre gewohnte

Umgebung zurückkehren und ihr bis dahin geführtes Leben fortsetzen.

Bei einem **GAU** in einem **Atomkraftwerk** wäre eine Fortsetzung nicht mehr möglich. Die Menschen und die Natur in der Umgebung würden sich auf absehbare Zeit nicht mehr erholen. Man müsste eine Evakuierung einer gesamten Region, möglicherweise von Millionen von Menschen, veranlassen. Alle Vermögensgegenstände, ob mobile oder immobile, könnten nicht mehr genutzt werden, selbst wenn sie von dem eigentlichen Reaktorbrand nichts abbekommen hätten. Die massive Wanderungsbewegung, wie sie derzeit von Nord- nach Süd-Japan einsetzt, zeigt dieses erschreckende Ausmaß, ebenso, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Existenzvernichtung für die Landwirtschaft, die ihre Produkte nun nicht mehr anbieten kann.

Wir müssen uns eingestehen, es gibt keine 100-prozentige Sicherheit. Wir müssen uns fragen: Sind die Auswirkungen im schlimmsten eintreffenden Fall tragbar? - Bei der Kernenergie müssen wir das verneinen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche mich dafür aus, dass alle **Siedewasserreaktoren**, die in Deutschland noch laufen, nicht wieder an das **Netz** gehen. Das ist die Beschlusslage der schleswig-holsteinischen FDP nicht erst seit gestern, sondern seit 2002. In Schleswig-Holstein betrifft das unsere beiden störanfälligen Meiler **Krümmel** und **Brunsbüttel**. Siedewasserreaktoren sind besonders risikoreich, da sie im Gegensatz zu Druckwasserreaktoren nur über einen Kühlkreislauf statt zwei Kühlkreisläufe verfügen. Die beschlossene **Laufzeitverlängerung** der Kernkraftwerke sollte durch ein **Gesetz** zurückgenommen werden. Auch diese Position meiner Partei in Schleswig-Holstein ist nicht neu.

Ich appelliere an die Betreiber und die Anteilseigner, an den Staatskonzern Vattenfall und insbesondere an die schwedische Regierung, Kollege Stegner - es ist ein Staatskonzern, mit dem wir es zu tun haben -, dass sie von einem Antrag auf Wiederanfahren der Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel absehen.

Ich begrüße die Aussage des Vattenfall-Sprechers, dass nun alles neu überdacht werden muss. Wir hätten eine völlig neue Ausgangslage durch die Vorkommnisse in Japan - so hat er erklärt - und müssten neu diskutieren. Diese Diskussion wollen wir aufnehmen, und ich bin Ministerpräsident Peter Harry Carstensen dankbar, dass dies bereits in der nächsten Woche geschieht.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Ich darf das ja mal sagen: Es ist ja nicht das erste Mal, dass Peter Harry Carstensen oder auch ich Vattenfall gebeten haben, auf den Wiederanfahrbetrieb von Krümmel und Brunsbüttel zu verzichten.

Die FDP-Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die von Rot-Grün vereinbarte **Reststrommenge** nicht vollständig genutzt wird. Es muss uns gelingen, die **Laufzeit der Kernkraftwerke** weiter zu verkürzen. Ich stimme den verschiedenen Energieexperten zu. Eine **Umstellung** bis 2020 ist möglich. Wir müssen die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen, die Initiative ergreifen und einen neuen Weg aufzeigen.

Ich bin kein Mensch, der sagt, wir müssen deswegen den Kopf in den Sand stecken. Jede Gefahr birgt auch eine neue Chance.

Für die **zukünftige Energieversorgung** bestehen derzeit vier Optionen: Erstens. Ein Weiter-so mit dem bewussten weiteren Eingehen des Risikos der Kernspaltung. Zweitens. Der Ausbau der Kohlekraftwerke mit CCS-Technologie. Drittens. Der Ausbau der Kohlekraftwerke ohne CCS-Technologie und mit einem Anstieg des Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes. Viertens. Die Umstellung der Energieversorgung von fossilen auf regenerative Energiequellen.

Ich stimme, so denke ich, nach den Diskussionen der vergangenen Tage mit allen Fraktionen dieses Hauses überein, wenn ich Ihnen sage, dass wir die vierte Variante anstreben bei einem massiven **Ausbau der regenerativen Energiequellen**, um uns von fossilen Energieträgern und der Kernenergie unabhängig zu machen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Das Unglück von Fukushima stellt einen Paradigmenwechsel dar und ermöglicht es, die Energieversorgung sehr schnell zu wenden. In diesem Fall heißt das, wir müssen bisher in kleinen Zirkeln gedachte Lösungen voranbringen.

Das bis vor Kurzem in Schleswig-Holstein bestehende massive **Akzeptanzproblem bei Windkraftanlagen** hat sich mit den schrecklichen Ereignissen in Fukushima relativiert. Seit dem 11. März 2011 ist dieses Akzeptanzproblem der Furcht vor der Atomkraft gewichen. Viele Projekte, die bisher blockiert wurden - REpower hat mir mitgeteilt: Allein 48 Projekte des Repowerings werden durch Initiativen vor Ort blockiert -, werden neu diskutiert. Dieses Denken in neuen Sphären ist ein dynamischer Prozess, der uns vor eine Vielzahl von Her-

ausforderungen stellt, dadurch zugleich aber auch neue Chancen für uns alle eröffnet. Die Bevölkerung ist für Veränderungen nicht nur offen, sondern sie erwartet sie jetzt auch nachdrücklich.

Konkret bedeutet das auf **Landesebene** Folgendes: Wir müssen die **planungsrechtlichen Voraussetzungen** für **erneuerbare Energien**, insbesondere Windenergie nachhaltig verbessern. Wir müssen die weiten Mindestabstände verkleinern. Dabei reicht es nicht, dass wir dies nur auf Wohngebiete beziehen. Wir sollten auch den Abstand zu den Straßen auf die bundesgesetzlichen Regelungen zurückführen. Wir müssen die Windeignungsflächen mittelfristig von 1,5 % der Landesfläche nochmals deutlich anheben.

Wir sollten die restriktiven Maßnahmen des Repowerings im Landesentwicklungsplan zum Großteil zurücknehmen beziehungsweise deutlich eindämmen. Wir müssen das Kriterium des räumlich-funktional zusammenhängenden Landschaftsbildes abschaffen. Wir müssen den Flächenausgleich bei Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes hinterfragen. Der Ausbau der regenerativen Quellen hat eine solch immense Wichtigkeit, dass wir jedenfalls vorübergehend auf dieses Instrument verzichten sollten.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen im **Bund** darauf drängen, dass der **Ausbau der Netze** von den Windkraftanlagen im Norden zu den Verbrauchern im Süden beschleunigt wird. Wir müssen gleichzeitig die **Speicherkapazitäten** für regenerative Energien verbessern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht richtig sein, dass die **Trassenführung in den Süden** von 22.000 Einwendungen begleitet wird, die bei jetzigem Planungsverfahren im Ergebnis dazu führen, dass diese Trasse in den nächsten hundert Jahren nicht fertiggestellt werden kann.

(Beifall bei FDP, CDU und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht nur um die kurzfristige Speicherung im Bundesgebiet, weshalb wir natürlich auch die Flächen, die andere für CCS-Speicherung vorsehen, dringend brauchen, um die Windenergie grundlastfähig zu machen. In Schleswig-Holstein haben wir entsprechende Möglichkeiten.

Wir brauchen nicht nur die kurzfristige Speicherung im Bundesgebiet, sondern auch die große Speicherung der Energiemengen in den skandinavischen

(Wolfgang Kubicki)

schen Fjorden. Die Idee des Supergrids sollte vorgebracht werden.

Ein gutes Beispiel, wie Planung, Umsetzung und Bau beschleunigt werden können, haben die **Verkehrsprojekte Deutsche Einheit** gezeigt. Wir können nicht mehr einzelne Bedenken berücksichtigen, wenn wir unser großes Ziel des **Umbaus der Energieversorgung** im 21. Jahrhundert nicht gefährden wollen. Dies - das sage ich ausdrücklich als Vertreter einer Rechtsstaatspartei und als Anwalt - bedeutet auch ein Weniger an direktem Einfluss der Bürger und eine **Konzentration der rechtsstaatlichen Abläufe**. Wenn - ich habe es gesagt - die Trassenführung nach Bayern mit 22.000 Einsprüchen belegt ist, dann ist eine solche Konzentration nötig; denn der **Netzausbau** ist der Dreh- und Angelpunkt. Ohne Netzausbau sind alle unsere Überlegungen des Umswitchens obsolet.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies muss wirklich zu einem Umdenken in unseren Reihen führen. Ich möchte hierbei insbesondere an die Grünen appellieren, und das sollte nicht als Angriff missverstanden werden: Es kann nicht sein - ich beziehe mich hierbei auf Aussagen Ihres Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Jürgen Trittin -, dass wir heute den Ausbau der Windenergie beschleunigen und morgen den Widerstand vor Ort gegen neue Leitungen oder Pumpspeicherkraftwerke organisieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir werden, wenn wir den Atomausstieg beschleunigen wollen, kurzfristig nicht auf **fossile Energiequellen** verzichten können. Dabei müssen wir sowohl den **Neubau von Kohlekraftwerken** mit einem hohen Wirkungsgrad und ohne CCS diskutieren als auch über **Gaskraftwerke** reden. Gas kann schnell und flexibel eingesetzt werden, um fehlende Strommengen auszugleichen. Zudem ist es im Vergleich zu den anderen fossilen Energieträgern klimaschonend. Das Problem ist, dass wir bei diesem Rohstoff bisher von einem Importeur abhängig sind und dass wir nicht ausschließen können, dass dieses Gas als politische Waffe eingesetzt wird. Wir können - lieber Herr Kollege von Boetticher, das gilt auch für die Überlegungen zu SolarTec - wir können unsere Energieversorgung nicht einseitig von der Macht politischer Despoten in einzelnen Ländern abhängig machen. Auch im Hinblick hierauf ist die Zeit gekommen umzudenken.

(Beifall bei FDP, CDU, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch daran denken, die Möglichkeiten von **Flüssiggas** wieder zu nutzen. Dies diversifiziert nicht nur unsere Bezugsquellen, sondern ist zugleich auch günstiger als langfristige Lieferverträge, die an den Ölpreis gekoppelt sind. Ich nehme zur Kenntnis, dass das Emirat Katar auch hinsichtlich der Frage der Investitionen in diesem Bereich Offenheit signalisiert hat und die Bereitschaft, sich hier zu engagieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns zudem davon verabschieden, dass wir große, zentrale und schwerfällige Anlagen als einzige sinnvolle Energiequelle betrachten.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Wir sollten uns ein Beispiel an der Natur nehmen. Deshalb sollten wir vielleicht nicht einzelne verwundbare große Gaskraftwerke oder große Kohlekraftwerke bauen, sondern Zigtausende hoch effiziente Minikraftwerke.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Unternehmen LichtBlick hat hierzu ein geniales Konzept vorgestellt. Je nach Bedarf und Marktlage sollen sich zukünftig 1.000, 10.000 oder 100.000 der erdgasbetriebenen Blockheizkraftwerke blitzschnell zu einer Art virtuellem Großkraftwerk zusammenschalten können. Das System wurde bereits bei einem Feldversuch in Hamburg erfolgreich getestet. Auch wir sollten die Möglichkeit ergreifen, dies voranzutreiben;

(Beifall)

denn der Wirkungsgrad des **Blockheizkraftwerks** liegt bei unvorstellbaren 94 %.

Die Natur kennt übrigens keine zentralen Steuerungseinheiten. Sie ist getrieben von einer Vielzahl kleinteiliger, flexibler Anlagen, die unabhängig voneinander agieren, sodass es beim Ausfall einer Anlage nicht zum Zusammenbruch des ganzen Systems kommen kann.

Der Umstieg von fossilen auf regenerative Energieträger ermöglicht neue Perspektiven und Jobchancen. Er schafft für neue Produkte weltweit neue Absatzchancen und vermindert auch die Abhängigkeit von Importquellen in Ländern, die uns nicht nur positiv gesonnen sind. Die **Chancen**, die sich uns bieten, sind immens. Die Möglichkeiten sind da; wir müssen nur nach ihnen greifen. Ich sage: Wir müssen es jetzt tun, und wir müssen es schnell tun.

(Lebhafter Beifall bei FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Ich erteile jetzt dem Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach allen Debatten der Vergangenheit und nachdem wir vor Kurzem auch in der Atomfrage noch als Dagegen-Partei verhöhnt wurden, nachdem Herr Magnussen noch vor wenigen Wochen gesagt hat, die Atomenergie sei das Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft, Herr Arp neue AKW bauen wollte und die CDU die Laufzeitverlängerung als Ultima Ratio, als alternativlos, als Brücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energien bezeichnet hat, die man verlängern müsse, obwohl die erneuerbaren Energien damals schon alle Ausbauszenarien schlugen, nachdem Fachgutachten aus dem Hause Schmalfuß ignoriert wurden, nachdem sich Herr Kollege von Boetticher darüber lustig gemacht hat, dass wir an der Atomdebatte festhalten, folgt jetzt das Eingeständnis, dass wir - Zitat Carstensen - diese Technik nicht beherrschen können.

Ich habe schon in der letzten Debatte gesagt, dass eine andere politische Kultur bedeutet, Fehler auch eingestehen zu dürfen, und dass wir dies nicht mit Häme oder Hohn quittieren. Daran halten wir uns, und daran halte ich mich. Ich rede nicht von Wendehälsen oder Wählertäuschern, so wie es im Bundestag gesagt wurde. Insgesamt werden wir diese Debatte - ich finde, das tun wir recht gut - nicht im Stil der Bundestagsdebatte führen.

Ich neige dazu, zu glauben, was man mir sagt. Wenn einige in der Union, oftmals mit persönlichen Worten verbunden, sagen, jetzt, nach 25 Jahren der Atomenergiebefürwortung schwören sie ihr ab, dann zeige ich nicht mit dem Finger auf sie.

(Christopher Vogt [FDP]: Das haben Sie doch gerade gemacht!)

Peter Harry Carstensen hat offen eingeräumt, dass die Situation für ihn jetzt eine andere ist als vor Japan. Das gilt offenbar für viele von Ihnen. Ich finde, dass Sie das zugeben, verdient Anerkennung. Man hätte es vorher wissen können. Es ist für die Grünen, wenn sie hier sitzen, manchmal schwer, die wohlfeilen Worte zu hören und keine Zwischenrufe zu machen. Wir haben es nicht getan, weil wir diese Anerkennung zollen wollen.

Wir freuen uns über jeden, der den Schritt heraus aus der Atomenergie tut. Ich hoffe wirklich, dass es gelingt, eine neue Allianz zu schmieden. Der Erklärungsbedarf liegt nicht bei jenen, die die Atomenergie jetzt ablehnen, sondern bei denen, die sie weiterhin befürworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Herr Ministerpräsident, ich danke für den besonnenen Ton, der Ihre Rede in weiten Teilen trug. Ganz allerdings wurden Sie dem eigenen Appell, keinen Wahlkampf zu führen, nicht gerecht. Ich möchte an Herrn von Boetticher gerichtet sagen: Natürlich ist Schweigen manchmal angemessen. Aber letztlich bedeutet eine Situation, dass politisch über sie debattiert werden muss. Totschweigen geht auch nicht. Daher möchte ich kurz auf die Frage nach der Endlagerlösung eingehen.

Herr Carstensen, Sie hätten wissen können, dass die Schritte zu einem Endlagersuchgesetz eingeleitet waren, dass der eingesetzte AkEnd Kriterien für die Endlagersuche definiert hatte. Der Unterschied zwischen uns und Ihnen ist nicht, dass wir kein Endlager suchen wollen, sondern dass wir es ergebnisoffen wollten und dass die CDU die Vorfestlegung auf Gorleben, die, wie wir heute wissen, politisch und nicht aufgrund von wissenschaftlicher Expertise erfolgte, einfach fortschreiben will. Aber unabhängig davon: Dass Sie, der nun mehrfach im Bundesrat für eine Laufzeitverlängerung die Hand gehoben hat, ohne dass es ein Endlager gibt, uns, die wir immer für den Atomausstieg waren, vorwerfen, wir seien unglaubwürdig, richtet Sie selbst.

(Christopher Vogt [FDP]: Was?)

Sie sagen, der Deutsche Bundestag habe im letzten Herbst eine Gesetzesänderung beschlossen, mit der die Sicherheit unserer Kraftwerke weiter erhöht worden sei. Das ist - schwierig.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn sie der Sache dient.

Christopher Vogt [FDP]: Ich hoffe das, Herr Kollege Habeck. - Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gerade behauptet, dass der Ministerpräsident im Bundesrat

(Dr. Robert Habeck)

mehrfach seine Hand für eine Laufzeitverlängerung gehoben hat. Können Sie uns sagen, wann das stattgefunden haben soll?

- Ich komme darauf zurück, Herr Vogt.

(Lachen bei der CDU)

- Nun ja, wir haben es doch hier im Haus mehrfach diskutiert. Ich verstehe nicht, warum Sie jetzt gerade nachfragen. Ich komme auf jeden Fall darauf zurück.

Es ist hier im Haus mehrfach diskutiert worden, ob das Gesetz zustimmungspflichtig ist. Das wurde von vielen Leuten verneint. Das ist es. Von einigen wurde es bejaht, aber es wurde nicht danach gehandelt. Das Laufzeitverlängerungsgesetz wurde im Bundesrat nicht gestoppt, obwohl wiederholt Anträge gestellt worden sind, die das ermöglicht hätten.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Habeck, Sie haben gerade behauptet, dass man nicht dagegen gestimmt habe, sei eine Zustimmung gewesen. Stimmen Sie mir zu, dass hier doch ein Unterschied besteht?

- Herr Vogt, ich halte das für Haarspalterei. Ich komme darauf zurück, auch was die Position Ihres Parteivorsitzenden angeht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Laufzeitverlängerung war eine Vergrößerung des Risikos und damit der Gefahr.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Es wäre gut - auch nach der Zwischenfrage -, dies selbstkritisch zuzugeben.

Es wäre gut gewesen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie ein Argument gebracht hätten, warum Sie der **Klage gegen die Laufzeitverlängerung** nicht beitreten wollen, wenn denn, wie Sie sagten, die Regierung die Laufzeiten größtmöglich verkürzen will. Stattdessen sagten Sie: „Die Klage brauchen wir nicht!“ - Ende der Durchsage, kein Argument!

Wenn man ankündigt, dass man Krümmel und Brunsbüttel dichtmachen will, aber nicht weiß, wie

das rechtssicher erfolgen soll, dann sollte man wenigstens dafür sorgen, dass sie nicht noch länger laufen dürfen. Wie dies gehen kann, beschreibt unser überarbeiteter Antrag. Er übersetzt die vielen politischen Ankündigungen der jüngsten Vergangenheit in Handlungsoptionen.

Liebe Union und liebe FDP, dieser Antrag ist eine Einladung, nicht nur die Lippen zu spitzen, sondern auch zu pfeifen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Mindestens die FDP, Herr Vogt, müsste dies tun, denn **überträgt** man - wie die FDP es will - die **Laufzeiten** von Krümmel und Brunsbüttel **auf Brokdorf** ohne Rücknahme der Laufzeitverlängerung, bleibt Brokdorf bis ins Jahr 2059 am Netz. 2059 - da bin ich 90, meine Kinder 60 und Sie, Herr Kubicki, 107 Jahre alt.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das hoffe ich, Herr Kubicki, aber es ist keine politische Antwort. Es ist - mit Verlaub - Schwachsinn.

Lassen Sie uns die Atomenergie noch zu unseren Lebzeiten beenden. Daran sollte sich auch Herr Koppelin halten, wenn wieder im **Bundestag** abgestimmt wird. Man sieht an dem von Herrn Kollegen Stegner zitierten Herrn Wadephul, dass es möglich ist, auch in Ausnahmesituationen Ausnahmeabstimmungsverhalten zu zeigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir und Sie reden beim Haushalt viel von Verpflichtungen gegenüber **zukünftigen Generationen** und meinen damit die nächsten 10, 20 oder vielleicht 50 Jahre. Aber das muss auch in der Energiefrage gelten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Wir reden über eine Technologie, die die Erde über Jahrtausende unbewohnbar machen kann. Die Dreimonatspause darf deswegen nicht nur ein taktischer Versuch sein, schon gar kein wahltaktischer, da bin ich ganz beim Ministerpräsidenten.

Deshalb müssen Sie heute gegen die Laufzeitverlängerung stimmen und nicht nur die Backen aufblasen.

(Dr. Robert Habeck)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Denn bei aller Bereitschaft, den Energiediskurs neu zu beginnen: Beschubsen lassen wir uns nicht.

Als Rot-Grün ein **Moratorium** für Gorleben vorlegte, hieß es aus den Reihen der damaligen Opposition „feige Handlungsverweigerung“ - an dem Begriff Moratorium festgemacht. Heute haben Sie als Union und FDP die Gelegenheit zu zeigen, dass Sie es ernst mit der der Ankündigung meinen, es sei Aufgabe von Politik „dass die Bürger ohne Angst leben können“. - Nur zu! Ohne Angst heißt ohne Gefahren; ohne Angst heißt ohne Atomkraftwerke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Ob Sie also Schmu machen oder nicht, werden wir in den nächsten Wochen und Monaten an Ihrem Handeln überprüfen. Aber eines sollte klar sein: Hinter die Ankündigungen, die jetzt gemacht worden sind, hinter all die Aussagen davon, dass nichts mehr so sei, wie es früher war, können Sie nicht mehr zurückfallen. Den erneuten Ausstieg vom verlängerten Ausstieg des Ausstiegs vom Atomausstieg, werden wir Ihnen, Frau Merkel, Herrn Brüderle oder wem auch immer, nicht durchgehen lassen. Die Menschen lassen sich an dieser Stelle sicherlich nicht für dumm verkaufen. Das zu versuchen, wäre politischer Selbstmord. Ich denke, Sie wissen das. Ich denke, Sie wissen, dass das Hin und Her in der Atompolitik ein schwerer Fehler war und dass das Land letztlich - wie gefordert - ein verlässliches Energieszenario braucht und nicht - wie gegeben - das Verhökern der Energiepolitik an die Stromkonzerne.

Denn offenbar ist es möglich, Herr von Boetticher, mindestens acht **AKW** einfach **stillzulegen**, und nirgendwo gehen erstaunlicherweise die Lichter aus - entgegen all den vorherigen Behauptungen von Stromlücken,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW sowie der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] und Christopher Vogt [FDP])

entgegen dem **Energiekonzept**, das geschrieben wurde, und den Begründungen, die von Frau Merkel gegeben wurden. Sie waren - so viel Ehrlichkeit muss einfach drin sein - nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt wurden.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

Aber das passiert öfter. 1986, kurz nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl, erklärte der Lobbyverband der Atomindustrie, das Deutsche Atomforum, dass ein Anteil von Windstrom wie in Dänemark in Deutschland schlichtweg unmöglich sei. Damals hatte Dänemark einen **Windanteil** an der **Stromerzeugung** von 1 %. Ich erwähne das deshalb, weil die Wirklichkeit nämlich manchmal auch im Guten die Vorhersagen übertrifft. Wir haben schon ein gutes Stück des Weges zurückgelegt, und wir schaffen auch den Rest.

Einige Worte zum Vorwurf, die Erneuerbaren würden die **Strompreise** hochtreiben: Die Preissteigerungen pro Kilowattstunde in den letzten Jahren waren 8 Cent. 3,5 Cent davon wurden von den Erneuerbaren verursacht, das wird zugegeben, ist aber politisch auch so gewollt. 4,5 Cent waren auf die Dividende der Stromkonzerne zurückzuführen.

Wir haben in Deutschland ein **Stromeinsparpotenzial** von 20 %. Das sind die 17 AKW, die wir uns so gesehen buchstäblich sparen könnten. Wir können den **Stromverbrauch** darüber hinaus optimieren, wenn wir ihn an der **Stromproduktion** orientieren. Wenn wir mit **Kraft-Wärme-Kopplung** konsequent fortschreiten, können wir mit den bestehenden Gas- und Kohlekraftwerken die Grundlast sichern, bis der Netzausbau nachgezogen hat. Mit anderen Worten: Wir können bis Ende dieses Jahrzehnts aus der Atomenergie aussteigen. Wir können aussteigen ohne den Neubau von Kohlekraftwerken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW sowie der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Dr. Henning Höppner [SPD])

Das wird allen etwas abverlangen - auch uns Grünen. Aber für meine Fraktion sage ich: Wenn die Beteiligungsverfahren an den Anfang der Netzausbau Diskussion gelegt werden und nicht an ihr Ende, wenn es nicht als Hintertür genommen wird, Bürgerbeteiligung abzubauen, sondern sie ernst zu nehmen, dann tragen wir eine **bundesgesetzliche Trassenplanung** mit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir haben diese Regierungserklärung gefordert. Es war unabdingbar, dass die Regierung die Linie der Atompolitik erläutert - und zwar einstimmig und halbwegs widerspruchsfrei. Die widersprüchlichen Ansagen aus den letzten Wochen aus dem Regierungslager waren doch sehr laut und unüberhörbar. Offensicht-

(Dr. Robert Habeck)

lich - so scheint es jedenfalls - hat sich die Reformseite in der Union durchgesetzt, obwohl Herr Minister de Jager in seinen Ankündigungen noch weiterging, als es der heute vorgelegte, etwas laue Antrag nahelegt.

Offensichtlich hat sich die Reformseite durchgesetzt, nachdem der Fraktionsvorsitzende der CDU noch vor wenigen Tagen beschied, bei „Grün light“ komme er nicht mit. Nun, von „Grün light“ sind Sie noch ganz schön weit entfernt, aber ein etwas freundlicheres Schwarz ist ja schon einmal etwas.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich hoffe weiterhin, dass die Reformer bei Ihnen Oberhand behalten und nicht jene Atomstrategen, die die Atompolitik zum Alleinstellungsmerkmal der Union machen wollten, die jetzt vielleicht auf die Vergesslichkeit der Wähler spekulieren mögen und danach, wenn alles vorbei ist, die Debatte wieder aufleben lassen wollen.

Die Atomfrage wird die politische Nagelprobe für die nächsten Jahre. Alles, was wir energiepolitisch tun, wird daran gemessen werden, ob wir uns von der Atomenergie verabschieden und wie schnell. An dieser Debatte entscheidet sich die Politik der nächsten Legislaturen. An dieser Debatte entscheidet sich, wer das neue Schleswig-Holstein mitgestalten will und wer für das alte steht.

Was sich seit Fukushima geändert hat, ist - so hoffe ich jedenfalls, alles andere wäre wirklich skandalös - nicht die Sicherheit der deutschen AWK, sondern die **Bewertung der Wirklichkeit**.

Herr Ministerpräsident, Sie haben natürlich einerseits recht, wenn Sie sagen, dass solch ein Doppelschlag der **Naturgewalten** bei uns eher nicht eintritt - solch einer nicht, aber andere vielleicht. Es ist erst wenige Tage her, dass ein 332 m langes Containerschiff, die „Berge Fjord“, nach einem Brand im Maschinenraum auf der Elbe trieb und auf die Ansaugrohre von Brunsbüttel zuschipperte. Acht Schlepper mussten das Schiff sichern. Angesichts des Klimawandels Sturmfluten als unwahrscheinlich abzutun, wäre fahrlässig, zumal diese gerade die Begründung für die Einführung der Küstenschutzabgabe waren. Und in Brokdorf, dem „sichersten und produktivsten AKW“, sprang gestern ein Kühlsystem nicht an. Nein, das ist keine Panikmache.

(Zurufe)

Aber wir müssen nüchtern feststellen: Es gibt keine sicheren AKW.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Kühlkreisläufe und Notstromaggregate in Krümmel, die Sicherheit der Abklingbecken, die Gefahr von Flugzeugabstürzen in Brunsbüttel, Hochwasser an der Elbe - auch für Brokdorf -, das war bis vor wenigen Wochen noch „grüner Spinnkram“, jetzt sind es reale Szenarien, keine - so der Ministerpräsident - „theoretischen Größen“ mehr. Ziehen wir die Konsequenz aus der Wirklichkeit! Pokern wir nicht auf das nächste Unglück. - Ausschalten statt Aussitzen!

Als grüner Politiker sehe ich eine Chance, dass dieses Land endlich zur Vernunft kommt. Als Mensch, als Robert, als Weltbürger, bin ich - wie alle - entgeistert und entsetzt über das, was in Japan passiert. Ich wünschte mir, wir würden diese Debatte nicht unter diesen Vorzeichen führen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich wünschte mir, all die, die vor der Unbeherrschbarkeit der Atomkraft gewarnt haben, hätten unrecht gehabt. Ich hörte in den letzten Tagen immer wieder, die **Natur** sei eben **unberechenbar**. Nun, das ist sie, aber das ist nichts Neues. Das Neue ist: Die **Technik** ist **unberechenbar**. Hilflös und fassungslos schauen wir zu. Das ist das Unfassbare. Die Maxime der Aufklärung verkehrt sich ins tragische Gegenteil. Die Menschen, die Menschheit, erlebt die selbstverschuldete Unmündigkeit. Begreift die moderne Welt nicht, dass sie die Möglichkeit ihrer eigenen Vernichtung geschaffen hat, besiegelt sie ihr eigenes Schicksal, früher oder später. Oder um es mit den Worten Jean Paul Sartres zu sagen:

„Wenn ihr eure Augen nicht gebraucht, um zu sehen, werdet ihr sie brauchen, um zu weinen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich weitere Gäste, und zwar Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte von der Gemeinschaftsschule Neumünster-Brachenfeld sowie von der Regionalschule Plön. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich erteile jetzt der Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Ranka Prante, das Wort.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir, DIE LINKE, sind bestürzt über die furchtbare, unvorstellbare **Katastrophe**, die den Menschen in Japan passiert ist und deren Folgen noch nicht zu erahnen sind. Wir sind fassungslos angesichts tausender Todesopfer und hunderttausender Menschen ohne ein Dach über dem Kopf. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Angehörigen, den Helfern und bei allen Menschen in **Japan**, die nach Tsunami und Erdbeben nun auch eine nukleare Katastrophe erleben müssen. Millionen Menschen können durch die Radioaktivität an Krebs erkranken.

Doch wir wissen und wussten immer, wie **unkalkulierbar die Gefahren** beim Betrieb von Atomkraftwerken sind,

(Beifall bei der LINKEN)

dass selbst im Normalbetrieb Atomkraftwerke Krebs erzeugen und Radioaktivität an die Umwelt abgeben, dass jede noch so geringe Abgabe von Strahlung Erkrankungen wie Krebs auslösen kann, dass Unfälle jederzeit an jedem Atomkraftwerk möglich sind und immer sein werden. Wir wissen und wir wussten, dass das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung damit in dauerhafter Gefahr sind.

AKW nutzen radioaktive Stoffe wie Uran und Plutonium zur Energiegewinnung. Diese Stoffe sind extrem gefährlich, ebenso die Stoffe, die während des Betriebs entstehen. Sie schädigen das Leben, sie schädigen die Umwelt.

Liebe Landesregierung, Sie wussten, wie es um die AKW stand, als Sie das neue atomlobbyfreundliche **Atomgesetz** bejubelten. Und nun begrüßen Sie aber auch das **Moratorium**. Aus unserer Sicht ist dieses Moratorium nur ein Ablenkungsmanöver, und zwar ein leicht durchschaubares.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Moratorium ist nicht einmal Sand im Getriebe der AKW-Lobby, sondern unterstützt sie. Es ist Sand für die Augen der Menschen in Deutschland, ein Taschenspielertrick, um Druck aus der öffentlichen Debatte zu nehmen und so für die nächsten Landtagswahlen zu punkten. Es ist bislang nicht vorgesehen, dass eines der AKW dauerhaft vom Netz geht. Das wissen wir alle.

Wir, DIE LINKE, wollen von Schleswig-Holstein und Deutschland aus ein klares **Signal** an die anderen **Industrienationen** senden, indem wir sofort

beschließen: Raus aus dieser mörderischen Technologie!

(Beifall bei der LINKEN)

Dass das einzig und allein eine Frage des politischen Willens ist, wissen wir, Ihres politischen Willens. Erst wenn wir diesen Willen haben, können wir uns tatsächlich umfassend damit beschäftigen, wie das praktisch schnellstmöglich geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie machen das in unseren Augen genau umgekehrt und sagen: Mal sehen, wie lange es dauern wird, bis der letzte Meiler vom Netz geht. Dann ist das die größtmögliche Verkürzung der Laufzeit. Das sehen wir anders. Wir wollen die sofortige Stilllegung der drei AKW in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zu Ihren Ausführungen und vermeintlichen Erklärungen, Herr Ministerpräsident! Erstens. Sie haben gesagt, die **Situation nach Japan** sei eine **grundlegend andere** als zuvor. Für alle Menschen, die seit bald vierzig Jahren zu Hunderttausenden auf der Straße waren, gekämpft und aufgeklärt haben, hat sich rein gar nichts geändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese haben immer gesagt: Jeder Ausfall der Kühlung durch Überschwemmung, Stromausfall, Sabotage, Unfälle, Anschläge und technische Defekte führt notwendigerweise rasch in eine Situation, in der die Kernenergie unbeherrschbar wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das führt dazu, dass noch mehr Radioaktivität in die Atmosphäre freigesetzt wird, dass die Menschen qualvoll an Krebs verenden.

Zweitens. Sie haben gesagt, Fukushima sei eine **Zäsur** in der **Geschichte der technisierten Welt**. In Harrisburg 1979 hat es Knopf auf Spitz gestanden, und erst nach fünf Tagen bekam man die Kühlung wieder unter Kontrolle. Trotzdem ist viel Radioaktivität ausgetreten.

In Tschernobyl 1986, vor bald 25 Jahren, hat man Tausende von Liquidatoren geopfert, um die Sache zu beruhigen. Trotzdem ist eine radioaktive Strahlenwolke um die halbe Welt gezogen.

(Beifall bei der LINKEN)

In Fukushima sind jetzt vier Kraftwerke außer Kontrolle. Es ist Tag 12. Wo bitte sehen Sie die Zäsur? Wir sehen eine unendlich leidvolle Kette von Unglücken in politisch gewollten atomaren Meilern.

(Ranka Prante)

Wir sehen, dass sich Verhängnis auf Verhängnis türmt, und wir fürchten uns vor nichts mehr, als dass die Japaner es tatsächlich nicht mehr schaffen.

Drittens. Sie sagten, Es dürfe kein Reaktor ans Netz, dessen **Sicherheit nicht zweifelsfrei belegt** sei. Das sehen wir genauso wie Sie, Herr Carstensen. Dass es keinen Reaktor gibt, dessen Sicherheit man zweifelsfrei belegen kann, ist bewiesen, also abschalten!

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, Sie wollen scheinbar den Falschinformationen der Industrie aufsitzen. Insofern gibt es auch keine technischen Schwachstellen, die man beseitigen könnte. Es handelt sich bei der Freisetzung von Radioaktivität um nichts anderes als ein Verbrechen an der Bevölkerung in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Viertens. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Sie würden Vattenfall und E.ON in die Verantwortung nehmen und unmissverständlich darauf drängen, dass sie auf ein **Wiederanfahren von Krümmel und Brunsbüttel** verzichten. Das ist doch nicht der richtige Weg! Denn weder Vattenfall noch E.ON können uns, die LINKE, von der Sicherheit Krümmels und Brunsbüttels überzeugen, auch nicht davon, wie schnell Sie Brokdorf abschalten dürfen. Übrigens haben Sie und Ihre Atomkonsorten nicht auch gesagt, man könne nicht abschalten - ich führe das von Herrn Habeck noch einmal aus -, weil sonst vermeintlich die Lichter ausgingen? Und jetzt sind acht Meiler vom Netz - und Ihnen geht immer noch kein Licht auf?

(Beifall bei der LINKEN)

Fünftens. Sie haben gesagt, der **Deutsche Bundestag** habe im vergangenen Jahr **Gesetzesänderungen** beschlossen, mit denen die Sicherheit unserer Kernkraftwerke weiter erhöht worden sei. Es würde mich freuen, wenn Sie uns das erläutern würden. Oder meinen Sie, dass die AKW allein dadurch sicher werden, dass sie länger laufen?

Sechstens. Herr Ministerpräsident, Sie wollen unsere Position als **Energie-Exportland** weiter ausbauen. Sie sagen, Schleswig-Holstein produziere derzeit doppelt so viel Strom wie es verbrauche. Herr Ministerpräsident, sehen Sie, da fangen die Probleme an. Davon hat die Bevölkerung leider nichts, sondern nur das Management der Energiekonzerne.

(Beifall bei der LINKEN)

Siebtens. Ich komme nun zu Ihrer Roadmap, die in unseren Augen keine ist. Sie haben gar keinen **Ausstiegplan**, weil Sie weitermachen wollen wie bisher. Was Sie jetzt vorschlagen, wollten Sie ja sowieso schon lange. Sie wollten die **demokratischen Verfahren** abschaffen, damit Sie der Industrie bei ihren Projekten schneller zu Diensten sein können. Das veredeln Sie nun zu einem „Maßnahmenvorranggesetz“. Sie wollen eine Sprinterprämie für Netzbetreiber. - Was heißt das? Für uns heißt das, Sie wollen die Netze weiter privatisieren und die Renditen der Unternehmen staatlich garantieren. Nicht mit uns!

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist unglaublich, dass Sie uns so etwas vorschlagen. Wenn Sie es politisch ernst meinen würden, würden Sie selbst energisch an den Aufbau von Netzen gehen und die Gesundheit der Menschen in diesem Land nicht von den Renditevorstellungen einiger weniger abhängig machen. Es ist tatsächlich eine Frage des politischen Willens, jetzt auszusteigen. Ja, das wird teuer. Aber es geht doch um die Frage, ob es uns gelingt, diejenigen zahlen zu lassen, die das Geld wirklich in den Taschen haben. Das müssen wir fordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Ministerpräsident, nach der japanischen Atomkatastrophe sagten Sie, Sie wollten schnellstmöglichst auf die Kernenergie verzichten. Da sind wir mit Ihnen einig. Wir sagen auch: Wir haben dort alles verloren, und niemand hat gewonnen.

Lieber Herr Carstensen, lieber Herr Schmalfuß, ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie von den Menschen in Schleswig-Holstein gewählt worden sind und gegenüber den Menschen eine Verantwortung haben. Nehmen Sie die Verantwortung endlich wahr, schützen Sie die Menschen, und legen Sie die drei Meiler in Schleswig-Holstein unwiderruflich still!

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Abgeordnete der Grünen und der SPD, auch Sie hatten in den letzten 20 Jahren mehr als genug Chancen, Atomkraft in Deutschland zu verbieten. Aber nein, was macht Rot-Grün? Sie lassen sich auf einen nichtssagenden **Atomkonsens** ein, der keinen Atomausstieg darstellt, denn schon nach diesem Konsens brauchten die Atomkraftbetreiber sicherheitsrelevante Nachrüstungen für die alten AKW nicht zu leisten. Okay, man kann sagen, verantwortlich ist die Bundesebene, aber zu einem ehrlichen Atomausstieg gehört ein ausgebautes Stromnetz -

(Ranka Prante)

worüber wir hier schon die ganze Zeit philosophiert haben -, was aber schon vor Jahren an einem Runden Tisch mit Energieerzeugern und Landesregierung - damals Rot-Grün - besprochen wurde, um den Ausbau von erneuerbaren Energien schnellstmöglich zu fördern. Aber auch das wurde komischerweise verzögert.

In Schleswig-Holstein stehen bereits jetzt umweltfreundliche **Windenergieanlagen** still - und das nicht erst seit Schwarz-Gelb. Der angeblich **billigere Atomstrom** bringt den Energiekonzernen mehr Profit. Atomstrom ist aber alles andere als billig. Seit 1950 wurde er mit über 200 Milliarden € Steuergeldern von den Steuerzahlern subventioniert. Das sind 4 Cent pro Kilowattstunde. Die Kosten für die Endlagerung des Atommülls und die Risiken eines atomaren GAU wie in Tschernobyl und nun in Japan sind dabei nicht mit eingerechnet.

Die AKW sind immer noch unterversichert. Ein Schaden bei einem Super-GAU wird auf circa 5 Billionen € geschätzt. Die Verbraucher - und um die geht es uns, der LINKEN - selber profitieren vom subventionierten Atomstrom aber gar nicht. **Gewinne** streicht ausschließlich die **Atomwirtschaft** ein, Gewinne, die zulasten der Bevölkerung gehen, Gewinne, die auf Kosten der Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung gemacht werden.

Die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und nun von Japan, sie erinnern daran, dass auch bei uns ein tödlicher Super-GAU jederzeit möglich ist, denn die Atomkraft ist und bleibt unbeherrschbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Schmalfuß, das haben auch Sie erkannt. Ich zitiere mit Genehmigung aus einer Zeitung:

„Nach den Vorfällen in Japan könne niemand mehr davon ausgehen, dass die Risiken der Atomkraft vollständig beherrscht werden können, auch nicht in einem hochtechnologierten Land.“

Wir, die Fraktion DIE LINKE, sehen das genau so, und wir werden Sie bei der sofortigen Stilllegung der AKW unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn Sie müssen sich noch einmal vor Augen halten: Die Atomkraftwerke wurden nachweislich für eine **Betriebszeit** zwischen 30 und 40 Jahren gebaut. Die drei Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein sind bereits alle um die 30 Jahre alt. Ihre Zeit ist in unseren Augen mehr als um. Das Unfallrisiko steigt mit dem **Alter der Reaktoren**, keiner ist ge-

gen Flugzeugabstürze geschützt. Trotzdem hat die Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland nun doch erheblich verlängert. Weltweit gibt es immer noch keine Lösung für den Millionen Jahre strahlenden **Atommüll**. Die Atom-mülllager Asse II und Morsleben haben gezeigt, dass Atommüll nicht einmal für Jahrzehnte sicher gelagert werden kann. Die Atomtechnologie ist darüber hinaus auch die Grundlage für die Entwicklung von Atomwaffen.

Egal wie man es dreht und wendet: Der Einsatz von Atomkraft ist unverantwortlich und von dem Menschen nicht beherrschbar - und zwar überall, in Japan, in Deutschland, überall.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt müssen die Konsequenzen gezogen werden. Atomenergie ist keine Brückentechnologie ins erneuerbare Zeitalter, sondern kann in den Abgrund einer nuklearen Katastrophe führen. Wir wollen das nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei gibt uns unübersehbar die Natur die Richtung vor: Wasser, Sonne, Wind, Biomasse und Erdwärme können unumstritten unendlich viel Energie liefern. Im Gegensatz zu Kernenergie und fossilen Energien ist das Vorkommen der **erneuerbaren Energien** unbegrenzt, und sie hinterlassen keinen Müll. Doch trotzdem blockieren Atom- und Kohle-meiler diesen zukunftssträchtigen und daher so wichtigen Ausbau. Der Anteil der erneuerbaren Energien beträgt laut Klimaschutzbericht in Schleswig-Holstein immer noch nur 10 %. Dabei hat sich schon durch die jetzige nur eingeschränkte Nutzung der erneuerbaren Energien der CO₂-Ausstoß gegenüber den letzten Jahren um 20 % verringert.

Dieses zeigt: Wir brauchen eine ganz andere Energiepolitik als die bisherige. Die technischen Voraussetzungen dafür sind längst gegeben. Durch die Kombination aus Energiesparen und Versorgung mit regenerativer Energie können Atomstrom und Strom aus fossilen Energieträgern ersetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Entscheidung für eine **Energiewende** ist also keine Frage der technischen Realisierung, sie ist eine Frage des politischen Willens, also des Willens von uns allen.

(Beifall bei der LINKEN)

Abgesehen von dem Umweltverträglichkeitsfaktor mindern die erneuerbaren Energien durch Dezentralisierung die Abhängigkeit von importierten Brenn-

(Ranka Prante)

stoffen, langen Transportwegen sowie die Dominanz großer Energiekonzerne. Sie eröffnen zudem völlig neue Perspektiven in nahezu allen Bereichen des Arbeitsmarktsektors. Als Folge entstehen nicht nur stabile, zukunftsfähige Arbeitsplätze, sondern wirtschaftliches Wachstum - und dieses auch in Krisenzeiten.

Damit ist auch völlig klar, dass die **Energieversorgung** ein wesentlicher Bestandteil der **öffentlichen Daseinsvorsorge** werden muss und eine Orientierung am **Allgemeinwohl** erfolgen sollte. Wir unterstützen auch die Forderung nach einem Anschluss an die abstrakte Normenkontrollklage der fünf Bundesländer Berlin, Bremen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Wir begrüßen auch den Antrag der Grünen - die jetzt leider nicht mehr sehr zahlreich zu diesem Thema hier im Plenarsaal vertreten sind; das finde ich schade - in der neuen Fassung

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und hoffen, dass sie mit ihrer Forderung auch in der Bundestagsfraktion auf offene Ohren stoßen. Dann könnten wir auch auf Bundesebene gemeinsam gegen Atomkraft kämpfen. Denn die LINKEN treten auf allen Ebenen dafür ein, unverzüglich und unumkehrbar aus der Atomkraft auszusteigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern: Erstens die Atomkraftwerke Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel sofort stillzulegen; zweitens alle übrigen Atomkraftwerke in Deutschland unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Zögern, stillzulegen;

(Beifall bei der LINKEN)

drittens, dass sich die Landesregierung im Bundesrat dafür stark macht, ein Verbot der Nutzung von Atomtechnologien für militärische und energetische Zwecke im Grundgesetz zu verankern;

(Beifall bei der LINKEN)

viertens ein Exportverbot aller Produkte und allen Know-hows, die der Atomtechnologie für militärische Zwecke oder zur Energiegewinnung dienen können; fünftens ein Sofortprogramm für erneuerbare Energien, das gute und sichere Arbeit in den notwendigen Bereichen des Ausbaus erneuerbarer Energien, Energieeffizienz, des Netzausbaus sowie der Entwicklung und Etablierung effizienter Speichertechnologien schafft und diese zügig voranbringt. Sechstens fordern wir: Kein weiterer Ausbau von Kohlekraftwerken unter dem Deckmantel des Ausstieges aus der Atomenergie!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir rufen zu friedlichen Protesten gegen die Atomindustrie auf, denn Verantwortung für die Menschen zu übernehmen und nicht für die Atomlobby, ist uns ein hohes Gut.

(Beifall bei der LINKEN)

In Japan ist es leider fünf nach zwölf, dort können wir nur noch Hilfe anbieten. In Deutschland ist es noch fünf vor zwölf, noch können wir hier handeln. Ich beende meine Rede jetzt mit einem Zitat von Greenpeace:

„Mit Abschalten ist nicht euer Gehirn gemeint.“

Also, schalten Sie nicht ihr Gehirn ab, und unterstützen Sie unseren Antrag.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Torsten Geerds:

Ich erteile jetzt das Wort der Vorsitzenden der SSW-Fraktion, Frau Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie andere war auch ich überrascht, als ich kürzlich in einem Artikel der „taz“ las, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Johann Wadephul nunmehr fordert, die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken rückgängig zu machen, und dass er sich jetzt für eine schnelle Energiewende ausspricht. Man kann nicht behaupten, dass sich unser ehemaliger Kollege Dr. Wadephul in seinem bisherigen politischen Wirken als Atomkraftgegner geoutet hat. Aber ich nehme es ihm ab, wenn er heute sagt, dass die Vorfälle in Fukushima ihn dazu bewegt haben, die Position, die er 30 Jahre lang vertreten hat, zu ändern. Und ich nehme es ihm ab, wenn er sagt, dass ihn die Vorfälle von Harrisburg und Tschernobyl, die Störungen in Schleswig-Holstein und nun der GAU in Fukushima zu diesem Umdenken bewegen haben, weil ihm mit einem Mal bewusst wurde, wie viele als „unwahrscheinlich“ eingestufte Vorkommnisse es in all den Jahren gegeben hat. Hut ab vor solchen Worten, sage ich nur.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Anke Spoorendonk)

Insgesamt weiß der SSW zu würdigen, dass sich auch andere in der CDU bewegt haben. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zeugt von dieser **neuen Nachdenklichkeit**. Der FDP in Schleswig-Holstein wünschen wir viel Durchsetzungskraft auf Bundesebene. Die bedenkenswerte Rede des Kollegen Kubicki lässt hoffen.

Wir alle haben die schrecklichen Bilder aus **Japan** vor Augen. Darauf sind alle Redner schon eingegangen. Das ist so. In sicherer Entfernung haben wir miterlebt, wie das Erdbeben und der Tsunami in kürzester Zeit Leid und Not über zigtausend Menschen in Japan gebracht haben. Dörfer und Städte wurden ausradiert und dem Erdboden gleich gemacht. Die Zahlen der Vermissten und Toten - wir wissen es - sind immer noch nicht absehbar. Selbst ein hochtechnologisches Land wie Japan hat solchen Naturgewalten nichts entgegenzusetzen.

Doch damit nicht genug: Fukushima ist zum Symbol für die Katastrophe in ihrer ganzen Bandbreite geworden.

Niemand kann heute sagen, welchen Verlauf die Atomkatastrophe noch nehmen wird, geschweige denn, wie sie ausgehen wird. Was dort geschieht, lässt niemanden unberührt. Die aktuellen Bilder von explodierenden Reaktoren lassen bei vielen von uns die Erinnerung an **Tschernobyl** wieder aufkommen. Im nächsten Monat jährt sich der 25. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, und wir stellen heute fest: Wir haben daraus bitter wenig gelernt. Die Schere im Kopf der Atomkraftbefürworter funktionierte nach Tschernobyl perfekt. Für sie stand von Anfang an fest, dass dieser Reaktor nicht mit westlichen AKWs vergleichbar war und dass die Sicherheitsstandards unserer Reaktoren einen solchen Unfall bei uns undenkbar machen.

Es mag durchaus zutreffen, dass westliche Kernkraftwerke technologisch ausgereifter sind. **Fukushima** macht aber deutlich, dass auch die westliche Technologie und die bei uns geltenden Sicherheitsstandards keine absolute **Sicherheit** garantieren. Der Einwand, dass es keine absolute Sicherheit gibt, ist in diesem Zusammenhang absurd. Nach Fukushima kann es im Hinblick auf die Sicherheit von Atomkraftwerken keine blinde Zuversicht mehr geben. Statistisch gesehen mag die Atomenergie eine sichere Energieform sein. Im real existierenden Leben der Menschen in Japan ist sie es nicht mehr. Das ist die Lehre, die wir spätestens jetzt aus allen bisherigen Reaktorkatastrophen ziehen müssen. Wir brauchen den **Atomausstieg** so schnell wie möglich.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Mit dem Ausstieg aus dem Atomausstieg schlug sich die **Bundesregierung** ganz bewusst auf die Seite der Atomwirtschaft, denn mit dem Beschluss vom 28. Oktober des letzten Jahres wurden die **Laufzeiten** der deutschen Atommeiler um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Dass der Beschluss der Bundesregierung auch bei uns im Land zu riesigen Demonstrationen führte, dürften die wenigsten von uns vergessen haben. Die einprägsamen Bilder von der 120 km langen Menschenkette zwischen den Pannemeilern Krümmel und Brunsbüttel sind so schnell nicht wegzuwischen. Rund 120.000 Menschen waren vor knapp einem Jahr angereist, um ihren Unmut über die Atompolitik der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen. Doch dem CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe fiel damals nichts anderes ein, als der Opposition im Deutschen Bundestag vorzuwerfen, dass sie mit dieser Aktion die Angst vor der Kernenergie schüre. Wie recht die Demonstranten hatten, wissen wir heute. Frau Merkel wäre also gut beraten, nicht mehr den Einflüsterern der Atomlobby zu lauschen. Sie sollte lieber hören, was das Volk ihr zuruft.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn sie dann auch noch glaubt, sie könne politisch für Ruhe sorgen, indem sie ein dreimonatiges Moratorium der Laufzeitverlängerung ankündigt, täuscht sie sich. Für den SSW sage ich: Das Merkelsche **Moratorium** ist Schattenboxen mit der Atomlobby und Wahlkampfaktik, aber kein ernst gemeinter Beitrag zum Atomausstieg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wären keine Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Bremen, dann würde es dieses Moratorium nicht geben,

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

denn Fakt ist: Rechtlich steht dieses Moratorium auf wackeligen Füßen. Inwieweit § 19 Abs. 3 des **Atomgesetzes** überhaupt anwendbar ist, ist äußerst fraglich. Wer eine **einstweilige Stilllegung** der alten Atommeiler durch die Aufsichtsbehörden der Länder anordnet, um Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter abzuwehren, der bewegt sich juristisch auf dünnem Eis, denn nach bisherigen Einschätzungen der Atomaufsichtsbehörden ist diese Gefahr nicht gegeben. Sonst hätte es wohl auch

(Anke Spoorendonk)

keine Laufzeitverlängerungen für diese Meiler geben dürfen. Was wir also brauchen, ist eine **rechtliche Grundlage**, auf der diese alten und maroden Meiler für immer abgeschaltet werden können, und ist keine dreimonatige Beruhigungstablette.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Als wenn die Intelligenz der Bevölkerung damit nicht bereits genug strapaziert wurde, wird nun auch noch gesagt, man wolle den **Zeitraum** von **drei Monaten** nutzen, um die Sicherheit der Atomkraftwerke neu zu überprüfen. Von Experten wird die Ernsthaftigkeit der angekündigten unvoreingenommenen **Sicherheitschecks** aller Atomkraftwerke jedoch angezweifelt. Mit anderen Worten: Innerhalb von zwölf Wochen lässt sich allenfalls das Atomkraftwerk von Lorient seriös überprüfen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wer es mit der Überprüfung ernst meint, der muss den **Bewertungsmaßstab** für alle Reaktoren einheitlich gestalten, sich auf das im Jahr 2009 beschlossene kerntechnische Regelwerk stützen und neue Erkenntnisse aus dem japanischen Drama berücksichtigen. Nur dann haben wir einen echten Sicherheitsüberblick. Wenn diese Überprüfung dann das Aus für die deutschen Atommeiler bedeuten würde, so lautet angeblich die Schlussfolgerung eines Geheimdokuments aus dem Bundesumweltministerium, dann müssten auch die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Damit kann aber nicht gemeint sein, dass Sicherheitsauflagen letztlich minimiert werden, nur weil dies für die Atomkraftbetreiber die kostengünstigere Variante ist.

Unter dem Strich halte ich daher fest: Das, was dem Volk momentan von CDU und FDP auf Bundesebene verkauft wird, ist weiße Salbe. Was von Angela Merkel und ihrem Vizekanzler Westerwelle verkündet wurde, beruht nicht auf einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem Atomunfall in Japan. Es wurden keine echten Konsequenzen aus der Katastrophe gezogen. Das ist die bittere Wahrheit.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Spätestens nach der Bundesratssitzung am letzten Freitag und nach der Gesprächsrunde der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der fünf Bundesländer, die - in Klammern - allesamt von Unions-Parteien geführt werden, in denen Kernkraftwerke stehen, ist klar, dass wieder einmal eine Chance vertan wurde, alle Bundesländer ins Boot zu holen, um gemeinsam eine **Strategie** dafür zu

erarbeiten, wie der **Ausstieg aus der Atomenergie** so schnell wie möglich zu gestalten ist.

Wir brauchen einen breiten politischen **Konsens**, um den Ausstieg aus der Atomenergie zu schaffen und die **Energiewende** hinzubekommen. Stattdessen deutet vieles darauf hin - so ist es zumindest der Presse zu entnehmen -, dass es eine neue Runde im Rosenkrieg zwischen CDU/CSU und FDP auf Bundesebene geben wird. Der Verlierer steht leider schon jetzt fest. Er heißt Bundesumweltminister Röttgen. Dass er - wie Johann Wadephul - zu denjenigen CDU-Leuten gehört, die sich für einen schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie stark machen, spricht Bände.

Mir ist mit anderen Worten völlig schleierhaft, welche Rolle die von Frau Merkel initiierte **Ethikkommission** spielen soll, wenn es um die Vorbereitung des konkreten Atomausstiegs geht. Anscheinend soll nunmehr in einem Mikrokosmos die friedliche Nutzung der Kernenergie diskutiert werden. Dies ist aber eine **gesellschaftspolitische Diskussion**, die bereits seit Jahrzehnten geführt wird. Was alle angeht, muss von allen entschieden werden, heißt es zum Wesen unserer Demokratie. Wir brauchen also keine neuen Gesprächskreise. Was wir brauchen, ist der Wille zu politischem Handeln. Der Atomunfall von Fukushima lässt spätestens jetzt nur einen politischen Schluss zu.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Aus diesem Grund bleibt es für den SSW dabei: Wir brauchen den Atomausstieg so schnell wie möglich. Das bedeutet: Mindestens zurück zum alten Atomkonsens. Meiler, die modernen Sicherheitsstandards nicht mehr entsprechen, müssen sofort vom Netz genommen werden. Wir brauchen eine klimafreundliche, ökologische und dezentrale **Energieversorgung**. Langfristig müssen wir uns von den **fossilen Energieträgern** wie **Kohle und Gas** verabschieden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Netzausbau muss vorangebracht werden. Wir brauchen Konzepte, um die **Energieeffizienz** zu steigern. Wir brauchen Konzepte für **Energieeinsparmaßnahmen**. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies sind die Baustellen, mit denen wir es zu tun haben. Dafür brauchen wir Umsetzungspläne, denn auch hier gilt die alte Bauernweisheit: Von nichts kommt nichts.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem weiteren Redebeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Olaf Schulze das Wort. Ihm steht eine Redezeit von zwölf Minuten zur Verfügung. Ich möchte Sie darüber informieren, dass der Ministerpräsident seine Redezeit um vier Minuten überschritten hat. Diese Überschreitung kommt entsprechend zu den Restsprechzeiten hinzu.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Vorfälle in Japan stellen bisher nur eine Zäsur im Denken über erforderliche Konsequenzen in Deutschland dar. Die Tatsache, dass das Unmögliche nicht nur möglich, sondern Realität geworden ist, erschüttert den Glauben an die **Sicherheit** aller Atomkraftwerke in der Welt und die **Beherrschbarkeit von Unfällen**, die die Grenzen des Denkbaren überschreiten. Den Menschen nutzen allerdings keine überhasteten Vorschläge, die darauf abzielen, wie schnell wir irgendwann vollständig aus der Atomtechnik in Deutschland aussteigen können, und es nutzen keine Verweise auf die Positionen und Zitate von gestern. Wir müssen unseren Blick nach vorn richten und gemeinsam ausloten, was machbar und im Sinne der Sicherheit der Menschen in unserem Land verantwortbar und rechtlich belastbar umzusetzen ist.

(Zuruf)

Wir sollten daher die zumindest bei uns in Schleswig-Holstein erkennbaren parlamentarischen Gemeinsamkeiten nutzen und dabei folgende Ziele erreichen, wie sie im Antrag des SSW und der SPD niedergelegt sind: Hauptziel sollte sein, alle Atomkraftwerke in Deutschland schrittweise stillzulegen, wie es im Atomkonsens bis Ende letzten Jahres vereinbart war.

Wenn wir es früher schaffen sollten, die Atomkraftwerke abzuschalten, sind wir bestimmt bei Ihnen und unterstützen Sie bei der Umsetzung. Aber, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, Sie brauchen unseren Antrag nicht, um die **Atomkraftwerke Krümmel** und **Brunsbüttel** nicht wieder ans Netz gehen zu lassen, müssen Sie uns auch sagen, auf welcher Gesetzesgrundlage dies fußt. Auf den guten Willen der Konzerne allein können wir uns wohl kaum verlassen.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen:
Wer weiß!)

Diese Forderung von Ihnen haben wir schon öfter gehört, und insofern wären wir froh, wenn es dem-

nächst umgesetzt werden könnte. Deshalb müssen wir **gesetzliche Initiativen** ergreifen, die sicherstellen, dass die sieben ältesten Reaktoren sowie das Atomkraftwerk Krümmel rasch und unumkehrbar abgeschaltet werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel dürfen nicht wieder ans Netz gehen.

Um ein starkes Signal gegen die vereinbarte und unabhängig von einem Moratorium geltende **Laufzeitverlängerung** aller Atomkraftwerke zu setzen, muss **Schleswig-Holstein** der **Verfassungsklage** der Bundesländer Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz beitreten. Denn eines ist sicher: Wir brauchen neben den Sofortmaßnahmen **gesetzliche Änderungen** zum **Ausstieg** aus der Atomkraft. Ein **Moratorium** und die gestern von Kanzlerin Merkel eingesetzten **neuen Kommissionen** können nur den Weg beleuchten, der rechtlich beschritten werden muss. Als erstes richtiges Zeichen muss die im Oktober beschlossene Laufzeitverlängerung schnell aufgehoben werden - egal, auf welche Weise - ob durch ein neues Gesetz oder eine Klage gegen das bestehende Gesetz.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich würde im Zusammenhang mit dem Antrag von CDU und FDP gern von Herrn Kubicki noch hören, was er zum Thema „Übertragung der Restlaufzeiten“ zu sagen hat. Was die **Übertragung der Restlaufzeiten** beziehungsweise der **Strommengen** von Brunsbüttel und Krümmel **auf Brokdorf** angeht, hatte Herr Kubicki davon gesprochen, dass es ein Risiko gibt. Wir müssen diese Risiken einschätzen, und wir müssen dazu beitragen, dass diese **Risiken** verringert werden. Wenn wir Brokdorf bis 2059 am Netz lassen, ist das bestimmt keine Minimierung des Risikos.

(Beifall bei SPD und SSW)

Deswegen brauchen wir auch den **alten Atomkonsens**, und wir müssen, wenn wir ehrlich sind - das habe ich vom Kollegen von Boetticher, der leider im Moment nicht hier ist, in dieser Diskussion immer wieder gehört -, wenn wir eine ehrliche Diskussion führen wollen, auch sagen, wie lange wir die Atomkraftwerke in Brokdorf und auch die anderen Atomkraftwerke weiterlaufen lassen wollen.

Meine Damen und Herren, das **Ende der Atomkraft** in Deutschland braucht eine neue Energiepolitik. Dazu müssen **alternative Energiequellen** vorangebracht, es müssen alle Maßnahmen zur

(Olaf Schulze)

Energieeinsparung und **Energieeffizienz** ergriffen werden, und es muss die Entwicklung neuer **Speichertechniken**, zentral in großen Energiespeichern unter der Erde, aber auch dezentral bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern vor Ort, wie zum Beispiel durch die neuen Folienspeicher, die im ISIT in Itzehoe entwickelt werden, parallel dazu verstärkt werden. Gerade bei den Speichertechnologien müssen wir in Schleswig-Holstein noch mehr Anstrengungen unternehmen, damit die erneuerbaren Energien sich wirklich durchsetzen können. Schnell könnten wir zum Beispiel durch **Druckluftspeicher in Brunsbüttel** die erneuerbaren Energien grundlastfähig machen.

Hier macht mir der Zickzackkurs beim **CCS-Gesetz** große Sorgen, da die vorhandenen Speicherkapazitäten blockiert werden können. Den Ausstieg aus der Atomenergie mit der Einführung der CCS-Technologie und damit mit der CO₂-Einlagerung in Schleswig-Holstein zu koppeln, wie es Minister Brüderle will, ist der falsche Weg, und er wird am Widerstand der Bevölkerung scheitern.

(Zuruf von der FDP: Und am Widerstand Gabriels!)

Es ist ja schön, wenn Herr Brüderle dies jetzt aufgreift. Es ist aber trotzdem der falsche Weg. Insofern werden wir das nicht als einen richtigen Weg ansehen.

Zusätzlich - da besteht große Einigkeit - können wir es uns keinen Tag länger leisten, dass gerade die erneuerbaren Energien aufgrund von **Netzproblemen** nicht ins Netz eingespeist werden können. Hier brauchen wir eine ambitionierte **Ausbaustrategie** für die **Stromnetze** und einen gesellschaftlichen Konsens, dies zu unterstützen und nicht zu behindern.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Das bedeutet aber auch, dass die **Netzbetreiber** nicht nur ein vereinfachtes Verfahren bekommen, sondern auch auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingehen und gegebenenfalls auch **Erdkabel** verlegen.

(Vereinzelter Beifall)

Dies könnte auch eine Bedingung für eine **Sprinterprämie** sein.

(Zuruf von der CDU: Das funktioniert technisch nicht!)

- Dass es technisch funktioniert, wissen wir. Das wissen Sie auch. Schließlich waren Sie am Freitag

mit dabei. Aber das sind jetzt wieder die alten Reflexe. Wenn Herr von Boetticher sagt, wir sollten offen und ehrlich diskutieren, führt das leider wieder nicht zu einer offenen und ehrlichen Diskussion.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Herr von Boetticher, ich hätte Ihnen gern auch noch erklärt, welche Konzepte die SPD hat. Denn wir als SPD haben das Konzept der Energiewende hier in diesem Haus immer wieder vorgestellt. Herr Kubicki hat ja auch ein Großteil von dem, was wir gefordert haben, aufgegriffen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir setzen auf erneuerbare Energien, wir setzen auf Energieeinsparung, und wir setzen auf effizientere Techniken.

Die drei „E's“ spielen eine wichtige Rolle. Aber wir wollen auch eine dezentrale Energieversorgung. Da hat Herr Kubicki vorhin schon aufgezeigt, was das bedeutet. Zu einer **dezentralen Energieversorgung** gehören alle erneuerbaren Energien. Das ist der eigentliche **Energiemix der Zukunft**, aber nicht so, wie er von anderen zum Teil immer wieder dargestellt wird.

Wenn ich vom Energiemix der Zukunft rede, so wird das ein virtuelles Kraftwerk sein müssen, in das wir **Windkraftanlagen** integrieren; auch Biomasse spielt dabei eine Rolle. Gerade konnten wir lesen, dass die Biomasse gerade in Schleswig-Holstein im Energiebereich die Windkraft überflügelt hat. Wir müssen weiter darüber nachdenken, wie wir **Biogas und Biomasse** in diesem Land verantwortbar und vernünftig einsetzen. Dass es da auch Fehler gegeben hat, die wir korrigieren müssen, dazu stehen wir; das sagen wir auch. Aber man muss auch sehen, dass die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht andere sind als in Schleswig-Holstein. Deswegen kann man nicht grundsätzlich sagen: Biomasse ist schlecht.

Wenn wir sagen, dass wir einen Energiemix brauchen, dann gehört dazu auch **Solkraft**. Auch diese wird ja zum Teil immer noch verteufelt. Auch die **Wasserkraft** ist ein wichtiger Bestandteil. Wir brauchen also alles, und wir müssen alles vernünftig miteinander kombinieren. Dies kann man am besten mit einem solchen virtuellen Kraftwerk; man kann es am besten mit einer dezentralen Energieversorgung.

Wenn wir offen und ehrlich reden wollen, so, wie Herr von Boetticher uns das immer sagt, dann müs-

(Olaf Schulze)

sen wir auch über Desertec reden. Er schwärmt immer wieder von Desertec, und er ist ja selbst auch schon dort gewesen. Er darf aber die **Risiken** dieser Technologie auch nicht vergessen; er sollte auch diese Risiken aufzeigen. Wir sollen und müssen über Desertec reden, aber wenn wir reden, dann unter allen Aspekten. Es geht auch nicht an, dass wir uns weiterhin nur auf die großen Technologien konzentrieren.

Von daher, sehen wir, gibt es schnelle und gute Alternativen zur Atomkraft. Lassen Sie uns heute ein gemeinsames parlamentarisches Zeichen setzen! Lassen Sie uns zeigen, dass wir dies gemeinsam wollen! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Wortbeitrag erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eines voranstellen, Herr Ministerpräsident: Wenn in der **Atompolitik** ein **Richtungswechsel** ansteht, begrüßen wir das. Ein solcher Richtungswechsel ist aus unserer Sicht längst überfällig. Wenn Personen und Parteien neue Erkenntnisse gewinnen und durch eine Neubewertung ihre Positionen gewinnen und ihre Auffassung daraufhin ändern, dann ist das keine Schande, Herr Ministerpräsident. Wir haben das bei der CCS-Debatte und auch an anderer Stelle gesehen. Das sollte kein Anlass für Häme sein; es sollte kein Anlass für Besserwisserei sein, und man sollte auch nicht sagen: „Ich habe es ja schon immer gewusst.“ Für solche Attitüden ist kein Platz.

Wir nehmen die Debatte, und wir nehmen Sie, liebe Kollegen insbesondere von der CDU, ernst. Der Ministerpräsident hat von Respekt und Redlichkeit gesprochen. Das soll in dieser Debatte gelten.

Wir haben auch Verständnis dafür, dass ein Richtungswechsel in einer großen Organisation mit vielen engagierten Menschen Zeit braucht. Der eine oder andere braucht vielleicht länger, um einen neuen Weg mitzugehen. Es würde aber Deutschland und seiner Wirtschaft guttun, wenn die Politik in der Energiefrage mehr als bisher zueinander findet. Denn die **langfristigen Investitionen** in der Energiewirtschaft richten sich nicht nach den durch Legislaturperioden definierten Zeiträumen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wirtschaft will wissen, wo es langgeht, und nicht nach politischen Mehrheiten mal hü, mal hott, rin in die Kartoffeln oder raus aus die Kartoffeln.

Haben Sie bitte auch Verständnis für mich, wenn ich Ihnen sage, dass ich dem neuen Frieden noch nicht vollständig trauen kann. Kaum eine Diskussion wird schon über so lange Zeit und so kontrovers geführt wie die Atomdebatte, wie die Energiepolitikdebatte insgesamt. Da reibt man sich natürlich die Augen über die vielen neuen Freunde in der AKW-Bewegung. Oder im SPD-Jargon gesagt: Wir marschieren Seit an Seit neuerdings mit Mappus an der Spitze.

(Heiterkeit)

Wahlkämpfe, Herr Ministerpräsident, stehen tatsächlich an; da bin ich ganz bei Ihnen. Aber empören Sie sich doch nicht, haben Sie auch Verständnis für Reflexe, die Wahlkampfaktik unterstellen. Das Thema wäre dafür aus meiner Sicht jedoch auch zu ernst. Wir hoffen nicht, dass alles der aktuellen Situation und Wahlkämpfen geschuldet ist. Hinterher geht man zur Tagesordnung über. Das wollen wir dringend vermeiden.

Dazu kommt, dass die Regierung angekündigt hat, es solle nicht mehr so sein wie vor Fukushima, aber auch einen großen Bogen um die Frage macht, was am Ende dabei herauskommen soll.

Herr Ministerpräsident, wir hätten übrigens nach meinem Empfinden Ihrer Regierungserklärung mehr Vertrauen entnehmen können, wenn sie in etwas bescheidenerer Diktion vorgetragen worden wäre. Sie sagen: „Wir nehmen die Sorgen ernst.“ - Andere etwa nicht? - Oder Sie erklären, Rot-Grün klammere die **Endlagerfrage** aus. Das ist sachlich schlicht nicht richtig. Es lag ein Gesetzentwurf zur Endlagersuche vor. Ich freue mich auf Sie und Ihre Ministerpräsidenten in den süddeutschen Ländern, wenn wir zu einer offenen **Endlagersuche** für atomare Abfälle übergehen. Denn Gorleben taugt genauso wenig wie Asse; das ist absehbar. Die **geologisch geeigneten Formationen** sind, wie wir das zum Beispiel von dem unter Volksbeteiligung sauber durchgeführten Verfahren in der Schweiz oder auch aus Finnland wissen, **Granitgestein mit Tonüberdeckung**. Diese finden wir nicht in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein, sondern in den süddeutschen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, ich meine, die Diskussion sollte nicht zu kleinteilig geführt werden. Ich will nicht von Zahlen reden, aber ich will auch

(Detlef Matthiessen)

nicht verhehlen, dass ich mich über die Äußerungen des Energieministers gefreut habe.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und wir erst, Herr Kollege!)

Ich hoffe, dass ein **schnellerer Ausstieg** als in allen bisherigen Szenarien möglich ist. Dazu zählt auch das Atomgesetz in rot-grüner Fassung. Ich hoffe, dass die Position von Jost de Jager in der CDU mehrheitsfähig ist oder bei vertiefter Diskussion mehrheitsfähig wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Ministerpräsident, zur Bescheidenheit Ihrer Regierungserklärung sei auch angefügt: Es ist keineswegs Deutschland, das jetzt oder in Zukunft den Atomausstiegstakt vorgäbe. Es sind andere Länder wie Dänemark, Holland oder Österreich. In Österreich war ein fertig gebautes AKW - übrigens baugleich mit unserem AKW Krümmel - in Zwentendorf errichtet. Dann hat **Österreich** durch eine Volksabstimmung, die sogar Aufnahme in die Verfassung fand, den Ausstieg vorgemacht. Das sind die Pioniere, das sind diejenigen, die voranschreiten, und keineswegs Deutschland.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie sehen sich nach meiner Wahrnehmung in Ihrer Erklärung etwas zu häufig immer vorneweg und an der Spitze. Etwas Bescheidenheit hätte da Ihrer Regierungserklärung wirklich gutgetan.

Die Ereignisse in **Japan** lösten jedenfalls bei Schwarz-Gelb eine unkontrollierte Kettenreaktion aus. Vor noch nicht einmal einem halben Jahr war die Verlängerung der AKW-Laufzeiten die Energierevolution, und es wurde ein schwarz-gelbes Gesetz erlassen. Mit der elften und der zwölften **Änderung des Atomgesetzes** wurde die Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke normiert einschließlich der Reaktoren der 69er-Baureihe, einschließlich der Reaktoren, die besonders schlecht gegen terroristische Einwirkungen von außen geschützt sind. Ohne Berücksichtigung von **Pannenstatistiken** wurde ein Gesetz erlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das gilt in einem Rechtsstaat, Herr Kubicki, mit Gewaltenteilung, mit Legislative und Exekutive.

Dann kam die Japan-Katastrophe, und es hieß zunächst: Jetzt nicht über Atompolitik in Deutschland reden, das werde parteipolitisch missbraucht, unser

Denken solle bei den Betroffenen der schrecklichen Ereignisse in Japan sein. Dann plötzlich doch eine Sondersitzung der Bundesregierung, und es wurde, mit dramatischer Tonalität begleitet, eine neue Atompolitik angekündigt.

Wie kann sich die Kanzlerin hinstellen und sagen, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten werde für drei Monate ausgesetzt? Auf welcher Rechtsgrundlage denn, von wem denn? Hat die Bundesregierung eine Gesetzgebungskompetenz? - Die hat doch wohl immer noch der Bundestag. Sind Merkel/Westerwelle plötzlich Legislative und dürfen sich über geltendes Recht hinwegsetzen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine sehr interessante Frage!)

Bei der Suche nach einer **Rechtsgrundlage** wurde die Kanzlerin fündig bei **§ 19 Abs. 3 des Atomgesetzes**. Hintergrund dieser Regelung sind jedoch akute Gefahrenabwehr, ein gesetzeswidriger Zustand und drohende Gesundheitsgefährdung. An der Lage in Deutschland hat Japan ja nur die Einschätzung des Restrisikos, nicht aber die tatsächliche Sicherheitslage beeinflusst. Daher hat Bundesminister Röttgen auch erklärt, das Moratorium sei doch nur politisch gemeint. Aha!

Es hilft doch nur eines, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen eine Änderung des Atomgesetzes, ein **Ausstiegsgesetz**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Warum reden der Ministerpräsident und die Bundeskanzlerin nicht davon? Wir brauchen eine saubere Rechtsgrundlage für eine geänderte neue Atompolitik statt Merkelmurks und Westerwellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus grüner Sicht sollte eine **erneute Novellierung des Atomgesetzes** weiter gehen, als es von Rot-Grün beschlossen wurde. Die Atomkraftwerke in Deutschland müssen schneller abgeschaltet werden, als es nach allen gesetzlichen Vorgaben der Vergangenheit normiert war. Wir fordern die sofortige Stilllegung der besonders problematischen AKW ohne Laufzeitübertragung. Laufzeiten zu übertragen war die Logik von gestern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der Grünen!)

Der Kollege Olaf Schulze hat das ja vorgerechnet. - Ich sage ja: Das war die Logik von gestern. - Der Gedanke war natürlich ein Auslaufen des Atomprogramms und dann am Ende ein Übertragen von alt auf neu in kleinem Maßstab.

(Detlef Matthiessen)

Sie schreiben ja selber in Ihrem Antrag: Das muss neu überdacht werden. Daher sage ich, es besteht große Übereinstimmung. Wir sagen, die **Laufzeiten** dürfen nicht übertragen werden. Sie sagen, es darf einen schnelleren Ausstieg nicht konterkarieren. Große Übereinstimmung zwischen der CDU und dem Antrag der Grünen. Wir freuen uns.

(Lachen bei der LINKEN)

Subventionen für die **Atomindustrie** müssen angesprochen werden. Sie müssen abgebaut werden. Die Überführung der „Rückstellungsmilliarden“ in einen öffentlich-rechtlichen Fonds ist ebenso überfällig wie eine erhebliche Anhebung der Deckungsvorsorge gegen Havarien.

Das **Restrisiko**, die Sicherheit, soll neu betrachtet werden. Alle AKW sollen ebenso wie betriebene, genehmigte und in Untersuchung befindliche **Endlager** - da fand ich ja die Äußerungen des Ministerpräsidenten McAllister sehr interessant - einer erneuten **Sicherheitsüberprüfung** unterzogen werden. Erdbeben, extreme Sturmfluten, Deichbruch, Schiffshavarien mit Folgen für die AKWs an der Elbe und die Kombination solcher Ereignisse können die drei schleswig-holsteinischen AKWs in Brokdorf, Brunsbüttel und Geesthacht/Krümmel betreffen und müssen bei einer neuen Sicherheitsbetrachtung berücksichtigt werden. Auch terroristische Einwirkungsmöglichkeiten sollen dabei eingehend geprüft werden. Das schließt, wie Herr Kubicki schon ausführte, auch die Überprüfung der Anfälligkeit technischer Systeme für Computerviren und andere Cyber-Angriffe mit ein.

Nicht erst Japan, meine Damen und Herren, hat die Gefährlichkeit der Atomindustrie aufgezeigt. Auch Harrisburg, das sogenannte Three-Mile-Island-Ereignis, das TMI-Ereignis, Winscale, Tschernobyl und nicht zuletzt Forsmark in Schweden hätten im Einzelnen schon Warnung genug sein müssen. Mir fehlt es nicht an Fantasie, mir Szenarien auszudenken, die bisher nicht betrachtet worden sind, die auslegungsüberschreitend wären.

Denken Sie zum Beispiel an Schiffe, die nicht Holz aus Afrika nach Hamburg fahren, sondern betonbrechende Waffen von El Kaida. Oder - wie mein Fraktionsvorsitzender sagte - der Massengutfrachter „Berge Fjord“ ist 330 m lang, 57 m breit. Nach Brand und Manövrierunfähigkeit wurde er wenige 100 m vor den Kühlwassereinläufen des AKWs Brunsbüttel von acht Schleppern abgefangen. Das Wetter war ruhig. Es war eine Leerfahrt. Es hätte auch anderes Wetter sein können, Schlepper hätten

nicht verfügbar sein können, es hätte problematische Ladung an Bord sein können.

Zum Thema **Restrisiko** darf es uns an Phantasie nicht fehlen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Ein Wechsel in der Atompolitik ist überfällig. Atomkraft? - Nein, danke!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Doch, Entschuldigung. - Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Lars Harms zu einem weiteren Redebeitrag das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der rasanten Entwicklung der Atomdebatte in den letzten zwei Wochen stellt sich schon die Frage: Warum eigentlich nicht gleich so? Letztlich hat sich an der Faktenlage nichts geändert. Die Lebenslügen der Atomlobby waren seit Jahrzehnten falsch. Dass es des traurigen Unglücks in Japan bedurfte, um dem Lobbyismus zumindest für einen Zeitraum von drei Monaten ein Ende zu bereiten, zeigt, dass insbesondere die CDU auf Landes- und Bundesebene und die FDP auf Bundesebene aus der Faktenlage nichts lernen konnten oder wollten. Man folgte treu den Lebenslügen der Atomlobby und sorgte dafür, dass den großen Energiekonzernen in Deutschland das Geld nicht ausgeht.

Welchen Lebenslügen ist man nun gefolgt? - Lebenslüge Nummer 1: Schaltet man die Atomkraftwerke nur teilweise ab, dann gehen in Deutschland die Lichter aus. - Meine Damen und Herren, das war natürlich völliger Unsinn. Das wusste man auch schon vorher. Natürlich haben wir billigen **Atomstrom** ins Ausland **exportiert**, natürlich brauchten wir die dafür betriebenen Atomanlagen nicht für unsere Versorgung. Man brauchte auch kein Mathematikprofessor sein, um auszurechnen, wie viel Atomanlagen nicht mehr benötigt würden, wenn man keinen Atomstrom mehr exportierte. Wir haben laut Umweltbundesamt eine **überschüssige Kapazität** von 15 GW. Fachleute haben schon vor den Unglücksereignissen in Japan deshalb darauf hingewiesen, dass rund die Hälfte der Atomanlagen nicht benötigt wird.

(Lars Harms)

Nun werden acht Atommeiler zumindest zeitweise abgeschaltet, und in Deutschland gehen die Lichter eben nicht aus, und das Umweltbundesamt kommt sogar zu dem Schluss, dass man neun AKWs sofort ausschalten kann, ohne Einschränkungen der **Versorgungssicherheit** befürchten zu müssen oder dass Stromimporte aus dem Ausland nötig würden. Im Gegenteil! Durch den seinerzeitigen rot-grünen **Kompromiss** mit der Energiewirtschaft wurde ja schon gezeigt, dass ein **Ausstieg** innerhalb von zehn Jahren auch von der Energiewirtschaft akzeptiert wurde. Das heißt, der Ausstieg wurde seinerzeit nicht nur als möglich, sondern auch als wirtschaftlich problemlos umsetzbar angesehen.

Auch hier spricht das Umweltbundesamt eine deutliche Sprache, der völlige Atomausstieg sei schon 2017 möglich. Hierfür sind nur die heute schon vorhandenen Kraftwerke sowie die im Bau befindlichen Kraftwerke nötig. Man müsste nur die erneuerbaren Energien ausbauen und die bisher geplanten effizienten Blockheizkraftwerke und Gaskraftwerke bauen.

Hier möchte ich auf ein aktuelles Thema eingehen: Weil wir keine neuen Kraftwerke, insbesondere keine Kohlekraftwerke mehr brauchen, brauchen wir auch keine CCS-Einlagerung.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante
[DIE LINKE])

Auch dieses Thema ist mit einer unkalkulierbaren Unsicherheit für die Gesundheit der Menschen und für die Natur belegt.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Einen Augenblick bitte, Herr Abgeordneter. - Es herrscht ziemliche Unruhe. Insbesondere die Abgeordneten, die dort hinten stehen und sich unterhalten, bitte ich, sich zu entscheiden und sich entweder zu setzen oder ihre Gespräche draußen fortzusetzen. Auch der Herr Abgeordneter Lars Harms verdient die erforderliche Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN- Christopher Vogt
[FDP]: Er muss besser werden!)

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich möchte deutlich machen: Wir haben es bei der Atomtechnologie mit einer Technologie zu tun, die wir nicht beherrschen können. Wir haben es auch bei der **CCS-**

Technologie mit einer Technologie zu tun, die wir nicht beherrschen können.

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante
[DIE LINKE])

Wir sollten deshalb aus der Atomdebatte lernen, dass nicht sicher beherrschbare Technologien ein Irrweg sind. Deswegen ist auch CCS ein Irrweg.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Lebenslüge Nummer 2: Wir brauchen Atomkraftwerke, weil diese **saubere Energie** produzieren. - Auch diese Lebenslüge ist seit Jahrzehnten widerlegt, aber erst jetzt scheint sich Schwarz-Gelb zumindest für eine Zeit lang der Diskussion nicht mehr zu verschließen. Vergleicht man die derzeitige **Energiebilanz** von **Atomkraftwerken** mit der von **erneuerbaren Energien** und der moderner Gaskraftwerke, so schneiden die AKWs schlechter ab. Insbesondere durch die Gewinnung des für die AKWs nötigen **Urans** wird eine Unmenge an Energie aufgewendet. Dies verschlechtert die Energiebilanz und damit auch die Ökobilanz der Kernenergie gegenüber den erneuerbaren Energien und den eben genannten modernen Gaskraftwerken.

Dies liegt aber auch darin begründet, dass **dezentrale Einheiten** auch so installiert werden können, dass man vor Ort die **Abwärme** nutzen kann, seien es Biogas- oder andere Gaskraftwerke. Beide können so genutzt werden, dass man den größten Energieschlucker, nämlich die Energie für Wärmeergewinnung, gleich mitdenken kann. Riesige Atomkraftwerke brauchten hierfür riesige Industrieanlagen als Abnehmer. Die meisten dieser AKWs stehen aber an Standorten, die genau dies nicht zulassen. Auch vor diesem Hintergrund ist die Atomenergie eben keine nachhaltige Energieform.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Betrachtet man im Übrigen dann noch, dass die **Uranvorkommen** auf der Erde immer schwieriger zugänglich werden, dann wird die Atomenergie auf längere Sicht noch unattraktiver.

Lebenslüge Nummer 3: Die AKWs bedeuten auch Arbeitsplätze. - Wenn man sich mit wenigen Arbeitsplätzen zufrieden gibt, dann mag diese Aussage stimmen. Will man aber **mehr Arbeitsplätze**, dann ist diese Aussage völlig falsch. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat in den letzten zehn Jahren Tausende an Arbeitsplätzen geschaffen und, was noch viel wichtiger ist, eine ebenso große Menge an Arbeitsplätzen im Handwerk und Gewerbe vor Ort gesichert. Ganze Landstriche wie bei uns an der **Westküste** haben so einen unheimlichen Schub

(Lars Harms)

bekommen. **In der Fläche** werden dezentral Anlagen betrieben, die gewartet und repariert werden müssen. Für das regionale Handwerk ist dies eine wichtige und dauerhafte Einnahmequelle. Überall in unserem Land haben sich Arbeitsplätze rund um die **erneuerbaren Energien** angesiedelt.

Noch vor 20 Jahren war es fast unmöglich, als Ingenieur einen Job in Nordfriesland zu finden, und heute zieht es die Fachkräfte förmlich in unser Land. Die Hochschulen und Weiterbildungsinstitutionen haben diesen langfristigen Trend aufgegriffen und sich im Bereich der erneuerbaren Energien einen Namen gemacht.

Unser Interesse als Land Schleswig-Holstein muss es sein, die **Infrastruktur** für diesen **Wirtschaftszweig** auszubauen und die politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, dass dieser Wirtschaftszweig weiter bei uns blühen kann.

(Christopher Vogt [FDP]: Blühende Landschaften!)

Ich zitiere noch einmal das Umweltbundesamt, dass sich der gesamte **Strombedarf** in Deutschland bis 2050 aus **erneuerbaren Energien** gewinnen lässt. Wir in Schleswig-Holstein sind führend in diesem Bereich, und deshalb muss jede verantwortungsvolle schleswig-holsteinische Landesregierung für den schnellen Atomausstieg und für den Ausbau der erneuerbaren Energien eintreten.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Dies nämlich schafft und erhält gerade bei uns dringend notwendige Arbeitsplätze.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Genau!)

Lebenslüge Nummer 4: Wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, steigen die Strompreise. - Auch diese Behauptung ist definitiv Unsinn. In den letzten Jahren sind die **Preise** in größerem Ausmaß gestiegen als der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromanteil gestiegen ist. Da der Kraftwerkspark der Energieriesen nicht nur aus nagelneuen Anlagen besteht, sondern diese Anlagen oft älteren Datums und damit abgeschrieben sind, hätte der Preis für die **konventionelle Energie** in den letzten Jahren eigentlich sinken müssen und wahrscheinlich die Mehrkosten für neue Energieformen aufwiegen müssen. Dass dies nicht geschehen ist, liegt vielleicht auch daran, dass die vier großen Oligopolisten am Energiemarkt die Vergünstigungen nicht an die Verbraucher weitergegeben haben. Das Ganze wurde in der Vergangenheit auch durch die schwarz-gelbe Energiepolitik unterstützt.

Dass die Preise nicht gefallen oder doch zumindest gleich geblieben sind, liegt nicht an den neuen Energieformen, sondern am **mangelnden Wettbewerb** am Markt.

(Beifall der Abgeordneten Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Würden mehr unabhängige Anbieter am Markt ihren Strom anbieten, hätte dies auch eine positive Auswirkung auf die **Verbraucherpreise**. Es muss also Schluss sein mit der künstlichen Subventionierung des Atomstroms und mit der einseitigen politischen Unterstützung der Stromkonzerne.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Würden wir adäquate **Sicherheitsstandards** für die **Atomkraftwerke** verlangen, und würden entsprechende Versicherungsbeiträge für die AKWs erhoben werden, würde sich der Betrieb dieser Kraftwerke schon heute nicht mehr lohnen. Wenn aber der Atomausstieg sicher beschlossen würde, würden auch mehr Anbieter im Bereich der anderen Energieformen an den Markt gehen, und dann würde sich die **Konkurrenz** für die vier großen Energieriesen vervielfachen. Dadurch gäbe es mehr Wettbewerb, und so wären mindestens stabile Preise, vielleicht sogar fallende Preise möglich.

Lebenslüge Nummer 5: Unsere Atomkraftwerke sind sicher. - Dieser Satz lässt sich durch das, was in Japan geschehen ist, ohnehin schon widerlegen. Aber auch, wenn man sich die AKWs in Deutschland einzeln ansieht, wird man nicht um den Schluss herumkommen, dass diese Anlagen nicht sicher zu betreiben sind. Da sind zum Beispiel unsere **„Pannereaktoren“** in **Krümmel** und **Brunsbüttel**. In beiden Kraftwerken hat es eine Vielzahl von Störfällen gegeben, die teilweise auch zu schlimmeren Szenarien hätten führen können.

Dass Krümmel seit 2009 abgeschaltet ist und auch Brunsbüttel vom Netz bleibt, hat seine Gründe. Diese Gründe sind einerseits technischer Art und andererseits erwies sich auch der bisherige Betreiber Vattenfall als nicht unbedingt zuverlässig und kommunikativ. Sieht man dann noch, dass man sich in Japan immer wieder eingeredet hat, die nun zerstörten AKWs seien sicher, dann kann einem nur angst und bange werden.

Ich möchte auch auf ein absolut realistisches Szenario hinweisen. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wissen wir, dass Menschen zu solchen Anschlägen fähig sind. Wir wissen auch, dass Atomkraftwerke wie das in Brunsbüttel einem sol-

(Lars Harms)

chen **Anschlag** nicht standhalten würden. Wir wissen darüber hinaus, dass auch die Notstromanlagen für die AKWs oft nicht durch eine ausreichende **Betonhülle** geschützt sind - im Übrigen genauso wie in Japan. Weil wir dies alles wissen, müssen wir in erster Linie unsere Bürger und nicht die großen Stromkonzerne schützen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Was wir brauchen, ist nicht der Marsch in eine verstrahlte Zukunft, sondern ein schnelles **Umlenken** in der Energiepolitik. Dabei müssen die jetzt im Rahmen des **Moratoriums** abgeschalteten Atomkraftwerke dauerhaft abgeschaltet bleiben. Es muss vorläufig der rot-grüne **Atomkompromiss** wieder eingeführt werden. Es muss angestrebt werden, noch früher aus der Atomkraft auszusteigen. Ich verweise noch einmal darauf, dass das unabhängige Umweltbundesamt sagt: 2017 ist absolut realistisch.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Lieber Kollege von Boetticher, dafür müssen wir die **erneuerbaren Energien** massiv fördern und dezentrale Energieformen voranbringen. Hier sind weder neue Kohlekraftwerke noch CCS-Technik nötig. Vielmehr muss man den entschiedenen Willen haben, endlich umzusteuern. Wir brauchen einen **Ausbau der Netze**, sodass der Strom aus den neuen Energieformen auch eingespeist werden kann. Hierfür wird es nötig sein, sehr schnell sehr viele Projekte auf die Beine zu stellen. Wenn wir schnell aus der Atomwirtschaft aussteigen wollen, müssen diese Netzprojekte schnell umgesetzt werden, und deshalb brauchen wir hier wahrscheinlich **verkürzte Genehmigungsverfahren**. Wir müssen deshalb sehr schnell Wege finden, wie bei verkürzten Verfahren im Vorwege die **Bürgerbeteiligung** nicht zu kurz kommt.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Das ist eine der wichtigsten Herausforderungen der Landespolitik für die nächsten Jahre. Ich teile durchaus auch die Auffassung der Landesregierung, die hier geäußert wurde, dass wir die **Netze ausbauen** müssen, wenn wir jetzt wirklich den Umschwung schaffen wollen. Das wird nicht gehen, wenn die Beteiligungsverfahren so bleiben, wie sie sind. Wir müssen uns etwas Neues ausdenken. Wir müssen im Vorwege die Bürger beteiligen, im Vorwege die Bürger darüber informieren und es diskutieren, um dann mit verkürzten Verfahren Net-

ze auszubauen. Dann macht es Sinn. Wir dürfen die **Bürger** bei der **Umsetzung** des Ganzen nicht vergessen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir brauchen die **Zusammenarbeit** mit **anderen Ländern**, die ebenfalls erneuerbare Energiequellen nutzen, wie zum Beispiel Norwegen. Nur wenn die erneuerbaren Energien grenzüberschreitend genutzt werden und sich ergänzen, werden wir den vollen Nutzen der erneuerbaren Energien ausschöpfen können. Wenn wir diesen Weg gehen, dann schaffen wir Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, unterstützen unsere Hochschullandschaft, generieren sichere Steuereinnahmen für unser Land und sorgen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Deswegen: Alle AKWs abschalten - und das so schnell wie möglich!

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Debatte zur Regierungserklärung. - Wir kommen nun zur Abstimmung über die vorliegenden Sachanträge. Zunächst lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1408, abstimmen. - Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW angenommen.

Ich rufe die Abstimmung über die Anträge zu den Tagesordnungspunkten 20 und 28 auf. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Es folgt die Abstimmung zu b) des Tagesordnungspunktes, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1360 (neu), sowie Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und SSW, Drucksache 17/1405.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 17/1405 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zuruf der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD] - Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Das läuft ja ganz gut!)

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 17/1405 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

die Stimmen der Fraktionen von SPD und SSW bei Enthaltung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1360 (neu), abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Zuruf von der SPD: Noch nicht! - Christopher Vogt [FDP]: Grün-links, das wär es doch!)

Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen - -

(Zurufe von der CDU: Gegenstimmen!)

- Entschuldigung, die hatte ich schon vorausgesetzt. - Gegenstimmen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und SSW abgelehnt.

Jetzt kommt die Abstimmung zu c) des Tagesordnungspunktes, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1368. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/1368 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und SSW abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 12:47 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir führen die Beratungen fort.

Begrüßen Sie zunächst mit mir auf der Tribüne Mitglieder des Vereins für Dithmarscher Landeskunde aus Meldorf! - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21 und 22 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung**a) Bericht zur Zukunft der JVAen Flensburg und Itzehoe**

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1361 (neu)

b) Zukunft der JVAen in Flensburg und Itzehoe

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1362 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem ersten Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Ich eröffne nun die Aussprache zum zweiten Antrag. Das Wort hat Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski von der Fraktion DIE LINKE.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin einigermaßen fassungslos.

(Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben im letzten Herbst hier gesessen, wir haben über Monate gesessen. Ich schließe niemanden aus. Ich glaube, diejenigen in den Fraktionen von CDU und FDP, die ich meine, wissen, dass sie gemeint sind. Wir haben uns wirklich bemüht, Lösungen zu finden, trotz Ihres für uns hirnrissigen Haushaltssparkonzepts. Wir haben eine Lösung gefunden, und diese Lösung hieß für die **Justizvollzugsanstalten Flensburg und Itzehoe**: Wir schauen ergebnisoffen auf die Entwicklung, und wir entwickeln gemeinsam mit den Beteiligten vor Ort Lösungen. Ich sage immer: ergebnisoffen. Für mich heißt „ergebnisoffen“ durchaus auch, dass eine dieser Justizvollzugsanstalten oder beide eventuell im Laufe dieses Jahres oder des nächsten Jahres schließen müssen.

Dann erfahren wir, dass zwar gemäß unseres Beschlusses hier in diesem Haus, von dem zumindest teilweise die Verabschiedung des Doppelhaushalts 2011/2012 abhing, keine **finanzwirksamen Maßnahmen** für die Justizvollzugsanstalten Flensburg und Itzehoe eingeleitet werden, dass aber die **Planungen** für den **Ausbau der JVA Lübeck**, der

(Heinz-Werner Jezewski)

JVA **Kiel** und der JVA **Neumünster** unbeeindruckt, so, wie schon vorher geplant, weitergeführt werden.

Für mich ist das eindeutig gegen den Sinn der Beschlüsse, die wir im letzten Jahr hier gefasst haben. Damals ist eindeutig beschlossen worden: Wir wollen schauen, was passiert. Wir wollen uns anschauen, wie wir eventuell ein **Konzept** zur Rettung dieser beiden kleinen Justizvollzugsanstalten entwickeln können. Dafür verzichten wir auf finanziell bindende Maßnahmen, die dieses Konzept von vornherein torpedieren würden.

Zusätzlich erfahren wir letzte Woche noch, dass das **Bundesverfassungsgericht** erwartungsgemäß die **Rechte von Untersuchungshäftlingen** und **Häftlingen** anerkannt und uns ganz deutlich aufgegeben hat: **Zweipersonenzellen**, vielleicht noch mit einem Abort in der gleichen Zelle, sind verfassungswidrig. Mich wundert das nicht. Das sind sie schon seit 40 Jahren. Nur, jetzt hat es das Bundesverfassungsgericht einmal deutlich gesagt. Wir sind ja schon in der Situation, dass wir in einigen Justizvollzugsanstalten dieses Landes zwei Menschen in einer Zelle unterbringen müssen, weil keine Zellen mehr frei sind.

Dann stellt DIE LINKE diesen Antrag - im Nachhinein tut es mir leid; ich hätte das vielleicht den SSW oder eine andere Fraktion machen lassen sollen - und sagt, der Minister möge doch bitte einmal zu diesen Zuständen berichten.

(Zurufe)

- Nein, wir brauchen nichts zurückzuziehen. Ich sage: Wir beantragen, der Minister möge doch bitte in diesem Haus berichten, und zwar nicht für DIE LINKE, sondern für das Parlament dieses Landes.

(Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann kommt kommentarlos, mit hämischem Grinsen und ohne Vorabsprache: Wir möchten diesen Bericht nicht. Sie hätten es ja durchaus im Ältestenrat signalisieren können; dann hätten wir anders damit umgehen können.

(Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mich erschüttert das. Ich denke, wir müssen auf anderer Ebene weiterdiskutieren. Ich werde das Thema nicht loslassen. Ich hoffe, die anderen Fraktionen sind da bei mir, und ich hoffe, auch die Abgeordneten von CDU und FDP, die sich schon im letzten Jahr für eine vernünftige Umgestaltung des

Justizvollzugswesens eingesetzt haben, werden uns dabei unterstützen, sodass wir vielleicht in der nächsten Tagung zu unserem Bericht kommen.

(Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem Geschäftsordnungsantrag hat sich Herr Abgeordneter Jürgen Weber gemeldet.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der SPD-Fraktion beantrage ich eine Sitzungsunterbrechung und das Zusammentreten des Ältestenrats. Dies ist ein Vorgang, der bisher in der Geschichte des Schleswig-Holsteinischen Landtags einmalig ist. Er ist zwar nach der Geschäftsordnung möglich, aber dies ist eine Form des politischen Stils, die wir nicht ohne Widerspruch akzeptieren werden und wollen. Deswegen beantragen wir die Unterbrechung der Sitzung.

(Lebhafter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Geschäftsordnungsantrag? Sonst lasse ich darüber abstimmen. - Dann lasse ich darüber abstimmen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn es einer beantragt, muss dem gefolgt werden! - Zuruf: Es wurde nicht widersprochen!)

- Ich habe gefragt, ob ich darüber abstimmen lassen soll. Da dies beantragt worden ist und dem nicht widersprochen wird, unterbreche ich jetzt die Sitzung. Ich bitte darum, dass sich der Ältestenrat zu nächst hier vorn trifft.

(Unterbrechung: 15:09 bis 15:39 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

(Unruhe)

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Aus der Beratung des Ältestenrates möchte ich Folgendes mitteilen: Die Regierungsfaktionen haben ihr Bedauern darüber ausgedrückt, dass versäumt wurde, der antragstellenden Fraktion mitzuteilen, dass wegen der

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

Ankündigung eines schriftlichen Berichts des zuständigen Ministers im Finanzausschuss nach der Sommerpause beschlossen wurde, von einem Bericht in dieser Sitzung abzusehen.

Wir setzen nun die Beratungen fort. Ich gebe für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte sehen Sie es mir nach, dass auch ich jetzt ein bisschen irritiert bin. So etwas ist mir in meiner jungen Karriere hier auch noch nicht passiert. Ich stehe jetzt hier als Erste im Ring und versuche einmal, das zu sagen, was mir auf der Seele liegt und weshalb wir hier vielleicht auf eine etwas ungewöhnliche Art und Weise, aber vom Ergebnis her - so denke ich - dann doch berechtigt, zu einer Ablehnung gekommen sind, und worum es uns geht.

Es tut mir auch leid, wenn die Vorgänge nicht so gelaufen sind, wie man sich das hätte wünschen können. Vom Ergebnis her - das muss ich aber deutlich sagen - geht die Ablehnung des Berichtsantrags hier und heute für mich schon in Ordnung. Ich möchte das auch gern begründen.

Die Fraktion DIE LINKE stellt zwei Anträge zur **Zukunft der Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe**. Es handelt sich hier zum einen um den eben so umstrittenen Berichtsantrag, und auf diesen möchte ich deshalb auch zuerst eingehen. Es wird hier ein Antrag auf einen mündlichen Bericht gestellt. Der Antrag stammt vom 8. März 2011. Ganz ehrlich, wenn Sie diesen Antrag in Form einer Kleinen Anfrage gestellt hätten, dann hätten Sie die Informationen vielleicht heute schon gehabt, und das auch noch schriftlich. Ganz besonders möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir diesen Berichtsantrag zu diesem Zeitpunkt auch für nicht geboten halten. Ich möchte einmal auf das Schreiben des Justizministers im Umdruck 17/1976 verweisen. Dort können Sie nachlesen, dass die Berechnungen für die Alternativszenarien im Bereich der kleinen Vollzugsanstalten noch laufen.

(Beifall bei der CDU)

Das Thema ist nicht so neu, als dass die Fraktion DIE LINKE es hier jetzt neu entdecken müsste. Wir haben in mehreren Debatten darüber gesprochen und aus dem Umdruck erfahren, dass hier noch nicht vollständige Informationen da sind. Deshalb ist dieser Antrag heute auch wenig sachdienlich und nicht zielführend.

Der zweite Antrag ist ein Entschließungsantrag mit dem Inhalt, die Landesregierung möge eine **öffentliche Diskussion** über die **Justizvollzugsanstalten** organisieren. Wenn man dies liest, dann staunt man schon ein wenig. Man fragt sich dann auch, wo die Fraktion, die Abgeordneten der LINKEN, in den letzten Monaten waren. Es kann doch niemandem entgangen sein, dass wir im Rahmen der **Haushaltsberatungen** eine öffentliche, kritische und wirklich schwierige Diskussion über die Zukunft der Justizvollzugsanstalten geführt haben. Wir haben im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse doch wirklich zäh um jede Position gerungen. Und auch der Landtag hat am Ende, nämlich am 15. Dezember 2010, einen Beschluss zu den Justizvollzugsanstalten gefasst. Die Diskussion, die die Fraktion DIE LINKE jetzt einfordert, läuft seit Langem, und sie ist wirklich nicht neu.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Ich muss das hier jetzt einmal sortieren, es tut mir leid. - Wir Abgeordnete haben diverse Gespräche vor Ort geführt. Wir von der CDU-Fraktion haben Gespräche mit den **Gewerkschaften** zur Justizvollzugsanstalt geführt. Auch die Forderung des **Landesrechnungshofs** nach einer Schließung der kleinen Anstalten war nichts Neues, sie bewegt die Menschen schon seit Längerem. Zum Beispiel haben Abgeordnete der CDU im Oktober 2010 die Justizvollzugsanstalten in Itzehoe und Flensburg besucht und dort ebenfalls mit vielen Betroffenen gesprochen - mit Richtern, Anwälten, Mitarbeitern und vielen anderen Menschen.

Ich möchte auch daran erinnern, dass wir im Rahmen der Debatte über das **Untersuchungshaftvollzugsgesetz** während der letzten Plenartagungen wiederum deutlich gemacht haben, welche Erwartungen wir haben. Diese lauten nämlich, dass auch die **finanziellen Auswirkungen einer Schließung der kleinen Justizvollzugsanstalten** noch einmal genauer dargelegt werden müssen. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Dies ist hinlänglich bekannt gemacht worden. Wir haben die Gespräche mit aller Ernsthaftigkeit und mit allen Beteiligten geführt. Ich gehe davon aus, dass die Regierung ihrer Aufgabe nachkommen und diese Gespräche weiterführen wird.

Ich bin ein wenig überrascht darüber, dass Sie hier und heute versuchen, dieses Thema von Neuem aufzukochen. Ich sehe dazu keinen Anlass. Ich sehe, dass wir im Prozess sind. Ich freue mich darüber, dass die Fraktion DIE LINKE nun dazu gekommen ist, diese Diskussion konstruktiv zu begleiten. Ich hoffe, dass sie dies auch im Ausschuss

(Barbara Ostmeier)

tun wird. Sie sind herzlich dazu eingeladen, diese Diskussion zu begleiten. Ich freue mich deshalb auf die weiteren konstruktiven Debatten im Ausschuss.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Andreas Beran von der SPD-Fraktion das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist durchaus Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kontrollieren. Dies gilt sicherlich nicht nur für die Opposition, sondern für das gesamte Parlament, aber es ist insbesondere die Aufgabe der Opposition. Das ist ein Thema, das uns als Opposition immer wieder stark beschäftigt. Es umfasst den Fortbestand und die Weiterentwicklung der **kleinen Justizvollzugsanstalten** wie Itzehoe und Flensburg.

Dass das Interesse so groß ist, hängt auch damit zusammen, dass die betroffenen Menschen vor Ort, also die Menschen, die dort arbeiten, Befürchtungen haben, die sie immer wieder an uns herantragen. Ich kann durchaus verstehen, dass die Linken einen Berichts Antrag stellen, durch den sie Neues hören wollen. Ich finde, es ist in Ordnung, wenn wir im August darüber einen schriftlichen Bericht bekommen, auf dessen Grundlage wir uns dann erneut mit dieser Thematik auseinandersetzen können.

Dass die Skepsis berechtigt ist, haben wir gemerkt, als wir in der letzten Sitzung über das **Untersuchungshaftvollzugsgesetz** geredet haben. Dabei war zumindest in der Begründung von der **Schließung der JVA in Flensburg** die Rede. Insoweit werden wir weiterhin unser Augenmerk auf dieses Thema haben. Mehr dazu folgt im August.

Vielleicht kommt noch ein Aspekt hinzu, der hier schon erwähnt wurde: Das **Bundesverfassungsgericht** hat zur **Menschenwürde bei Haftbedingungen** geurteilt und dabei kritisiert, dass zwei Gefangene 23 Stunden am Tag zusammen sind, ohne dass es eine abgetrennte Toilette gibt. Dies kann sogar dazu führen, dass Häftlinge freigelassen werden müssen. Das halten wir für nicht in Ordnung. Dies macht deutlich, dass wir auch über die Frage der Kapazitäten weiter nachdenken müssen. Diese **Kapazitäten** haben wir nicht nur in den drei großen

Vollzugsanstalten, sondern auch in Itzehoe und in Flensburg.

Nun zum Antrag der Linken: Es ist nach unserem Verständnis über demokratische Arbeitsteilung zwischen Parlament und Regierung Aufgabe der Fraktionen, öffentliche Diskussionen zu politischen Themen zu organisieren und hierbei betroffene Sachverständige und Interessierte anzusprechen und die Landesregierung mit den Ergebnissen dieses Dialogs zu konfrontieren, nicht umgekehrt. Es ist Aufgabe der **Landesregierung**, dem Parlament nicht nur eine überzeugende Begründung und eine **Wirtschaftlichkeitsberechnung** für die beabsichtigte Schließung der Anstalten in Flensburg und Itzehoe vorzulegen, sondern auch einen Entwurf für die weitere **Vollzugsplanung** in unserem Land unter Einbeziehung der Fachöffentlichkeit und Personalräte zu erarbeiten und im Innen- und Rechtsausschuss vorzustellen.

Der Antrag der Linken zielt dann in die richtige Richtung, wenn beabsichtigt ist, die Landesregierung mit den Auswirkungen ihres Handelns auf die Gesamtsituation des Strafvollzugs in Schleswig-Holstein zu konfrontieren. Den Vorschlag, hier die Landesregierung zu verpflichten, ein öffentliches Hearing zu einem Thema zu organisieren, halten wir nicht geeignet für eine sachgerechte Lösung, denn hier geht es nicht nur um ein Expertenthema, sondern auch um sehr empfindliche Belange der Betroffenen, nämlich der Gefangenen und der Bediensteten in den Anstalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Gerrit Koch.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die vorliegenden Anträge ansieht, dann könnte man schon auf die Idee kommen, dass die Linken in einer Parallelwelt agieren und nicht das mitbekommen, was um sie herum vorgeht. Ich war bisher der Meinung, dass die Linken zumindest dem Geschehen hier im Land mit großer Aufmerksamkeit folgen. Ganz sicher war ich mir auch, dass die Linken wissen, wie man Veranstaltungen organisiert. In beiderlei Hinsicht habe ich mich wohl getäuscht.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

(Gerrit Koch)

Ich erinnerte mich richtig, und ein Blick in das Plenarprotokoll vom 15. Dezember 2010 bestätigte meine Erinnerung, dass die Mehrheit in diesem Hause beschlossen hat, dass im Jahr 2011 keine finanzwirksamen Maßnahmen zur Schließung der **JVA Flensburg** eingeleitet werden. Vor Einleitung finanzwirksamer Maßnahmen zur Schließung der JVAs in Flensburg und **Itzehoe** sei des Weiteren der Finanzausschuss zu beteiligen. Sie, liebe Abgeordnete der Linken, haben dem zwar nicht zugestimmt, aber wissen können Sie es doch noch. Außerdem sollten Sie auch den Inhalt des beschlossenen **Doppelhaushalts 2011/2012** noch im Kopf oder zumindest im Aktenschrank haben. Das, was dort steht, wird, davon gehe ich als rechtstreuer Bürger aus, auch umgesetzt. Warum sollte man das hier wiederholen?

(Beifall bei FDP und CDU)

Ihre Frage, welche Maßnahmen die Landesregierung bisher „geplant, eingeleitet oder umgesetzt“ hat, die „eine öffentliche fachliche Diskussion über den Strafvollzug, insbesondere über Schließung und Weiterbetrieb der JVA Flensburg und/oder der JVA Itzehoe befördern“, finde ich besonders spannend. Warum fragen Sie das, wenn Sie zugleich beantragen, dass die Landesregierung eine öffentliche Diskussionsveranstaltung durchführen soll? Aus dem Zusammenspiel der Anträge ist für mich erkennbar, dass es Ihnen gar nicht um die Antworten der Regierung geht. Die Beantwortung interessiert Sie genauso wenig wie die bisherige Beschlusslage. Ihr Berichts Antrag erschließt sich mir deshalb überhaupt nicht.

Geradezu enttäuscht bin ich auch von Ihrem Antrag, die Regierung solle „eine öffentliche Diskussion zur Perspektive der JVA in Flensburg und der JVA Itzehoe organisieren“. Es freut mich, dass Sie unserer Regierung - natürlich zu Recht - zutrauen, eine ausgewogene Diskussionsveranstaltung auf die Beine zu stellen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Normalerweise misstrauen Sie doch allem Regierungshandeln.

Mich erschüttert jedoch, dass Sie, liebe Linke, offenbar nicht wissen, wie man eine öffentliche Diskussionsveranstaltung organisiert. Warum laden Sie nicht selbst zu einer Veranstaltung ein, wenn Ihnen das hier wirklich am Herzen liegt?

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir haben in diesem Haus, die meisten von uns aber auch vor Ort, über die JVAs in Flensburg und Itzehoe ausgiebig gesprochen und auch mit den Betroffenen diskutiert. Kollegin Ostmeier hat das bereits ausgiebig vorgetragen. Selbstverständlich wird es - selbst, wenn Sie es nicht glauben mögen - auch weiterhin Gespräche im Ausschuss geben - gern auch mit Ihnen - über den sogenannten Diskussionsantrag.

Die Beschlusslage des Landtags habe ich im Übrigen erwähnt. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist ein weiterer Bericht, der keine wesentlichen neuen Erkenntnisse erbringen wird, überflüssig und kontraproduktiv. Anstatt den Mitarbeitern im Justizministerium Zeit für ihre Arbeit zu geben, wollen Sie, liebe Linke, die dortigen Kapazitäten mit dem Schreiben von Berichten und der Organisation von Veranstaltungen binden.

(Widerspruch bei der LINKEN)

- Das finde ich auch. Deshalb sage ich es ja. - Den Berichts Antrag haben wir aus diesem Grund abgelehnt.

Betrachtenswert wäre aber in der Tat, wie wir mit dem neuen Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgehen, das hohe Anforderungen an die verfassungsgemäße Unterbringung von Gefangenen stellt. In seinem Bericht in der Drucksache 17/668 beweist der **Justizminister**, dass er bereits weit vor diesem aktuellen, aber inhaltlich nicht neuen Urteil dafür Sorge getragen hat, die **Anzahl der Haftplätze mit verfassungswidrigen Haftbedingungen** abzubauen. Zurzeit erfüllen landesweit noch 46 Haftplätze nicht die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Mit der Fertigstellung des Hauses B in Lübeck 2014 werden aber 80 verfassungskonforme neue Haftplätze geschaffen. Die Zeit für eine verantwortungsbewusste Arbeit unseres Justizministeriums sollte im Sinne aller Betroffenen nicht durch das immerwährende Zusammentragen längst bekannter Tatsachen, wie von den Linken beabsichtigt, geschmälert werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Thorsten Fürter das Wort.

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst ein Wort an die Regierungs-

(Thorsten Fürter)

fraktionen: Ich finde, es war schon etwas unsouverän, was Sie hier an den Tag legen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist ja in der Tat so, dass wir hier im Landtag ab und zu Debatten haben, bei denen sich jeder hier im Publikum fragt: Was soll das?

(Heiterkeit bei der FDP - Zurufe: Genau!)

Was soll das? Das geht manchmal auch von unserer Fraktion aus; es kommt manchmal aber auch von FDP oder CDU. Manchmal sitzt man hier und fragt sich: Was soll jetzt an dieser Stelle diese Debatte? Ich muss ganz ehrlich sagen: So weit außen steht der Antrag der Linksfraktion auch nicht, dass man sagen müsste, an dieser Stelle müsste unbedingt ein Zeichen gesetzt werden, und zwar dadurch, dass es hierfür keinen Bericht der Landesregierung gibt. Ein solcher Bericht erfolgt ja sowieso; ich gehe doch davon aus, dass Herr Schmalfuß gleich in die „Bütt“ gehen wird, um die Position der Landesregierung darzustellen. Ich finde das unsouverän, und ich finde - das muss ich hier auch deutlich sagen -, das ist absolut unnötig.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das als Vorbemerkung.

Ich erinnere an den **Beschluss des Landtags** vom Dezember 2010, wonach die Landesregierung keine finanzwirksamen Maßnahmen zur Schließung der **JVA Flensburg** einleiten sollte. Weiter heißt es da: „Vor Einleitung von Maßnahmen zur Schließung ist der Finanzausschuss zu beteiligen.“

Es hat sich in dieser Zeit tatsächlich relativ wenig verändert. Was liegt uns an neuen Fakten vor? - Der einzige Unterschied zu früher ist, dass wir jetzt wissen, was CDU und FDP unter dem Begriff „keine finanzwirksamen Maßnahmen“ verstehen. Diese Formulierung bedeutet nämlich: keine Finanzinvestitionen in Flensburg und Itzehoe, dafür aber in anderen Anstalten. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die ausgeklammerten Anstalten in Flensburg und Itzehoe; das versteht sich ja wohl von selbst.

Die Landesregierung bleibt trotz gegenteiligen Beschlusses dabei und bereitet - das ist im Prinzip daraus zu folgern - die **Schließung** der Anstalten in **Flensburg und Itzehoe** vor.

Herr Minister Schmalfuß und Herr Ministerpräsident Carstensen, ich finde, Sie ignorieren damit

auch ein Stück weit das Verfahren, zu dem das Parlament gefunden hat.

Durch finanzintensive Maßnahmen in anderen Anstalten wird faktisch nur die Schließung der Anstalten Flensburg und Itzehoe übrig bleiben,

(Beifall bei der LINKEN)

will man am Ende nicht in einem verrotteten alten Knast ohne Licht sitzen. So hat sich das der Landtag nicht vorgestellt.

Lassen Sie mich deswegen noch einmal betonen: Überzeugen Sie uns, Herr Minister, mit einer nachvollziehbaren **Wirtschaftlichkeitsprüfung!** Die Planung der Vollzugsanstalten - dabei bleibe ich für meine Fraktion - darf sich am Ende nicht nach regionalökonomischen Aspekten richten. Wir brauchen aber ein **Wiedereingliederungskonzept**, um sicherzustellen, dass der Kontakt der Gefangenen zu ihren Familien nicht abreißt, wenn sie nicht mehr wohnortnah untergebracht sind.

Die Kleine Anfrage des Kollegen Koch, die er zu dieser Thematik gestellt hat, suggeriert zwar, dass neben der Heimatnähe viele andere Faktoren den Ausschlag für die Unterbringung der Gefangenen geben, wie zum Beispiel das Geschlecht, das Alter, die Schwere der Tat, die Ausbildungssituation. Aber mit Zahlen und Fakten ist diese doch eher bestellte Antwort, die hierauf erfolgte, nicht belegt.

Wichtig bei der Betrachtung der Justizvollzugsanstalten bleibt weiter die Frage der **Standorte der Landgerichte**. Auch dies wurde bisher nicht mit einem Gesamtkonzept verbunden. Wenn die Landgerichtsstandorte Itzehoe und Flensburg wegfallen, bleiben nur die Standorte in Kiel und Lübeck übrig. Diese Gefahr besteht nach wie vor. Da hilft Ihre Aussage, Herr Schmalfuß, wenig, dass solche **Schließungspläne für die Landgerichte** nicht bestünden. Herr Minister Schmalfuß, sorgen Sie für Transparenz und Aufrichtigkeit bei diesem Thema! Zum Justizstandort Flensburg werden konkrete Sorgen vorgetragen. Auch beim gestrigen CDU-Empfang ist es wieder so gewesen, dass aus der Justiz heraus, von Juristen oder auch von anderen, von Menschen aus der Region, solche Fragen formuliert wurden. Da reicht das, was Sie bisher vorgelegt haben, nicht aus. Wir brauchen ein **Konzept für den Erhalt der kleinen Landgerichtsstandorte Flensburg und Itzehoe**. Schleswig-Holstein besteht nicht nur aus Lübeck und Kiel. Die Justiz unterscheidet sich dabei gar nicht von anderen Politikbereichen.

Ich bitte Sie: Zerschlagen Sie nicht Porzellan, überlassen Sie es nicht der nächsten Regierung, die

(Thorsten Fürter)

Scherben aufzusammeln. Um entscheiden zu können, brauchen wir jetzt ein Konzept für die Folgen, die sich aus der möglichen Schließung von Anstalten für die Justizlandschaft ergeben. Wir, das Parlament, haben ein Recht auf die Wahrheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort hat nun die Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen von der Fraktion des SSW.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aus der Sicht des SSW kann ich angesichts der heutigen Debatte das Misstrauen der Linken sehr gut verstehen, das sie gegenüber der Landesregierung haben. Angesichts des Handlings, wie es sich heute zeigt, ist dieses Misstrauen begründet. Denn bereits im **Untersuchungshaftvollzugsgesetz** wurde weiterhin von der **Schließung der JVA Flensburg** ausgegangen. Natürlich werden, wie meine Kolleginnen und Kollegen vorhin schon gesagt haben, die Baumaßnahmen in anderen Gefängnissen Tatsachen schaffen, aus denen sich dann später die angeblichen **Sachzwänge** ergeben werden. Mit anderen Worten: Es wird immer schwieriger, alternative Sparvorschläge zu entwickeln.

Wo stehen wir eigentlich? - Klar ist, dass wir im Dezember einen Landtagsbeschluss gefasst haben, in dem die Landesregierung gebeten wird, **keine finanzwirksamen Maßnahmen** zur JVA Flensburg einzuleiten. Dieser Beschluss steht. Bevor sich die Landesregierung darüber hinwegsetzt, muss der Finanzausschuss beteiligt werden.

Seit Wochen versucht das **Justizministerium**, die Schließung der JVA Flensburg mit Zahlen argumentativ zu unterlegen und die **fehlende Wirtschaftlichkeit** des Gefängnisses zu demonstrieren. Dies ändert aber nichts daran, dass es **Alternativvorschläge** gibt, die eine Schließung der JVA Flensburg verhindern können. Es ändert auch nichts daran, dass Einsparungen im Justizvollzug aus einer fachlichen Sicht beurteilt werden müssen - sprich: es geht hier um Menschen, die nicht einfach ein zu kürzender Kostenfaktor sind.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Aus Sicht des SSW möchte ich noch einmal ganz klar hervorheben: Wir greifen hier in die Grundrechte der Menschen ein, und diese Handlung darf nicht nur rein wirtschaftlich betrachtet werden. Dies geht auch aus dem Beschluss des Petitionsaus-

schusses hervor, der ausdrücklich begrüßt, dass es im Landtag derzeit keine Mehrheit für eine **Schließung der JVA Flensburg** gibt, und der Landesregierung empfiehlt, in ihre konzeptionellen Planungen zur Erreichung von Einsparzielen die Betroffenen sowie die im Raum stehenden Alternativen unter Berücksichtigung aller Strafvollzugseinrichtungen im Lande einzubeziehen.

Kurz zusammengefasst sieht die Situation also folgendermaßen aus: Das Kabinett hat die Schließung der JVA Flensburg beschlossen. Das Parlament will das nicht, und es liegt jetzt an der Landesregierung, Akteure einzubeziehen und Alternativen zu prüfen. Jetzt könnte man sagen: Bis zu einem endgültigen Beschluss der Landesregierung haben wir hoffentlich den 6. Mai 2012 erreicht, und dann wird alles anders. Aber ist das wirklich so?

Am 22. Oktober 2003 hat die rot-grüne Justizministerin Lütkes im Innen- und Rechtsausschuss die Schließung der JVA Flensburg angekündigt. Ich zitiere aus einer Pressemitteilung der CDU vom selben Tag:

„Die Schließung der beiden JVA-Außenstellen Schwarzenbek und Flensburg ist ein weiterer Beleg für die politische Plan- und Konzeptlosigkeit dieser Landesregierung. Gerade in diesen beiden strukturschwachen Regionen unseres Landes werden unnötig wieder Arbeitsplätze im zweistelligen Bereich abgebaut.“

(Anke Spoorendonk [SSW]: Richtig!)

„Die Landesregierung setzt mit ihrer heutigen Entscheidung das falsche wirtschaftspolitische Signal für diese Regionen und für unser Land.“

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das haben wir ja leider nicht verhindern können!)

So viel zum Thema „Es wird alles anders“.

Aber bevor Sie darauf mit Hohn und Spott reagieren: Auch eine schwarz-gelbe Landesregierung macht heute hü und morgen hott. So verurteilt die FDP am 24. März 2010 Herrn Rother, weil dieser in einer Pressemitteilung von den Plänen der Landesregierung zur Schließung der JVA Flensburg spricht. Die FDP wirft dem Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses vor, dass die Verbreitung von Unwahrheiten bei den betroffenen Mitarbeitern zu weiterer Verunsicherung führt und nicht von gutem Stil zeuge. Das war 2010.

(Silke Hinrichsen)

Die hier angesprochene mangelnde Kommunikation ist auch heute festzustellen. Es ist im Moment kein guter Stil, dass wir sehr überraschende Entscheidungen so kurzfristig mitgeteilt bekommen. Keinem von Ihnen geht es um die Menschen und die Ressourcen vor Ort, sondern schlichtweg um die Einsparung mit möglichst wenig Widerstand. Aber ich verspreche Ihnen: Der Widerstand ist da, und wir kämpfen weiterhin für die JVA Flensburg.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja schon putzig, wie mir hier von den Koalitionsfraktionen klargemacht wird, was Sache ist.

Ich will jetzt einfach einmal auf den Antrag kommen. Es habe ja geheißen, die Landesregierung habe nichts zu berichten, könne nichts berichten; es komme dann im Spätsommer ein Antrag. Wir haben gefragt, inwieweit die Haushaltsbeschlüsse im Dezember von der Landesregierung eingehalten worden sind, und haben darüber hinaus die konkrete Frage gestellt:

„Wurden 2011 finanzwirksame Maßnahmen für andere JVAen in Schleswig-Holstein geplant, eingeleitet oder umgesetzt?“

Einmal ganz ehrlich: In einem ordentlich geführten Ministerium - und ich bin mir sehr sicher, dass das Justizministerium ordentlich geführt ist - ist das nicht Ablenkung der Beamten. Da sagt ein Beamter: „Ich schaue einmal in die Unterlagen“, und dann weiß er das.

Kollege Koch, natürlich stelle ich hier keine Berichtsansprüche, um die Regierung gut aussehen zu lassen. Das machen Sie ja ständig; das ist Ihre Aufgabe. Das wissen Sie ja auch. Ich habe natürlich die Aufgabe, Berichtsansprüche zu stellen, bei denen die Regierung vielleicht nicht so gut aussieht.

Deswegen haben wir Frage 3 gestellt: Inwieweit werden durch die Planung, Einleitung oder Umsetzung von finanzwirksamen Maßnahmen für andere Justizvollzugsanstalten finanzielle Mittel in Anspruch genommen, die wir irgendwann brauchen würden, wenn die Justizvollzugsanstalten Flensburg

und Itzehoe erhalten werden sollen? Genau das möchte ich wissen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Ich lasse eine Zwischenfrage zu, jawohl.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege, stimmen Sie mir zu, dass es auch Ihnen möglich ist, in den Haushalt zu schauen, um zu sehen, welche finanzwirksamen Leistungen im Justizbereich im Jahre 2011 erbracht werden?

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Da stimme ich Ihnen zu. Aber über die aktuelle Umsetzung - das wissen Sie genauso gut wie ich - kann mir nur das Ministerium Auskunft geben.

Uns geht es darum - der Kollege Fürter hat das sehr genau angesprochen -: Es wird Geld für Kiel ausgegeben. Glauben Sie mir: Ich finde es richtig, dass in Kiel eine Sporthalle gebaut wird. Denn auch Sport gehört zum Strafvollzug und ist ein ganz wichtiger Bestandteil. In Kiel gibt es jedoch eine Sporthalle. Diese ist nicht so, wie sie sein sollte. Ich finde auch, sie müsste renoviert werden. Aber unter dem Diktat knapper Mittel müssen wir jetzt nicht viel Geld für Planungsaufträge ausgeben, das dann fehlt, wenn es darum geht, die **Justizvollzugsanstalt Flensburg** zu erhalten.

Dann fragen wir weiter, welche Maßnahmen die Landesregierung bisher gefördert hat, die eine öffentliche, fachliche Diskussion fördern sollen. Denn genau darum ging es uns hier im November und Dezember. Wir haben gesagt, wir wollen eine **öffentliche Diskussion**. Vielen Dank, Kollege Koch, dass Sie uns das zutrauen. Natürlich können wir gute Veranstaltungen organisieren. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Kommen Sie einmal bei einer vorbei. Auch Sie können da etwas lernen. Aber von der Landesregierung wollen wir die breite öffentliche Diskussion mit allen Beteiligten.

Ich kann Ihnen ganz deutlich sagen: Ich spreche in Flensburg mit Anwälten. Kollegin Hinrichsen fragt immer: Wie geht es denn mit den Anwälten weiter, die in Flensburg praktizieren? - Ich spreche mit Anwälten und frage: Wie wird es denn bei euch weitergehen, und was kommt dann? Dann sagen sie: Mit uns redet ja niemand von der Landesregierung;

(Heinz-Werner Jezewski)

nicht einmal mit unseren Organisationen wird geredet;

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

wir sind bei dieser ganzen Diskussion völlig außen vor.

Ich denke, wir werden dieses Thema im Ausschuss haben, wir werden dieses Thema auch wieder in einer Plenarsitzung haben. Ich kann mich der Kollegin Hinrichsen nur anschließen: Kampflos machen Sie das Ding nicht dicht.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Justizminister Emil Schmalfuß das Wort.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der heutigen Entscheidung des Parlaments werde ich den erbetenen Bericht heute nicht vortragen.

Im Sommer und Herbst letzten Jahres hat es eine intensive und zum großen Teil auch öffentlich geführte Diskussion um die Schließung insbesondere der JVA Flensburg gegeben. Ich habe mich mit etlichen Gegnern einer Schließung getroffen, insbesondere auch mit den Bediensteten der JVA, mit deren Leitung, mit Vertretern der Berufsverbände und auch mit Vertretern der Justiz, Richtern und Anwälten. Alle bisher im Raum stehenden Alternativen zu einer Schließung der JVA Flensburg wurden geprüft. Sie sind nach unseren Erkenntnissen nicht umsetzbar. Sie führen im Ergebnis zu einer Verschlechterung der Qualität des Vollzugs und erhöhen die Belastungssituation der Vollzugsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in einem erheblichen Maße. Das mussten im Innen- und Rechtsausschuss auch die Vertreter der Berufsverbände selbst einräumen.

Im Einzelnen verweise ich auf die Stellungnahme unseres Hauses zu den Stellungnahmen des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, der Gewerkschaft der Polizei und auf unsere erstellte Wirtschaftlichkeitsberechnung zur **Schließung der JVA Flensburg**.

Die bisherigen Argumente sind insoweit ausgetauscht worden. Neue Argumente und Gesichtspunkte, die eine erneute öffentliche Diskussion er-

forderlich machen würden, gibt es im Augenblick nicht. Zur **JVA Itzehoe** werden wir nach der Sommerpause eine **Wirtschaftlichkeitsberechnung** vorlegen. Dann können wir gern weiter darüber diskutieren.

Meine Damen und Herren, unser Ministerium hält sich selbstverständlich an die Beschlusslage, dass im Jahr 2011 haushaltswirksame Maßnahmen zur Schließung der JVA Flensburg und Itzehoe nicht getroffen werden ohne Beteiligung des Finanzausschusses. Alle Maßnahmen in anderen Justizvollzugsanstalten wirken sich nicht auf die finanzielle Ausstattung der JVA Flensburg aus.

(Unruhe - Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Präsidentin, wie wäre es vielleicht mit etwas mehr Ruhe?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend auf das hier angesprochene Problem der Doppelbelegung von Haftzellen eingehen. In diesen Tagen wurde von einigen Interessenvertretern versucht, den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gegen die Schließung kleinerer Anstalten zu instrumentalisieren.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, einen kleinen Augenblick bitte! - Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen um etwas mehr Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

In diesem Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht erneut auf die Unzulässigkeit einer menschenunwürdigen Unterbringung von Strafgefangenen hingewiesen. Das ist allerdings weder überraschend noch neu. Und was den offenen Vollzug angeht: Hier geht es von vornherein nur darum, zahlreiche freie Plätze im offenen Vollzug mit Häftlingen zu belegen, deren Eignung für den offenen Vollzug längst festgestellt ist. Deren Plätze können dann im Wege des Ringtauschs zum Abbau der Doppelbelegung genutzt werden. Es geht also nicht darum - wie fälschlicherweise suggeriert wird -, Schwerverbrecher zu entlassen, weil keine Einzelzellen zur Verfügung stehen. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist von daher

(Minister Emil Schmalfuß)

kein neuer Aspekt, der eine Neubewertung der Schließung der kleinen Anstalten notwendig machen würde.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen von der SSW-Fraktion das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Danke für diese Auskünfte, Herr Minister. Ich bedaure es sehr, dass ich Ihren Worten nicht ganz folgen kann, denn Ihr Ministeriumssprecher hat sich am 19. März 2011 im „sh:z“ wie folgt geäußert:

„Für die JVA Flensburg sieht die Zukunft allerdings nicht rosig aus. ‚Zum Thema Flensburg werden wir uns nicht weiter äußern. Dazu ist schon alles gesagt worden,‘ sagte Breuer.“

Ich hoffe wirklich, dass wir die Antworten kriegen, die uns auch im Ausschuss versprochen worden sind, was die Wirtschaftlichkeitsberechnungen angeht. Da ging es unter anderem um die weitere Nutzung des Geländes. Dazu ist eine Berechnung vorgelegt worden, die wir so nicht nachvollziehen konnten und zu der wir noch Neues hören sollten. Das ist noch nicht geschehen.

Das Weitere ist die Kommunikation vor Ort. Ich weiß oder gehe davon aus, dass das Justizministerium mit den Beteiligten vor Ort vielleicht das Gespräch suchen wird. Ich frage mich, wann das kommt. Ich würde Sie dringend darum bitten, dass diese Fragen erörtert beziehungsweise kommuniziert werden. Denn dass es vorhin zu dem Eklat gekommen ist, aufgrund dessen die Sitzung unterbrochen wurde, zeigt für mich, dass Kommunikation in diesem Falle wirklich erforderlich ist. Ich bitte darum, dass das zukünftig so geschehen wird und nicht ein Ministeriumssprecher sagt, das sei alles, was es zu sagen gebe, und mehr gebe es nicht. Das stimmt doch gar nicht! Wir sollen doch noch mehr darüber hören. Auch die Wirtschaftlichkeitsberechnung sollte noch mit auf den Prüfstand.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, ich kann Sie ja verstehen, aber mein Problem liegt darin: Wir bekommen nur stückchenweise Informationen, und es wird noch nicht einmal

mit den Abgeordneten kommuniziert. Es wird nach meiner Kenntnis auch nicht mit den Mitarbeitern kommuniziert.

Als Drittes ist zu sagen, dass bei uns die Unterlagen, die wir noch kriegen sollten, bis heute nicht angekommen sind. Darauf warten wir schon etwas länger. Es wäre schön, wenn wir die endlich bekommen könnten.

Das Weitere ist: Der Kampf um die **JVAen Flensburg und Itzehoe** wird weitergehen, solange wir nicht bessere Kommunikationswege bekommen und nicht die Informationen, die wir verlangt haben. Ich kann nicht verstehen, warum das ein Problem sein soll.

(Beifall bei SSW und der LINKEN sowie einzelner Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1362 (neu), dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Grundsätze zur Entwicklung des Landes (Landesentwicklungsgrundsätzegesetz)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

Drucksache 17/1359

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, dass das nicht der Fall ist - außer ein vielfältiges Gemurmel.

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit. Ich eröffne die Grundsatzberatung. Die beiden Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich verständigt, dass als Erstes Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reden wird. - Lieber Herr Kollege Matthiessen, Sie haben das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bringen heute eine Gesetzesänderung zum **Landesentwicklungsgrundsatzgesetz** ein. Zum Mega-Thema Flächenverbrauch wird die Kollegin Poersch nähere Ausführungen machen. Ich beschränke mich insbesondere auf die Regelung des § 11 Abs. 1 - Energiewirtschaft, Wasserwirtschaft und Stoffwirtschaft. Es stand dort - und so soll es bleiben -:

„In allen Teilen des Landes sollen Bevölkerung und Wirtschaft mit ausreichenden, sicheren, umweltverträglich und möglichst preiswert erzeugten Energiedienstleistungen versorgt werden.“

Das ist praktisch die Übernahme der Regelung der Zweckbestimmung aus dem § 1 des Energiewirtschaftsgesetzes. Es sollen insbesondere einheimische und regenerative Energieträger eingesetzt werden.

„Bei der Energieversorgung ist auf sparsamen Verbrauch und rationelle Verwendung von Energie hinzuwirken“ sowie auf Energieeinsparungen. Die Forderung nach sparsamem Verbrauch und rationaler Verwendung von Energie hat eine hohe **Ressourcenökonomie** zum Ziel und will diese Zielsetzung auch mit Mitteln der Raumordnung regeln.

Mit einer sparsamen Verwendung von Energierohstoffen geht eine entsprechend geringere Emission von Schadstoffen einher, sodass sowohl die volkswirtschaftlich wünschenswerte rationelle Nutzung knapper Güter als auch Umweltziele erreicht werden. Auch Windenergie bleibt unverändert im Landesentwicklungsgrundsatzgesetz.

Neu geht es weiter:

„Der Anteil des Energieträgers Kohle an der Stromerzeugung soll verringert werden. Zur Verbesserung des Energienutzungsgrades und aus Umweltgesichtspunkten sind die Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Nutzung industrieller Abwärme auszuschöpfen.“

Begründung: Schleswig-Holstein lehnt CCS ab. Ohne Anwendung der noch lange nicht ausgereiften **CCS-Technik** sind neue **Kohlekraftwerke** klimapolitisch abzulehnen. Wir würden den Ausstoß schädlicher Treibhausgase in Schleswig-Holstein im Stromsektor vervielfachen - unverantwortlich!

Mit dem Ausschluss der Kohleverfeuerung in Kondensationskraftwerken zur ausschließlichen Stromerzeugung und der angestrebten Stromerzeugung in **Kraft-Wärme-Koppelung** wird dem Gedanken der rationellen Verwendung von Energie und einer hohen Ressourcenökonomie Rechnung getragen. Wir wollen keine Kohlegiganten, die mit dem größten Teil ihrer Energie die Elbe aufheizen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist in der energiepolitischen Diskussion - wir haben es heute Morgen gehört - oft und gern die Rede von Brücken- und Übergangstechnologien. Wir waren uns in der Debatte zur Regierungserklärung heute Morgen darüber einig: Diese Brücken sollen möglichst kurz sein. Ein Kohlekraftwerk - heute beantragt, 2013 genehmigt, 2017 in Betrieb genommen mit einer 60-jährigen Betriebszeit - kann nicht als Brückentechnologie bezeichnet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Regina Poersch [SPD])

Es passt auch mit seiner unflexiblen Erzeugungseigenschaft nicht in einen Markt mit stetig und umfänglich wachsenden erneuerbaren Energien. Machen wir uns klar - das war schlicht falsch in der Regierungserklärung heute Morgen dargelegt, daher zitiere ich aus dem Strombericht der Landesregierung -:

„Insgesamt wird damit für Schleswig-Holstein bereits für das Jahr 2015 eine elektrische Leistung von 8.700 bis 10.300 MW aus erneuerbaren Energien erwartet.“

- Also 9 GW und mehr. Die stochastische Erzeugung aus Wind und Sonne verlangt eine flexible Erzeugung im konventionellen Sektor. Sprüche wie „Atom und Wind - Schwestern im Netz“ oder „Wir brauchen Schattenkraftwerke“, womöglich mit dem Blick auf den Neubau von Kohlekraftwerken - alles Blödsinn! Unsere Brücke heißt nicht Großkraftwerke, sondern Objekt-Kraft-Wärme-Kopplung. Dezentrale KWK ist eine echte Übergangstechnologie.

In jeder Stadt, auf jedem Dorf finden wir genug Rentierlichkeits-Hotspots für KWK-Maschinen. Ein Beispiel: die Behindertenwerkstatt in Eckernförde, ein mittelständiges Unternehmen mit 200 Beschäftigten mit Wäscherei. Die haben eine hochrentierliche KWK-Maschine. Sie sind auch nicht die Einzigen: WoBau, Kreiskrankenhaus, Einzelhandel und so weiter - es gibt jetzt schon um die 20 Ob-

(Detlef Matthiessen)

jekt-KWK in Eckernförde, und es könnten 200 bis 300 sein.

Eine Heizung hält 12 bis 20 Jahre. Wir könnten also in einer Dekade die Hälfte aller Heizungen durch **Blockheizkraftwerke** ersetzen. Das ist eine Brücke in die Energiezukunft, und nicht Ihre Atom- und Kohlekraftwerke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Diese KWK-Brücke können wir auch heute sofort betreten. Die Einnahmen aus der Stromerzeugung bleiben in Eckernförde und nähren nicht einen Großkonzern mit Sitz in München.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Die Strategie des Ausbaus von Objekt-KWK ist ein regionalwirtschaftliches Förderprogramm.

Thema Netz: Wir regen an - wenn wir schon auf der Übertragungsnetz-Ebene solche erheblichen Ausbauerfordernisse haben -, diese auf der 110-KV-Ebene grundsätzlich verpflichtend als Erdkabel auszuführen.

Ich freue mich auf die Diskussion dieser energie-wirtschaftlich hochbrisanten Themen in den Ausschüssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abgeordnete Petra Nicolaisen das Wort.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über den eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW versuchen die Fraktionen, ihre energiepolitischen Vorstellungen und die Vermeidung des Flächenverbrauchs in der Landesplanung festzuschreiben.

Der Ansatz mag ja richtig sein,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn das **Landesentwicklungsgrundsatzgesetz** ist die rechtliche Grundlage für die Landesplanung. Hier setzt der neue **Landesentwicklungsplan** aus dem Jahr 2010 die Leitlinien.

Doch nun zum Gesetzentwurf: In § 2 Landesentwicklungsgrundsatzgesetz soll eingefügt werden - ich zitiere aus der Begründung -:

„Mit Grund und Boden ist daher äußerst sparsam umzugehen.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

„In die Leitvorstellungen zur Landesentwicklung ist die weitgehende Vermeidung des Flächenverbrauchs bei neuen Baumaßnahmen aufzunehmen.“

Ich empfehle, hier den neuen Landesentwicklungsplan zur Hand zu nehmen. Innenentwicklung und Verdichtung sind keine neuen Erfindungen, liebe Oppositionsparteien. Im Landesentwicklungsplan 2010 heißt es hierzu auf Seite 50 zur städtebaulichen Entwicklung:

„Die Inanspruchnahme neuer Flächen soll landesweit reduziert werden. Zur Verringerung der Inanspruchnahme von Grund und Boden

- hat die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung ...;

- sollen Möglichkeiten für eine städtebaulich angemessene Verdichtung bestehender oder geplanter Bauflächen genutzt werden ...“

Ähnliche Grundsätze gelten für die gewerbliche Entwicklung. Ich zitiere aus dem Landesentwicklungsplan:

„Vor der Neuausweisung von Flächen sollen in den Gemeinden geeignete Altstandorte, Brachflächen und Konversionsstandorte genutzt werden ...“

Die CDU-Fraktion vertraut auf die Verantwortlichkeit der kommunalen Ebene und sieht hier keinen zusätzlichen Handlungsbedarf.

(Beifall bei der CDU - Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

In § 11 Landesentwicklungsgrundsatzgesetz, der die Energieversorgung, Wasserwirtschaft und Stoffwirtschaft regelt, möchten Sie die Bevölkerung mit ausreichenden, umweltverträglichen und möglichst preiswerten Energiedienstleistungen versorgt wissen. Der Einsatz von einheimischen und regenerativen Energieträgern soll dabei eingesetzt werden. Auch diesen Grundsatz finden Sie, liebe antragstellende Fraktionen, im Landesentwicklungsplan 2010.

Der **Windenergie** kommt sowohl unter energie- und klimapolitischen als auch unter wirtschaftli-

(Petra Nicolaisen)

chen Gesichtspunkten eine besondere Rolle zu. Die Ausweisung zusätzlicher Windeignungsgebiete auf 1,5 % der Landesfläche ist zügig umzusetzen. Der neue Abstands- und Höhererlass schafft die entsprechenden Rahmenbedingungen, damit Schleswig-Holstein weiterhin ein attraktiver Investitionsstandort bleibt.

Regionalpläne, Abstandserlass und weitere Kriterien aus dem LEP bilden aus unserer Sicht eine Grundlage, die eine Änderung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes überflüssig macht.

Die atomare Katastrophe in Japan hat bei allen Mitgliedern meiner Fraktion zum Nach- und bei vielen sogar zum Umdenken in Bezug auf die Zukunft der Energieversorgung Schleswig-Holsteins geführt. Ich verweise an dieser Stelle noch einmal auf den Entschließungsantrag von CDU und FDP von heute Morgen. Wir setzen auf den konsequenten Ausbau der **erneuerbaren Energien**. Es werden aber auch konventionelle Energieformen übergangsweise weiterhin benötigt, bis die erneuerbaren Energieformen so weit ausgebaut sind, um die Stromversorgung übernehmen zu können.

Entscheidend für den Ausbau der erneuerbaren Energien ist in meinen Augen auch ein rasanter Ausbau der Netze. Dies muss über das Energieleitungsausbaugesetz des Bundes vorangetrieben werden. Dafür haben wir uns heute Morgen klar ausgesprochen. Schleswig-Holstein soll ein starker Wirtschaftsstandort mit einem neuen Energiemix aus erneuerbaren Energien werden. Das muss das Ziel sein. Die Einführung der **CCS-Technik** wird es mit der CDU-Fraktion in Schleswig-Holstein nicht geben.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Hier steht uns für das laufende Jahr ein neues **Energie- und Klimaschutzkonzept** ins Haus.

Sehr geehrte antragstellende Fraktionen, im Landesentwicklungsgrundsatzgesetz wird in § 6 noch einmal auf die ökologische Qualitätssicherung des Raumes verwiesen. Das bestehende Recht finden Sie für Ihren Antrag bereits im LEP. Im LEP unter Punkt 3.5.1 steht der Hinweis, dass die verschiedenen Energieträger, modernen Anlagen und Technologien so zu nutzen und zu entwickeln sind, dass eine nachhaltige und klimaverträgliche Energieversorgung ermöglicht wird.

Wir sehen als CDU-Fraktion keinen weiteren Handlungsbedarf, würden es aber mit Ihnen im Ausschuss noch einmal erörtern, falls Bedarf besteht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie jetzt bitte mit mir gemeinsam auf der Tribüne Damen und Herren der Seniorenunion Leck. - Seien Sie uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon 2008 haben wir hier über einen Vorschlag zur Änderung des LEGG gesprochen. Seinerzeit war es ein Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen. Es ging um neue Leitlinien in der **Energieversorgung**. Damals habe ich gesagt, dass der Antrag durchaus Charme hatte, wir aber der Meinung waren, dass man das **Landesentwicklungsgrundsatzgesetz** grundsätzlich und in Gänze diskutieren sollte, auch losgelöst von der Tagespolitik. Wie es dann manchmal aber so mit Gesetzentwürfen geht: Der Entwurf ist über die erste Lesung nicht hinausgekommen. Er wurde zwar in die Ausschüsse überwiesen, fiel aber durch die Neuwahl im Jahr 2009 der Diskontinuität anheim. Das sollte an dieser Stelle wenigstens einmal erwähnt werden.

Nun geht es darum, ganz grundsätzlich und mit Gesetzeskraft zu beschreiben, wo unser Land hingehen soll, was die Idee für die Entwicklung unseres Landes ist. Frau Kollegin Nicolaisen, da ist mir der **Landesentwicklungsplan** eine wichtige Hilfe, und wir haben rund um den LEP sehr konkret diskutiert. Er hat aber eben keine Gesetzeskraft. Er unterscheidet auch Grundsätze und Ziele der Landesentwicklung. Wenn wir es aber „nur“ mit einem Grundsatz zu tun haben, geht es nicht weit genug.

Eine Anregung - insbesondere aus den Kommunen - rund um den LEP war: Schreibt doch bitte auch den Grundsatz der Innenverdichtung als eigenen Grundsatz der Landesentwicklung in das Gesetz. Schreibt hinein „die Nachverdichtung von bestehenden Siedlungsteilen“ anstelle von „neuen Flächenversiegelungen am Ortsrand“.

(Beifall bei der LINKEN)

Das steht im Landesentwicklungsplan, das steht im Baugesetzbuch. Wirklich weit hat uns das bisher aber nicht gebracht. Denn noch immer gehen wir

(Regina Poersch)

mit unserem Boden viel zu sorglos um. Noch immer geben wir der zusätzlichen Versiegelung von Flächen den Vorrang vor einer Nachnutzung bereits versiegelter Flächen, wenn - das spüren vor allem die Kommunen - ein Investor mit Arbeitsplätzen winkt oder womöglich droht, sie abzuziehen, wenn er nicht genau an dem von ihm vorgeschlagenen Standort die notwendigen Genehmigungen erhält. Nach dem **Baugesetzbuch** den **Grundsatz der Nachverdichtung** nun auch als eigenen Entwicklungsgrundsatz des Landes zu formulieren, das ist eines der Ziele unseres heutigen Vorschlags zur Änderung des LEGG.

(Beifall beim SSW)

Es geht nicht um die Vergrämung von Investoren, sondern es geht um die Hilfestellung für selbstbewusste **kommunale Stadt- und Ortsentwicklung**. Kein Geringerer als der Umweltreferent des Deutschen Bauernverbandes schreibt uns ins Stammbuch, dass das Ziel aus der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, den **Flächenverbrauch** auf täglich 30 ha zu reduzieren, in weite Ferne gerückt ist. Im Gegenteil sind es täglich circa 94 ha, das ist mehr als das Dreifache, die unwiederbringlich verloren gehen.

In den Jahren von 1992 bis 2009 gingen mehr als 780.000 ha Fläche durch Versiegelung unwiederbringlich verloren. Verloren sind sie nicht nur für Natur und Landschaft, sondern zum Beispiel auch für den Ackerbau und damit für unsere Ernährungssicherung. Innerorts liegen aber bereits versiegelte Flächen brach. Da stimmt doch etwas nicht.

Die **Reduzierung der Flächenversiegelung** soll also kein Lippenbekenntnis bleiben. Wir meinen es ernst und legen Ihnen deshalb heute unseren gemeinsamen Vorschlag zur Änderung des LEGG vor. Frau Kollegin Nicolaisen, weitere Vorschläge sind ausdrücklich willkommen. Deswegen wollen wir anhand des Gesetzentwurfs in den Ausschüssen diskutieren und auch erfahren, was Ihre Vorstellungen sind.

Vorstellungen haben wir natürlich auch zur **Energieversorgung** in unserem Land. Der Kollege Matthiessen hat es beschrieben. Die Debatte heute Vormittag hat ganz deutlich gezeigt, dass wir dies in Stichworten kurz mit einem Weg von der Atomenergie, einem Weg von fossilen Energieträgern, einem Weg von der CO₂-Belastung und mit einem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und natürlich auch der Stromnetze beschreiben können. Über den direkten Zusammenhang zwischen dem **Ausbau der erneuerbaren Energien**

und ihrer Einspeisung und Ableitung über ein leistungsfähiges Stromnetz ist heute Vormittag viel gesagt worden, und dabei war auch vieles richtig. Der Ministerpräsident hat heute Vormittag in seiner Regierungserklärung ein Maßnahmenvorranggesetz für den Netzausbau gefordert. Ich möchte dies um die Forderung nach einem Vorrang für Erdkabel ergänzen.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Damit kämen wir sogar noch schneller ans Ziel, und mit einer größtmöglichen Akzeptanz in der Bevölkerung würden wir uns auch so manches Klageverfahren ersparen.

Das waren in Kürze unsere Vorschläge für ein LEGG. Lassen Sie uns im Ausschuss intensiv und ganz grundsätzlich über die Entwicklung unseres Landes diskutieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Gerrit Koch das Wort.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Stichworten Energie, Kohlekraftwerke und Windkraft erwarten Sie normalerweise meinen Kollegen Oliver Kumbartzky hier am Rednerpult. Da Herr Kumbartzky aber seit einigen Tagen Vater ist, sei ihm gestattet, dass er seine persönliche Energie zumindest heute anders einsetzt.

(Vereinzelter Beifall - Peter Eichstädt [SPD]:
Da wird Energie wirklich einmal eingesetzt!)

- Ja, so kann man das auch sagen, Herr Eichstädt.

Dass ich zu diesem Tagesordnungspunkt spreche, bietet die Möglichkeit, Ihren Blick für einen anderen Aspekt zu öffnen. Dazu aber später.

Natürlich ist mir bekannt, dass die Grünen in der letzten Legislaturperiode schon einen ähnlichen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes vorgelegt haben. Bemerkenswert ist, dass die jetzigen Antragsteller nicht einfach den damaligen Text unverändert übernommen haben, sondern dass sie ihn tatsächlich stellenweise erweitert beziehungsweise geändert haben.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist daran bemerkenswert?)

(Gerrit Koch)

- Das kommt ja jetzt. - So wollten die Grünen damals den Teil der Norm noch unangetastet lassen, dass alle Bürger nicht nur mit ausreichenden, sicheren und umweltverträglichen, sondern auch mit preiswerten Energiedienstleistungen versorgt werden.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heute Morgen besprochen wurde! - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt reduzieren sie ihre Forderung im gemeinsamen Antrag mit SSW und SPD auf die „möglichst preiswerte“ Energie, was immer man darunter verstehen kann, zumal wenn man bedenkt, dass preiswert dasjenige ist, was seinen Preis wert ist, und dass preiswert nicht mit billig gleichzusetzen ist. Eine Einschränkung auf „möglichst preiswert“ sehe ich deshalb nicht als sinnvoll an.

Lobenswert finde ich jedoch wirklich, dass die damaligen Vorstellungen der Grünen gestrichen wurden, die zum Beispiel Kohlekraftwerke nur noch in mit Luftschadstoffen unbelasteten Gegenden ermöglichen wollten. Entweder gab es seit den Hinweisen meines Kollegen Hildebrand im Jahr 2008 einen erheblichen Umdenkprozess bei den Grünen, oder SSW und SPD haben auf sinnvolle Änderungen hingewirkt.

Meine Damen und Herren, einig gehen wir mit der Intention des Antrags, dass sauberer Strom aus Schleswig-Holstein wichtig ist und, auch mit Blick auf die **CCS-Problematik**, zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes beiträgt. Zugleich erkennen wir an, dass der **Ausbau des regionalen Mittel- und Hochspannungsnetzes** dazu unumgänglich sein wird, und unterstützen dies selbstverständlich. Die FDP-Fraktion bekennt sich zu dem Ziel, dass Schleswig-Holstein auch zukünftig ein Energieexportland bleibt. Um die Gesamtkapazität zur Stromproduktion aufrechtzuerhalten, müssen daher nicht nur verstärkt Mittel in den Ausbau erneuerbarer Energien und in die Förderung von Speicher- und Leitungstechnologien, sondern auch in die **Verbesserung der Energieeffizienz** fließen. Ein Netzausbaukonzept steht für die FDP deshalb auf der Aufgabenliste.

Dieses Konzept soll gewährleisten, dass die erzeugte Energie aus Wind- und Solarkraft sowie aus Biomasse ohne Einschränkung in das Netz eingespeist werden können. Dabei ist es uns besonders wichtig, dass diese Energie durch **Leitungen im Erdreich** übertragen wird. Wir Liberalen stellen uns den verbindlichen Weg dazu nicht nur als Nebenbemerkung

im Grundsatzgesetz, sondern in Form eines sogenannten Erdkabelgesetzes vor.

Ich versprach aber, Ihren Blick auf etwas anderes zu richten. Wenn wir uns nunmehr aufgrund des vorliegenden Antrags mit dem Wortungetüm „Landesentwicklungsgrundsatzgesetz“ und dessen Inhalt beschäftigen werden, so könnte dies Anlass genug sein, über eine generelle Neufassung und Überarbeitung des LEGG zu reflektieren. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte **Überarbeitung des Landesentwicklungsplans** ist absolviert. Die Überarbeitung des LEGG ist dort ebenfalls vereinbart worden. Im Rahmen der Kommunalisierung der Regionalplanung wird auch dieses Gesetz angesprochen werden müssen.

Die Tatsache, dass das Gesetz eine Zusammenstellung von Grundsätzen ist, führt unweigerlich dazu, dass sich das Gesetz in weiten Teilen in der Aufzählung von Selbstverständlichkeiten erschöpft. Diese sind oft so allgemein und dehnbar, dass man sich darunter alles oder auch nichts vorstellen kann. Ob man dann auch noch das Gleiche wie in anderen Gesetzen regeln muss, sollten wir genau überlegen. Sätze wie: „Zur Sicherung einer leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur und zur Verbesserung der Standortvoraussetzungen ist ein ausgewogenes Fortschreiten von wirtschaftsbezogenen Verdichtungsprozessen nötig“, oder - ein weiteres Zitat aus dem Gesetz -: „Die Siedlungsentwicklung in den Teilräumen soll funktions- und bedarfsgerecht, natur- und umweltgerecht sowie orts- und landschaftsbezogen erfolgen“, können zwar angehende Literaten begeistern, sind aber so unkonkret, dass niemand, der sich in Schleswig-Holstein wirtschaftlich betätigen will, wirklich Honig daraus saugen kann. Eher droht die Allgemeinheit der Grundsätze einer Verhinderung Vorschub zu leisten.

Meine Damen und Herren, im Sinne des **Bürokratieabbaus** und größtmöglicher Transparenz könnte das grundsätzliche Überdenken der Notwendigkeit des einen oder anderen Grundsatzes in seiner grundsätzlichen Erwähnung deshalb vom Grundsatz her überlegenswert sein.

Ich freue mich auf die weitere Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE hat nun die Fraktionsvorsitzende, die Frau Abgeordnete Ranka Prante, das Wort.

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! DIE LINKE freut sich sehr über diesen Gesetzentwurf, über diesen Vorstoß von SSW, Grünen und SPD, weil wir finden, dass damit genau die Themen aufgegriffen werden, die wir auch heute Morgen diskutiert haben, um hier in Schleswig-Holstein eine **Energiewende** vollziehen zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei dieser Gesetzesnovelle habe ich mein Augenmerk unter anderem auch auf das **Erdkabel** gelegt, das hier schon mehrfach angesprochen worden ist. Der Grund dafür, dass wir den Netzausbau hier in Schleswig-Holstein immer noch nicht richtig vollziehen konnten, liegt darin, dass die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein einfach sagen, sie wollten keine Hochspannungsleitungen, weil sie gesundheitsschädigend und für sie nicht akzeptabel seien. Auch da können wir nur sagen: Das finden wir gut. Das möchten wir unterstützen.

Genauso sieht es im Bereich zur **Windenergie** aus. Dies ist noch nicht ganz ausgeführt, aber wir gehen davon aus, dass wir im Ausschuss weitere Dinge hinzufügen werden. Auch das können wir unterstützen und finden es sehr lobenswert, ebenso wie die Ausführungen zu CCS.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, die Aussagen der Landesregierung und der regierungstragenden Parteien zu CCS sind sehr dürftig, obwohl wir auch hierüber eine breite Diskussion hatten. Auch das ist in den Gesetzentwurf eingeflossen.

Wir wollen jetzt nicht mehr lange darüber reden, denn wir haben schon lange darüber diskutiert. Wir sollten das vertiefend im Ausschuss besprechen. Wir freuen uns auf weitere Auseinandersetzungen im Ausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Neben den bundesrechtlichen Raumordnungsgrundsätzen bestimmt in Schleswig-Holstein das Landesentwicklungsgrundsatzgesetz zusätzlich spezielle Entwicklungsperspektiven für das

Land. Das heißt, die Weiterentwicklung der Raumordnung geschieht auch unter Berücksichtigung des LEGG.

Dass Raumordnungspläne in zeitlichen Abständen neu aufgestellt werden müssen, stellt niemand infrage. Sie sind als planerische Grundlage für die Weiterentwicklung des Landes notwendig. Dort werden die **planerischen Leitbilder** und Ziele für die Gestaltung des Landes festgelegt. Wenn wir also Ziele und Leitbilder für unser Land in aller Regelmäßigkeit neu aufstellen, sollte dies natürlich auch für die Grundlagen gelten. Soll heißen: Die Entwicklungsgrundsätze müssen auch der Zeit entsprechen.

Wir haben auf allen Ebenen im Land eine hitzige Diskussion gehabt, als es um den LEP ging. Dabei spielte insbesondere die zusätzliche Bebauung in der Fläche im Hinblick auf den demografischen Wandel eine große politische Rolle. Wir haben als SSW unter anderem kritisiert, dass der Tenor von „Freiwilligkeit und Kooperation“ dazu führen wird, dass die Gemeinden in einen ruinösen Wettbewerb bei der **Neuansiedlung von Wohnraumflächen und Gewerbegebieten** treten. Dies soll keine neue LEP-Debatte werden. Aber wir wissen, dass der Flächenverbrauch und die Flächenversiegelung in Deutschland ein massives Problem darstellen.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Während der letzten 60 Jahre haben sich die Siedlungs- und Verkehrsflächen in Deutschland mehr als verdoppelt. Der tägliche **Flächenverbrauch** in Deutschland liegt bei rund 100 ha. Damit werden naturnahe oder landwirtschaftlich genutzte Flächen verändert oder versiegelt. Vor dem Hintergrund stagnierender oder rückläufiger Bevölkerungszahlen ist dies nicht mehr akzeptabel. Was wir brauchen, ist eine Flächensparpolitik und eine **Verbesserung der Flächeneffizienz**.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu diesem Ergebnis kommt im Übrigen auch eine Kommission zum Bodenschutz beim Umweltbundesamt. Die Empfehlung lautet daher: Wir brauchen weniger versiegelte Flächen und einen sorgsamen Umgang mit den Flächen. In diesem Sinne ist auch der erste Punkt unseres Gesetzentwurfs zu verstehen. Wir wollen kein Bau- und Versiegelungsverbot. Aber wir müssen Ziele der Flächeneinsparung und Flächeneffizienz künftig stärker in der **Raumordnung** berücksichtigen.

(Lars Harms)

Im Zuge der jetzt bundesweit angestoßenen Diskussion um die Zukunft der Energieversorgung im Land ist deutlich geworden, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Wir wollen schnellstmöglich raus aus der Atomtechnologie und mittelfristig raus aus der Energieversorgung durch **fossile Energieträger**. Langfristiges Ziel ist die Energieversorgung komplett aus **erneuerbaren Energien**. Dies lässt sich nicht von heute auf morgen lösen. Aber wir müssen heute unsere Hausaufgaben machen, sprich die planerischen Ziele definieren und festlegen, damit sie in die Raumordnung entsprechend aufgenommen werden.

Wir wissen, dass der Atomausstieg nicht ohne die **Brückentechnologie** der fossilen Energieträger Gas und Kohle machbar ist. Daher ist es wichtig, hierfür die Entwicklungsziele zu definieren. Es darf aber keinen Freifahrtschein für den uneingeschränkten Bau neuer Großkraftwerke geben.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Dabei muss aber auch klar sein, dass neue Kohlekraftwerke nicht mehr nötig sind. Wenn **Kohle als Energieträger** genutzt wird, dann darf dies nur unter der **Prämisse der rationellsten Verwendung** geschehen.

Gerade vor dem Hintergrund der bei uns im Land geführten CCS-Debatte und dem einstimmigen Beschluss des Landtages hierzu ist der Neubau von Kohlekraftwerken abzulehnen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss vorangebracht werden. Hier bin ich dann doch wieder beim LEP, wo die Ausweisung neuer **Eignungsgebiete für die Windenergienutzung** auf 1,5 % der Landesfläche erhöht wurde.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Diese Maßgabe haben wir alle unterstützt. Aber das ist natürlich nicht alles. Die **dezentrale Energieversorgung** wird künftig eine größere Rolle spielen als bisher. Dafür brauchen wir aber neue Netzstrukturen. Ohne Netzausbau keine Energiewende. Daher muss dies in den Grundsätzen der Landesentwicklung künftig stärker berücksichtigt werden.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Natürlich sollte dabei der **Bau von Erdkabeln** im Grundsatz Vorrang vor Freileitungen haben, um die entsprechende Akzeptanz zu gewährleisten.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN] - Zuruf von der CDU: Koste es, was es wolle!)

Unser heutiger Gesetzentwurf soll jetzt schon die **Planungsgrundlagen** schaffen, die nötig sind, um die **Energiewende** in Zukunft zu schaffen und um nachhaltig mit unseren Ressourcen umgehen zu können. Das ist der Sinn und Zweck unseres Antrages: keine konkrete Änderung irgendwelcher Planungsgrundlagen, sondern erst einmal die Schaffung der Grundlagen, dass man einen neuen LEP, neue Planungsgrundlagen schaffen kann. Dies muss sich an den Zielen orientieren, die wir unter anderem heute Morgen besprochen haben. So ist unser Antrag zu verstehen. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Antrag. Ich freue mich jetzt in der Tat auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Wirtschaftsminister Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Landesentwicklungsgrundsatzgesetz - das Gute an dem Begriff ist, wenn ich ihn dreimal wiederhole, habe ich die Redezeit schon um -

(Heiterkeit)

setzt den Rahmen für **Investitionen**. Investitionen brauchen Planungssicherheit. Deshalb sollten wir an dem Rahmengesetz nur wirklich dann etwas ändern, wenn es notwendig ist. - Es ist nicht notwendig. Denn die Themen, die Sie eben angesprochen haben, sind entweder bereits an anderer Stelle geregelt, und zwar ausreichend, oder sie sind politisch noch gar nicht abschließend geklärt.

Lassen Sie mich vorweg Folgendes sagen: Heute Morgen ist viel über einen neuen energiepolitischen Konsens gesagt worden, der entsteht, und eine neue Richtung, in die wir gehen. Ich habe den Eindruck, dass sich schon am Nachmittag herausstellt, dass sich dieser energiepolitische Konsens gleich im Bürokratischen verheddern wird. Vielleicht ist der Konsens auch gar nicht so groß, wie wir glauben.

Lassen Sie mich zunächst einmal mit den Dingen anfangen, die aus meiner Sicht gar nicht geregelt werden müssen. Das ist - erster Punkt - die Fragestellung des **flächensparenden Bauens**. Dort ist es

(Minister Jost de Jager)

so, dass über den neuen Landesentwicklungsplan bereits geltendes Recht ist, dass eine unnötige Inanspruchnahme von Flächen zu vermeiden ist. Das gilt sowohl für den Wohnungsbau als auch für die Gewerbeflächen. Damit halten wir uns an die bundesrechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches.

Ein weiterer Punkt, wo eine Regelung im Landesentwicklungsgrundsatzgesetz nicht erforderlich ist, ist der Bereich der **Windenergie**. Es ist so, dass über den Landesentwicklungsplan die Voraussetzung dafür geschaffen wird, dass wir bis zu 9.000 MW zusätzlich dadurch ausbauen können, dass die Windeignungsfläche auf 1,5 % ausgeweitet wird. Das ist hinsichtlich der Nettonutzung eine faktische Verdoppelung der Fläche, die für Windenergieanlagen zur Verfügung steht. Der Innenminister hat zugesichert, dass dieser Erlass noch im Jahr 2011 über die Fortschreibung der Regionalentwicklung so umgesetzt werden kann, dass wir zum Ende des Jahres den Startschuss für die Investitionen in diese Bereiche geben können. Insofern ist es nicht notwendig, eine Regelung im LEGG vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen zu?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Nein, lasse ich nicht. - Ich möchte nämlich zu einem weiteren Punkt kommen, bei dem wir uns nicht in einem Bereich befinden, der nicht geregelt werden muss, sondern bei dem wir unter Umständen einen politischen Dissens haben. Das ist die Frage des Vorrangs für **Erdkabel**. Wir wissen alle, dass die Achillesferse des Ausbaus der erneuerbaren Energien der Leitungsbau ist. Wir haben am Freitagnachmittag eine übrigens sehr konstruktive Runde mit allen energiepolitischen Sprecherinnen und Sprechern gehabt, in der wir zusammen mit den Netzbetreibern in Schleswig-Holstein die **Ausbauprojekte für den Leitungsbau** vorgestellt haben. Wir haben miteinander beraten, welche Investitionen nötig sind. Wir haben miteinander beraten, welche Infrastruktur nötig ist. Wir haben miteinander beraten, wie schwierig es sein wird, das Kapital dafür zu generieren.

Wenn wir von vornherein, bevor wir die Maßnahmen überhaupt genau kennen, sagen, dass alle Leitungen als Erdkabel gebaut werden, kommen wir zu

einer künstlichen Verteuerung in diesem Bereich in einer Größenordnung, die dafür sorgt, dass es mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien nichts wird.

(Peter Harry Carstensen [CDU]: Sehr richtig!)

Insofern, meine Damen und Herren: Wir können nicht alles gleichzeitig. Wir können nicht aus allem aussteigen, was uns nicht passt. Wir können nicht alles verhindern oder ausschließen, was wir nicht haben wollen. Es gibt ein paar bittere Wahrheiten. Die bittere Wahrheit - das hat der Ministerpräsident heute Morgen schon gesagt - des Ausbaus der erneuerbaren Energien ist, dass wir uns mit einer **neuen Form von Infrastruktur** auseinandersetzen müssen. Der Verzicht auf konventionelle Kraftwerke bedeutet die Akzeptanz der Infrastrukturleitungen.

Hier in Aussicht zu stellen, man könnte einen Leitungsbau vornehmen, den keiner bemerkt, ist doch völlig verrückt. Die Vorstellung, dass das Erdkabel kein Eingriff ist, ist nämlich auch falsch. Ein Erdkabel ist, wenn es gebaut wird, ein Rieseneingriff. Das wird eine Riesenschneise, die dort gemacht wird. Sie führt am Ende bei einer 380-kV-Leitung zu einem Streifen, der fast so breit ist wie dieser Plenarsaal, der dauerhaft nicht genutzt werden kann.

Die Frage, ob es einen Vorrang für Erdkabel gibt, würde ich erstens aus finanziellen Gründen bestreiten. Sie ist zweitens politisch überhaupt noch nicht entschieden und gehört deshalb drittens nicht in ein LEGG hinein.

(Beifall des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU])

Das Gleiche gilt für das Thema **Kohlekraftwerke**. Am Ende ist es das Thema **CCS**, das im LEGG angesprochen wird. Wir sind beim Thema CCS noch nicht so weit, dass wir es für Schleswig-Holstein ausschließen können - leider Gottes. Ich wäre froh, wenn die Regelungen, die wir verhandelt haben, schon Gesetz wären. Wir müssen noch ein bisschen nachverhandeln. Aber auch diese politische Entscheidung müssen wir noch abwarten. Selbst die politische Entscheidung, dass wir CCS in Schleswig-Holstein rechtlich ausschließen können, kann mitnichten bedeuten, dass wir überhaupt keine Kohlekraftwerke mehr bauen. Auch bei der Frage der Verkürzung der Brücke **Kernenergie**, bei der Frage, in welches Zeitalter wir einsteigen, kenne ich kein Szenario, das beinhaltet, dass wir in den kommenden Jahren auf alle konventionellen Kraftwerke verzichten können.

(Minister Jost de Jager)

Insofern werden wir weiter die Nutzung fossiler Kraftwerke einbeziehen müssen. Hier haben wir einen Punkt, der politisch noch nicht endgültig entschieden ist. Entweder sind die Dinge, die Sie ansprechen, politisch noch nicht entschieden, oder sie sind schon woanders geregelt. Unterm Strich brauchen wir Ihre Vorschläge für ein neues LEGG nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Minister de Jager, es kann gut sein, dass wir nicht in allen Punkten einer Meinung sind, möglicherweise auch konfliktbeladen. Wir hatten ja ein paar Diskussionen bei der Eröffnung der „new energy“, zum Beispiel auch zur Kohlekraft.

Was die Erdverkabelung angeht, sehe ich nicht, dass man da zwingend einen Konflikt herbeireden muss. Auch das hatten wir schon bei der Vorstellung Ihres Energieberichts in der letzten Plenartagung. Detlef Matthiessen hat es in seinem Beitrag auch noch einmal mündlich deutlich gemacht. Die Verlegung von 380-kV-Erdkabeln ist im Moment nicht Stand der Technik und ihre Kosten nicht auffangbar. Im 110-kV-Bereich, der, wenn wir 380-kV-Trassen bauen, kleiner als erwartet geworden ist, ist es technisch möglich, das schneller zu realisieren und die Kosten umzulegen, und trotzdem wird es in Schleswig-Holstein nicht gemacht. Das ist das Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Regina Poersch [SPD])

Herr Koch hat ja in der Rede von Herrn Kumbartzky, die er vorgelesen hat, gesagt - -

(Gerrit Koch [FDP]: Nein, das war schon meine Rede!)

- Es war Ihre Rede? - Entschuldigung, das habe ich falsch verstanden. Sie haben in Ihrer Rede deutlich gemacht, dass Sie auf ein Erdkabelgesetz setzen. Wir glauben, das ist nach den Gutachten, die wir eingeholt haben, nicht der richtige Weg. Deswegen

schlagen wir den Weg über das Landesentwicklungsgrundsatzgesetz vor.

In der Sache heißt das: Wir wollen die Netzausbauer stärker dazu bewegen - um nicht zu sagen: zwingen -, den 110-kV-Bereich als Erdkabel zu bauen, weil dafür schon alles geregelt ist und es trotzdem nicht umgesetzt wird. Das ist der Punkt.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Das ist kein Widerspruch zur Debatte heute Morgen, dass wir die Netze schnell ausbauen. Breklum-Flensburg ist ja das dunkle Beispiel dafür: Wir haben da zehn Jahre **Ausbauverzögerung** gehabt, weil diese Regelung nicht gemacht wird. Nun mögen sich Unterschiede in der Frage einstellen, ob da gepokert wurde, ob das bewusst verschleppt wurde oder ob es tatsächlich eine betriebswirtschaftliche Rechnung gegeben hat, die das für E.ON nicht attraktiv erscheinen ließ. Tatsache ist, dass wir längst mehr **Windstrom** ins Netz ein- und abführen könnten, hätten wir da vor fünf Jahren ein Erdkabel gelegt. Genau dieses Problem wollen wir mit unserem Gesetz lösen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Beitrag für die Landesregierung erteile ich dem Wirtschaftsminister, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, dass ich die Redezeit aller verlängere, möchte ich nicht, dass sich hier Dinge festsetzen, weil sie im Protokoll stehen und unwidersprochen geblieben sind. Wir sind hier an einem sehr interessanten Punkt bei der Frage der Beschleunigung des Leitungsbaus, aber auch der Frage der Bedingungen des Leitungsbaus. Zunächst ist mir die Frage wichtig, warum wir eigentlich weniger **Erdverkabelung** haben, als es sich viele wünschen. Das hat damit zu tun, dass die **Netzbetreiber** es nicht beantragen

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Fritzen, bevor Sie Ihr weises Haupt schütteln -, das wiederum hat damit zu tun, dass die Netzbetreiber gehalten sind, die Netze möglichst

(Minister Jost de Jager)

wirtschaftlich zu betreiben. Das ist der Grund, weshalb sie es nicht machen.

Herr Habeck, nun kann man natürlich sagen - das ist Ihre Argumentation -: Das ist alles gar nicht so schlimm, man kann die Kosten ja umlegen, insofern sind das keine schlimmen Kosten. Das ist falsch, denn auch wenn man die Kosten umlegen kann, muss sie ja jemand bezahlen, nämlich Sie mit Ihrer Stromrechnung. Das ist nämlich die Logik des Erdkabels.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Die Kosten werden auf alle Stromverbraucher umgelegt. Ein Vorrang des Erdkabels führt notwendigerweise dazu, dass der Leitungsausbau teurer wird, übrigens ohne dass wir die Gewähr haben, dass der dadurch schneller wird. Denn zu glauben, weil es ein Erdkabel gibt, gibt es keine Einsprüche mehr, oder zu glauben, weil es ein Erdkabel gibt, wird keiner mehr einen Planfeststellungsbeschluss beklagen, ist nicht richtig. Es bleiben andere Nutzungskonflikte. Es wird weiterhin Nutzungskonflikte geben.

Insofern ist es mir wichtig, noch einmal klarzustellen, dass Erdkabel zu einer Verteuerung führen, die am Ende von allen Stromverbrauchern getragen wird.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Da sage ich als Wirtschaftsminister: Wir dürfen nicht allein daran denken, welche **Belastungen** wir für die **Privathaushalte** auslösen, sondern wir müssen auch sehen, dass wir die energiepolitischen Veränderungen, über die wir vielleicht Einigkeit haben, so gestalten, dass die industriellen Großverbraucher, die wir in Deutschland nach wie vor haben, ihre Energie zu Preisen einkaufen können, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts erforderlich sind. Deshalb sind solche Umlagefragen vielleicht eine indirekte Geschichte, aber gleichwohl führen sie zur Verteuerung.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Herr Minister, lassen Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck zu?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Ja, auch wenn ich schon fertig war.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, stimmen Sie mir

zu, dass es volkswirtschaftlich sinnvoller und für den Verbraucher billiger ist, installierten Strom durch ein Erdkabel abzuführen, als diese Leistungen nicht abzuführen und trotzdem die Erstattung für die Beträge der theoretisch produzierten Leistung zu bezahlen?

- Das wäre nur dann der volkswirtschaftlich einzig sinnvolle Weg, wenn er der einzige wäre. Das glaube ich aber nicht. Ich glaube nicht, dass allein die Erdverkabelung dazu führt, dass wir den Leitungsbau schneller bekommen. Ich glaube, dass man auch Freileitungen schnell bauen kann, wenn man es richtig angeht. Ich glaube, die Hinweise, die heute Morgen hinsichtlich einer vorgeschalteten Bürgerbeteiligung gekommen sind, sind dafür sehr viel bessere Wege als der Vorrang des Erdkabels.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich habe mich bei Ihrem Beitrag vorhin zu einer kleinen Zwischenfrage gemeldet, weil ich den Eindruck gewonnen habe, dass Sie auch die Regelungen im **Landesentwicklungsgrundsatzgesetz** bezüglich der **Windenergie** ablehnen. Ich will Sie nur darauf aufmerksam machen und fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass diese Regelungen gar nicht geändert wurden, sondern Gegenstand des Gesetzes sind. Wir haben bezüglich der Windenergie keine neuen Regelungen gebracht.

Gleichwohl haben wir gesagt: Wenn der Gesetzgeber in der Vergangenheit schon sagte, ich bevorzuge eine Erzeugungsform, dann kann man gesetzes-systematisch auch an anderer Stelle, nämlich bei der **Kohle**, wie wir es vorschlagen, eine Diskriminierung in dem Sinne einführen, dass wir sagen: Es soll nur noch in hocheffizienter **Kraft-Wärme-Koppelung** Strom gewonnen werden. Das wollte ich korrigierend hinzufügen, weil Sie den Eindruck vermittelt haben, wir hätten auch zur Windenergie neue Regelungen aufgenommen. Das haben wir mitnichten.

Ich möchte auch auf die Debatte eben zum Erdkabel noch einmal eingehen. Wir sind der Meinung, wir sollten grundsätzlich die **110-kV-Ebene** als **Erdkabel** ausführen. Es kommt auf uns ein massiver Netzausbau nicht nur auf der 380-kV-Ebene,

(Detlef Matthiessen)

sondern auch auf der 220-kV- und 110-kV-Ebene zu. Ich glaube, es wird die Akzeptanz sehr stark erhöhen, wenn wir die Kabel, wo es technisch möglich ist, tatsächlich in die Erde verlegen.

Herr Minister, wenn Sie von Wirtschaftlichkeit und Geschwindigkeit reden, sage ich Ihnen: Zumindest bei dem Beispiel, das im Landtag und Kreistag von Nordfriesland sehr stark diskutiert wurde, der **Leitung Breklum-Flensburg**, war in der Tat zu beobachten, dass für ein Erdkabelprojekt die Grundbesitzer sämtliche Gestattungsverträge und Dienstbarkeiten haben eintragen lassen. Es hätte längst gebaut sein können. Das heißt, eine Freileitung kommt gegenüber einem Erdkabel - zumindest in diesem Projekt ist das sehr gut belegbar - fünf bis sieben Jahre später. Der volkswirtschaftliche Nutzen, den das Kabel bringen soll, setzt später ein. Ich erinnere daran, dass die **Wirtschaftlichkeitsvorschriften** in § 1 EnWG keineswegs betriebswirtschaftliche Vorteile des E.ON-Konzerns meinen, sondern damit volkswirtschaftliche Vorteile gemeint sind.

Also, ein Erdkabel kommt nach bisheriger Erfahrung in Schleswig-Holstein schneller, weil die Akzeptanz dafür sehr viel höher ist. Ich erinnere in dem Zusammenhang auch daran, dass bei der 380-kV-Leitung von Hamburg/Nord nach Dollern, die jetzt im Planfeststellungsverfahren ist, der Kreistag Pinneberg einstimmig, mit den Stimmen von SPD, FDP - falls ihr da vertreten seid - und CDU zugestimmt hat.

(Christopher Vogt [FDP]: Selbstverständlich!
Hochburg!)

Alle haben zugestimmt, die Planungsbehörde aufzufordern, dass die 380-kV-Leitung als Erdkabel gebaut wird.

Wir haben unseren Leuten auf der kommunalpolitischen Ebene kommuniziert, dass das technisch eine etwas ehrgeizige Übung ist. Ich glaube aber, wenn man die **110-kV-Leitungen** grundsätzlich als **Erdkabel** ausführt, bringt uns das im gesamten Netzausbau auf der Zeitschiene gewaltig nach vorn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen aus der CDU-Fraktion das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, die Diskussion pro oder contra Erdkabel muss ehrlicher geführt werden. Ich glaube, wir haben heute Morgen gemeinsam festgestellt, dass wir, wenn wir die **erneuerbaren Energien** in Schleswig-Holstein konsequenter nutzen wollen, einen **Netzausbau** brauchen. Der Minister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir bei der Frage **Erdkabel** auch die **Kosten** mit im Blick haben müssen, die sich auf die **Strompreise** niederschlagen. Dass diese bei Erdkabeln etwas höher liegen als bei Freileitungen, ist wohl unbestritten.

Wir sollten den Menschen aber auch nicht vorgaukeln, dass mit einem Erdkabel die Probleme deshalb erledigt sind, weil ich die Leitung oder das Kabel nicht sehe.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es hilft hier ein Blick auf die Ergebnisse der Anhörung in Brandenburg, die dort zum Erdkabelgesetz durchgeführt worden ist. Darin gibt es viele interessante Hinweise. Es ist dort zum Beispiel festgehalten, ein Erdkabel liegt zwar in der Erde, braucht aber einen Korridor, der dauerhaft von Bebauung freizuhalten ist, der auch forstwirtschaftlich nicht genutzt werden kann und der landwirtschaftlich nur sehr eingeschränkt genutzt werden kann. Deshalb gelten für Erdkabel andere Entschädigungsregelungen als für Freileitungen, nämlich deutlich höhere, bis zu 100 % des Verkehrswertes.

Ich finde, das gehört zur Ehrlichkeit in dieser Debatte auch mit dazu, dass es nicht damit getan ist, ein Kabel in die Erde zu legen, und dann sehen wir die **Probleme** nicht mehr. Auch darüber müssen wir mit den Menschen sehr ehrlich reden.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Kollegen Olaf Schulze aus der SPD-Fraktion das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil wir beim Thema Ehrlichkeit sind und der Minister davon gesprochen hat, dass das hier protokolliert wird, möchte ich auch noch einmal sagen: Zur Ehrlichkeit gehört, dass auch Freileitungen einen **Korridor** brauchen. Auch in diesem Korridor

(Olaf Schulze)

darf dann nicht gebaut werden. Wenn Herr de Jager sagt, bei einem Erdkabel mit **380 kV** ist der Korridor so breit wie dieses Haus, dann ist die **Breite** bei 380 kV auch bei einer Freileitung nicht geringer als dieses Haus. Wer einmal unter einer 380-kV-Leitung gestanden hat, wird feststellen, dass eine Freileitung ebenfalls so breit ist. Auch darunter darf man nicht bauen. Das muss zur Ehrlichkeit und zum Argument, dass man deshalb Erdkabel nicht verlegen könne, mit dazu gesagt werden.

Ich habe auch gedacht, dass wir in der Diskussion schon sehr viel weiter wären, weil wir uns in der letzten Legislaturperiode alle einig waren - auch mit der CDU und FDP -, dass wir **Erdkabel** favorisieren wollen. Es wundert mich deshalb, dass es immer wieder so viel Widerstand gegen Erdkabel gibt.

(Unruhe)

Wenn wir die volkswirtschaftlichen und auch andere Kosten nehmen, muss ich sagen, Herr de Jager: Sie wollen - das ist auch das, was Sie uns eben erzählt haben - den **Unternehmen**, den Netzbetreibern, Geld zu Verfügung stellen, damit schneller ausgebaut wird. Das ist auch in Ordnung. Aber dann kann man auch sagen, wenn schneller ausgebaut werden soll, dann übernehmen wir Kosten und verlangen - weil wir ja Geld dazugeben -, dass dann auch Erdkabel verlegt werden. Dann kann das auch nicht auf alle umgelegt werden, weil es ja einen **Zuschuss** von Ihrem Haus gibt. Dann müssten also auch die **Mehrkosten** darüber geregelt sein. Vielleicht sollten wir darüber auch noch einmal offen und ehrlich reden, über das, was wir immer fordern. Das sollten wir vielleicht im Ausschuss tun.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1359 dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das damit einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt zwei geschäftsleitende Bemerkungen: Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 17, Statistiken den Ministerien zuzuordnen, ohne Aussprache zu behan-

deln. Gerade haben wir die Information bekommen, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer auch darauf verständigt haben, dass wir jetzt zunächst den Tagesordnungspunkt 9, die Große Anfrage der SPD zum Passivrauchen, aufrufen und danach den Tagesordnungspunkt 18. - Ich werde jetzt so verfahren.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 9 auf:

Erfahrung mit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 17/863

Antwort der Landesregierung
Drucksache 17/1248

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Wir kommen zunächst zur Beantwortung der Großen Anfrage durch die Landesregierung. Ich erteile dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gesundheitsministerium hat die Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zum Nichtraucherschutzgesetz federführend übernommen und dabei Beiträge sämtlicher zuständiger Ressorts und der kommunalen Landesverbände berücksichtigt. Ich darf mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Erstellung der Antworten beteiligt waren, bedanken.

(Vereinzelter Beifall)

Ich glaube, wir brauchen hier in diesem Haus über die allgemeine Akzeptanz der Aussage, dass Rauchen die **Gesundheit** gefährdet, nicht weiter sprechen. Dass das im Übrigen auch für das **Passivrauchen** gilt, ist vielfach wissenschaftlich belegt. Das Postulat eines angemessenen **Schutzes von Nichtrauchern** ist daher dem Grund nach völlig unstrittig.

Nachdem aufgrund der verfassungsrechtlichen **Kompetenzzuordnung** klar war, dass ein **bundes einheitliches Nichtraucherschutzgesetz** sich nicht realisieren lassen würde, hat der Landtag nach Gesetzesvorlage der damaligen Landesregierung das

(Minister Dr. Heiner Garg)

Nichtraucherschutzgesetz beschlossen. Dieses ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

Aus Sicht der Landesregierung sind die zentralen Aussagen der vorliegenden Drucksache wie folgt zusammenzufassen: Mit dem Nichtraucherschutzgesetz wurde für viele **Bereiche des öffentlichen Lebens** - und ich will sagen für viele Bereiche weitgehend unstrittig - ein grundsätzliches Rauchverbot normiert, das nur ausnahmsweise gelockert wird.

Gegenstand von Diskussionen waren - das wissen die Kolleginnen und Kollegen, die hier schon länger mit dabei sind - insbesondere die Rauchverbotregelungen in der **Gastronomie**. Sie wissen, es wurde nicht nur diskutiert, es wurde auch geklagt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 30. Juli 2008 die gesetzlichen Regelungen anderer Bundesländer verworfen. Aus dem Urteilstenor ergab sich, dass damit auch das schleswig-holsteinische Gesetz keinen unveränderten Bestand haben konnte. Nach erneuter Diskussion erfolgte im parlamentarischen Verfahren eine Novellierung des Gesetzes, das schließlich in seiner heutigen Fassung am 29. Mai 2009 in Kraft trat.

Ich glaube, dass wir nach dieser von Bürgerinnen und Bürgern erzwungenen Herstellung von **Rechtssicherheit** durch das Verfassungsgerichtsurteil zu einer wesentlichen Befriedung der Lage gekommen sind, insbesondere hinsichtlich der **Ausnahmemöglichkeit** für **getränkegeprägte Kleingastronomie** kann ein positives Fazit gezogen werden. Nach allem, was wir wissen, trifft das schleswig-holsteinische Gesetz inzwischen auf breite **Akzeptanz** bei großen Teilen der Bevölkerung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch in allen anderen geregelten Bereichen, wie zum Beispiel den Behörden, Krankenhäusern, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Heimen, Sport- und Kultureinrichtungen, sind keine nennenswerten Probleme aufgetreten. Es wird von dort weitgehende Akzeptanz durch Beschäftigte, durch Nutzer und durch Besucher berichtet.

Nachweislich hat das Gesetz zu einem Rückgang der Tabakrauchexposition der Bevölkerung geführt. Es wird daher für die nächsten Jahrzehnte von einer Abnahme passivrauchbedingter Neuerkrankungen ausgegangen, wobei dies - insofern ist die Frage nicht klar zu beantworten - heute selbstverständlich noch nicht feststellbar ist.

Nicht zu bestreiten ist, dass es nach wie vor kritische Stimmen gibt. So wird in der Stellungnahme

zu der Großen Anfrage durch den **DEHOGA** über **Umsatzeinbußen** berichtet. Dabei ist jedoch anzumerken: Es stimmt, dass hierzu keine belastbaren Daten vorliegen. Es liegt aber in der Natur der Sache, dass Firmeninhaber ihre Unternehmensdaten nicht unbedingt veröffentlichen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, Sie haben weiterhin das Wort. Das Klingeln galt der Bitte, ein bisschen mehr Ruhe zu schaffen.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

- Und nicht zu rauchen. Insofern ist das Fehlen von - wenn Sie so wollen - gerichtsfesten Daten kein Beweis für das Gegenteil.

Ein Wort zu der von den Koalitionspartnern vereinbarten **Option** einer **Innovationsklausel**. Sie wurde von der Länderarbeitsgruppe „Umweltbezogener Gesundheitsschutz“, kurz **LAUG**, beauftragt, im letzten Jahr in einem Sachstandsbericht den Stand von Wissenschaft und Technik zum **technischen Nichtraucherschutz** zusammenzufassen. Demnach kann derzeit mit den am Markt verfügbaren technischen Systemen ein Schutz vor dem Passivrauchen wie bei einem vollständigen Rauchverbot nicht gewährleistet werden. Insgesamt stellt sich das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens aus Sicht der Landesregierung per Saldo als gangbarer Weg und als Kompromiss zur Berücksichtigung und Befriedung unterschiedlicher Interessenlagen dar. Ein kurzfristiger gesetzgeberischer Handlungsbedarf wird daher nicht gesehen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache. Ich erlaube mir den Hinweis, dass sich die Fraktionen im Vorweg darauf verständigt hatten, dass alle Fraktionen fünf Minuten Redezeit beanspruchen. Die SPD-Fraktion erhält als antragstellende Fraktion jedoch zehn Minuten Redezeit. Somit erteile ich jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal sage ich von meiner Seite aus herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien, die an der Beantwortung unserer Großen Anfrage zum Nichtraucherschutzgesetz mitgewirkt haben. Die Antwort zeigt: Die Umsetzung des Gesetzes ist in einigen Bereichen nicht vollständig zufriedenstellend. Das liegt an den **Mängeln**, die das **Nichtraucherschutzgesetz** in Schleswig-Holstein neben vielen positiven Aspekten eben immer noch aufweist. Es liegt sicherlich auch daran, dass die Hausspitze, im Besonderen im Sozialministerium, ihre ganz eigene Einstellung zum Nichtraucherschutzgesetz hat. Hierauf komme ich noch zurück.

Als wir vor drei Jahren das Nichtraucherschutzgesetz verabschiedeten, war das ein schwieriger **Kompromiss** zwischen CDU und SPD. Was aber in den letzten drei Jahren erreicht wurde, war wirklich ein Paradigmenwechsel beim Nichtraucherschutz. Wie die Antworten aus der Großen Anfrage zeigen, galt dies erfreulicherweise auch und insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Trotzdem zeigt der **Bericht** auch **Defizite** auf. Am Anfang des Berichts steht die Feststellung der Regierung, dass es leider für eine umfassende Beantwortung unserer Fragen keine vorbereiteten **Datengrundlagen** gibt, denn aus den Ausführungen geht hervor, dass in unserem Gesetz keine Berichtspflicht und keine Haushaltsmittel verankert wurden. Ich finde das befremdlich. Nun kann man das so zur Kenntnis nehmen. Man kann sich allerdings auch fragen, ob ein Gesundheitsminister bei diesem in alle Bevölkerungsgruppen hineinreichenden Gesetz nicht von sich aus Datengrundlagen hätte schaffen und für entsprechende Haushaltsmittel hätte sorgen können.

Konzentrieren wir uns aber auf die Informationen, die dem Bericht trotz dieser für einen Gesundheitsminister erstaunlichen Grundhaltung gegenüber dem Nichtraucherschutz zu entnehmen sind! Der Bericht bestätigt, dass durch die **Rauchverbote** ein Paradigmenwechsel erfolgt ist. Weiter wird festgestellt, dass es nicht zu dem anfänglich prognostizierten und vor allen Dingen von der FDP an die Wand gemalten **Kneipensterben** gekommen ist. Vielmehr wird festgestellt, dass auch in der Gastronomie die Umsetzung des Gesetzes weitestgehend geräuschlos vonstatten gegangen ist.

Insgesamt wird ein eindeutig positives **Fazit** gezogen: Breite Akzeptanz in der Bevölkerung, der beabsichtigte Paradigmenwechsel ist in friedlicher

Koexistenz zwischen Rauchern und Nichtrauchern bereits weit fortgeschritten, so heißt es dort.

Einige **statistische Daten** können belegen, was sich in der Zwischenzeit getan hat. Deutschlandweit haben wir noch circa 30 % Raucher. Von den Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren rauchen 15,4 %. Die Raucherquote bei der Jugend hat damit im Jahr 2008 einen historischen Tiefstand erreicht. Die Akzeptanz des Nichtraucherschutzes ist erstaunlicherweise auch bei den Rauchern selbst grundsätzlich positiv: 2007 gab es noch 53 % Zustimmung bei den Gelegenheitsrauchern, 2010 waren es schon 69 %.

Die Krankenkassen und die Ärzteschaft haben eine grundsätzlich positive Haltung zum Gesetz, bewerten die **Ausnahmeregelungen**, die wir dort haben, jedoch kritisch. Diese Gruppen votieren für weitreichende Regelungen ohne Ausnahmen. Die Ärztekammer Schleswig-Holstein fordert eine Nachbesserung des Gesetzes und spricht sich gegen alle Ausnahmeregelungen aus.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese betreffen vor allen die **Gaststätten**. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln Raucherräume niemals hermetisch gegenüber den umliegenden Räumen abgeschlossen werden können. Daher sind Raucherräume nicht mit dem umfassenden Schutz von Nichtrauchern vor dem Passivrauchen vereinbar.

Einen besonderen Aspekt stellen die **Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** in der Gastronomie dar. Hier stellt der Bericht fest, dass die Schadstoffbelastung deutlich zurückgegangen ist. Es ist aber immer noch davon auszugehen, dass die **Partikelkonzentration** im rauchfreien Hauptraum einer Gaststätte mit abgetrenntem Raucherbereichen im Mittel um circa das Vierfache höher liegt als in einer komplett rauchfreien Gaststätte. Aus der Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist diese Regelung also nach wie vor nicht befriedigend.

Bemerkenswert ist besonders aus der Feder eines Gesundheitsministers die Auffassung, dass das Gesetz als ein ausgewogener pragmatischer Kompromiss verstanden werden kann, der in der Bevölkerung auch zu einem Interessenausgleich und zu einer Befriedung unterschiedlicher grundsätzlicher Positionen geführt hat.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold zu?

Peter Eichstädt [SPD]:

Sehr gern.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoffentlich freuen Sie sich nicht zu früh. Herr Eichstädt, meine Frage ist, wie es die SPD-Fraktion in Ihren Fraktions- und Mitarbeiterbüros handhabt. Wird bei der SPD geraucht oder nicht?

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Vielen Dank für die Frage, liebe Kollegin. Ich fahre in meinem Vortrag fort.

(Lachen - Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal daran erinnern: Das Nichtraucherschutzgesetz ist kein Raucherschutzgesetz und kein Gaststättensicherungsgesetz. Es ist auch kein Büroreinigungsgesetz und kein Industrieförderungsgesetz, sondern eben nichts anderes als ein Nichtraucherschutzgesetz.

(Zurufe)

- So einfach machen wir es Ihnen nicht, dass Sie uns mit ein paar Zigarettenwolken hier in Verlegenheit bringen können, Herr Kollege. So einfach ist das nicht, das werden Sie noch merken. Es geht um den **Schutz der Gesundheit** der Menschen, die nicht rauchen wollen, über das **Passivrauchen** aber gezwungen werden, es zu tun. Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass es in diesem Fall keine Frage des Interessenausgleichs sein darf, sondern dass es einfach eine Frage des Schutzes ist, der die Nichtraucher, aber auch Kinder und Jugendliche zum Schutzziel hat. Bevor die Begeisterung hier zu hohe Wogen schlägt oder zu wolkig wird, will ich Ihnen sagen, dass genau dieser Punkt in der **SPD-Fraktion** natürlich bei den dort bestehenden Regelungen berücksichtigt ist. Die Formulierung vom fairen **Interessenausgleich** muss man sich wirklich auf der Zunge oder besser in der Lunge zergehen lassen. Ich glaube, kein Gesundheitsminister eines Landes wird eine solche Positionierung vornehmen, es sei denn, er kommt aus Schleswig-Holstein und von der FDP.

(Zurufe)

- Das hat gegessen, nicht?

Was gibt es zu tun? - Das Gesetz hat Positives in Gang gebracht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich freue mich, wenn Sie ein Zeichen geben, dass Sie noch zuhören und noch wach sind, Herr Kubicki. Von daher ist das zumindest in diesem Sinne ein gutes Zeichen. Die **gesetzlichen Regelungen** müssen allerdings nach unserer Auffassung nachtriiert werden. Ich gebe der Kollegin Bohn recht, die mit ihrer Fraktion schon vor einiger Zeit einen solchen Antrag gestellt hat. Am konsequentesten wäre es, wenn der Nichtraucherschutz nicht mehr von den Ländern, sondern einheitlich über die Bundesgesetzgebung im Rahmen des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz geregelt würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dies würde auch dem **Grundsatz des Europäischen Rats zur Rauchfreiheit** aller Arbeitsplätze gerecht werden. Damit wären alle Ausnahmeregelungen, die jetzt zum Beispiel in Gaststätten bestehen, hinfällig, sobald dort Menschen berufstätig sind. Das wäre eine klare, konsequente Regelung. Allerdings sehe ich wenig Bereitschaft auf **Bundesebene**, trotz der Bemühungen einer fraktionsübergreifenden Gruppe, dieses Thema anzupacken. Deshalb bleibt die Notwendigkeit, das bestehende Gesetz in Schleswig-Holstein nachzubessern. Das bedeutet, dass wir die problematischen **Ausnahmestände** überdenken, und das betrifft auch die **abgetrennten Nebenräume in Gaststätten**.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Natürlich sind abgeschlossene Nebenräume nicht der beste Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens. Der beste Schutz vor diesen Gefahren ist und bleibt das grundsätzliche Verbot des Rauchens in Gaststätten. Das gilt auch für die Situation in Diskotheken, in denen, wie der Bericht bestätigt, auch auf Tanzflächen geraucht werden darf. Das haben wir immer kritisiert.

(Heiterkeit)

- Löst jetzt die Situation in Diskotheken diese Heiterkeit bei Ihnen aus? Oder wo waren Sie gestern Abend? Ich habe das vielleicht nicht ganz mitbekommen.

Ein weiterer Punkt ist die von uns schon oft beklagte Tatsache, dass auf **Kinderspielplätzen** kein klares Rauchverbot durchgesetzt werden kann. Ein weiteres Ärgernis - das ist allerdings nur auf Bun-

(Peter Eichstädt)

desebene zu regeln - sind die Erwachsenen, die am Steuer ihres Autos sitzend die Fahrerkabine voll rauchen, während die kleinen Kinder auf dem Rücksitz spielen.

Ebenso unbefriedigend ist die Lage in **Einkaufszentren**, in denen der Nichtraucherschutz außerhalb der Gaststätten im überdachten Bereich nur mit der Einsicht der Eigentümer und mit Initiative der Eigentümer umgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, die Berichte über die Erfahrungen der Ordnungsbehörden mit der **Kontrolle** des Nichtraucherschutzgesetzes klingen gut. Trotzdem stehen vielfältige gegenläufige Erfahrungen dagegen: Kneipen, in denen sich niemand darum schert, ob das Gesetz eingehalten wird, Gaststätten, in denen es zwar abgetrennte Nebenräume gibt, zu denen jedoch Kleinkinder Zugang haben oder zu denen die Türen offenstehen, oder Gaststätten, in denen zum Beispiel ab 22 Uhr die Aschenbecher auf dem Tisch stehen. All dies zeigt noch einmal, dass eine klare, umfassende Regelung am besten zu erreichen ist, wenn im Rahmen des **Arbeitnehmerschutzes** das Rauchen überall dort verboten wird, wo gearbeitet wird. Damit wären wir in der Tat einen großen Schritt weiter.

Ich will die Erfolge des Nichtraucherschutzes nicht kleinreden. Aber die Beantwortung der Großen Anfrage macht bei genauerem Lesen deutlich, wo es noch Mängel gibt. Der Grundsatz kann nicht lauten, dass ein Interessenausgleich zwischen Rauchern und Nichtrauchern, zwischen Nichtrauchern und Gastronomie, zwischen Nichtrauchern und Tabakindustrie gesucht wird. Der Leitgedanke kann nur der sein, dass Raucher nur überall dort rauchen dürfen, wo Nichtraucher nicht beeinträchtigt werden.

Vielleicht haben wir ja bald wieder einen Gesundheitsminister, meine Damen und Herren - damit komme ich gezwungenermaßen auch zum Schluss -

(Zuruf von der CDU: Uwe Döring!)

- das wäre zum Beispiel eine wesentlich bessere Alternative als die, die wir jetzt haben -,

(Beifall bei der SPD)

der von sich aus aktiv sein wird und nicht erst Erkenntnisse sammelt, wenn er vom Parlament einen ausdrücklichen Auftrag hierzu erhält.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Zuruf von der FDP: Peinlich!)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte begrüßen Sie zunächst gemeinsam mit mir auf der Tribüne Neumitglieder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Seien Sie im Schleswig-Holsteinischen Landtag herzlich willkommen!

(Beifall - Unruhe)

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Mark-Oliver Potzahr das Wort. - Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

Mark-Oliver Potzahr [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Eichstädt, ich glaube, wir haben eine voneinander abweichende Fassung der Beantwortung der Anfrage gelesen und zwei unterschiedliche Reden des Ministers dazu gehört. Ich glaube, der Gesundheitsminister hat hier eindeutig klargestellt, dass er für einen konsequenten Nichtraucherschutz ist, dass er auch vor den Gefahren des Passivrauchens schützen will, und dass er das Gesetz, das Sie mit beschlossen haben, vollumfänglich unterstützt. Das wird in der Antwort auf die Anfrage ebenfalls deutlich. Daher kann ich die Kritik, die Sie an der Einstellung des Ministers haben, überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wie Sie bereits erwähnt haben, haben wir bereits im September 2010 eine Debatte über mögliche **gesetzliche Änderungen** geführt. Dabei wurde deutlich - das stellt man fest, wenn man Ihren damaligen Redebeitrag noch einmal liest -, dass Sie die Große Anfrage gar nicht gebraucht hätten, um das, was Sie heute gefordert haben, zu entwickeln. Ich stelle also fest: Am Ende haben wir wenig Neues erfahren; wir haben wenig erfahren, was wir nicht zuvor bereits analysiert, geahnt oder erlebt hätten. Wir leben in diesem Land mit dem **Nichtraucherschutzgesetz**. Sie haben recht: Es sind einige Fragen offengeblieben. Aber ich glaube bislang nicht - das stelle ich zumindest für die CDU-Fraktion fest -, dass wir einen Bedarf sehen, dies bereits jetzt so weit zu eruieren, dass wir mit Erkenntnissen rechnen können, die unsere Haltung ändern.

Das Gesetz ist in der Zeit der Großen Koalition beschlossen worden. Herr Eichstädt hat das im September als „Steinzeit“-Position gebrandmarkt. Aber das Gesetz läuft weitgehend reibungslos.

(Peter Eichstädt [SPD]: Das war Ihre Position, nicht die des Gesetzes!)

(Mark-Oliver Potzahr)

Es ist erfolgreich, sowohl in der Zielerreichung als auch hinsichtlich dessen, dass einige Befürchtungen, die im Zuge der damaligen Gesetzesdiskussion laut wurden, nicht eingetreten sind.

Deswegen stellen wir heute fest: Wir haben eine hohe **Akzeptanz**, nicht nur bei Nichtrauchern, sondern auch bei Rauchern. Dies zeigt sich nicht nur in der Statistik, sondern dies erleben wir täglich selbst.

Die **Umsetzung** in der Verwaltung, in den Ministerien, in den öffentlichen Einrichtungen verlief weitgehend reibungslos. Natürlich kann man nicht von dem Punkt an, an dem ein Gesetz gültig ist, erwarten, dass sofort alles ohne weitere Diskussion abgeht. Aber heute stellen wir fest: Für uns ist das Ergebnis zufriedenstellend.

Zu der häufig wiederkehrenden und auch in der Großen Anfrage thematisierten Diskussion über das „Ausstempeln“ bei Raucherpausen sage ich Ihnen als Nichtraucher: Ich habe die Situation auch in der freien Wirtschaft erlebt. Ich sehe überhaupt nicht ein, wieso Mitarbeiter, die nicht rauchen, mit ihrer Arbeitszeit sozusagen die Pausen von Rauchern finanzieren sollen. Daher halte ich eine entsprechende Regelung nur für konsequent.

Auch bei den **Gaststätten** gibt die Beantwortung der Großen Anfrage, meine ich, Anlass zu sagen: Die Befürchtungen bezüglich Umsatzeinbrüchen und erhöhte Insolvenzraten haben sich nicht bestätigt; zumindest sind solche Entwicklungen nicht auf das Nichtraucherschutzgesetz zurückzuführen. Ich glaube, dass ein fairer Ausgleich ein Wert an sich ist, und diesen Ausgleich wollen wir beibehalten.

Das Problem, das Sie im Hinblick auf die **Diskotheken** nannten, haben Sie bereits früher schon einmal im Zusammenhang mit dem Jugendschutz angesprochen. Da muss ich einfach sagen: Ich erwarte schlicht und ergreifend, dass - ob in Diskotheken oder in Gaststätten - der **Jugendschutz** konsequent eingehalten wird. Dann haben wir auch nicht das Problem, dass in als Tanzflächen ausgelegten Raucherräumen Jugendliche tanzen dürfen. Diese dürfen dann dort gar nicht hinein.

(Sandra Redmann [SPD]: Zum Tanzen dürfen sie auch nicht rein?)

- Sie dürfen dort gar nicht hinein.

Positiv ist auch: Es wird weniger geraucht. Die Zahlen sinken kontinuierlich.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Jugendliche dürfen doch ab 16 Jahren in Diskotheken gehen!)

- Aber sie dürfen nicht in den Raucherraum, Herr Kollege Baasch. Sie dürfen den Raucherraum nicht betreten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Sie dürfen auch nicht in den Raucherraum, wenn dieser zur Tanzfläche umfunktioniert worden ist. Ich habe nichts Falsches gesagt, Herr Kollege Baasch.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist positiv, dass weniger Leute rauchen, dass diejenigen, die rauchen, weniger rauchen, und besonders positiv ist, dass weniger Jugendliche rauchen. Aber das ist natürlich nicht genug; da gebe ich Ihnen absolut recht. Wir brauchen eine konsequente Umsetzung des Jugendschutzgesetzes, und zwar nicht nur bezüglich Alkohol, sondern auch bezüglich des **Tabakkonsums**. Wir brauchen zudem natürlich auch das Vorbild in der Familie. Ich kann nur an alle Eltern appellieren, auch in ihren privaten Räumen ihre Kinder nicht den Gefahren des Passivrauchens auszusetzen. So etwas können wir nicht gesetzlich regeln, aber wir können dringend appellieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Fazit: Wir haben ein gutes Gesetz. Dieses Gesetz ist einzuhalten, und es wird eingehalten.

(Glocke der Präsidentin)

Weitergehenden Schutz können wir alle im täglichen Miteinander gestalten, denn ein Gesetz ersetzt nicht Rücksicht und Vernunft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst danke ich dem Ministerium für die Beantwortung der Großen Anfrage. Dabei muss ich für mich feststellen, dass darin vieles steht, was wir schon vorher wussten. Dies ist nun schriftlich fixiert, und in der Beantwortung ist sicherlich auch noch der eine oder andere zusätzliche Hinweis enthalten.

Mein Vorredner zog folgendes Fazit: Das schleswig-holsteinische Gesetz zum Schutz vor den Ge-

(Anita Klahn)

fahren des Passivrauchens ist ausgewogen und wird als pragmatischer Kompromiss bewertet. Generell ist positiv festzustellen, dass es in der Bevölkerung eine steigende Akzeptanz für die in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens gibt.

In der Gesellschaft sagt man immer häufiger - das, denke ich, ist der größte Wert -: Raucher sollten vielleicht nach draußen gehen. Das ist heute nichts Dramatisches mehr. Der ganz positive Nebeneffekt ist: Es wird weniger geraucht. In Behörden, öffentlichen Einrichtungen, Schulen, Gesundheits-, Sport- und Kultureinrichtungen sowie in Speiselokalen besteht ein generelles Rauchverbot.

(Christopher Vogt [FDP]: In der Fraktion auch?)

Anfängliche **Polarisierungen** zwischen Anhängern einer noch restriktiveren Regelung ohne jedwede Ausnahme und den Verfechtern von weiteren Ausnahmeöffnungen haben sich gelegt. Auch die Anzahl der gemeldeten **Verstöße** hält sich nach meinem Dafürhalten in Grenzen. Zumindest finden sie nicht in der Zahl statt, dass man von diesen auf Akzeptanzprobleme schließen könnte - vielleicht mit Ausnahme von Wyk auf Föhr, wo offensichtlich gesonderte Probleme bestehen, obwohl ich sagen muss: Dort hat mich seinerzeit begeistert, dass es bereits rauchfreie Strandabschnitte gibt.

Dem vorliegenden Bericht zufolge haben **gastronomische Betriebe** Umsatzeinbußen durch das Schutzgesetz erfahren, aber die Umsätze haben sich inzwischen wieder stabilisiert. Die Anzahl von Insolvenzen in den letzten fünf Jahren soll gleich gewesen sein. Damit ist positiv festzustellen, dass nach wissenschaftlichen Studien es zu keinen nachhaltigen Umsatzeinbrüchen in der Gastronomie als Folge des Rauchverbots gekommen ist und dass hier die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bestimmend war.

Ich bin der Meinung, Lokale, in denen nicht geraucht werden darf, müssen nicht unattraktiv sein, auch wenn sich die Gastronomen wünschen - das kann ich als Liberale nur unterstützen -, dass sie selber entscheiden, ob ihre Lokale rauchfrei sind oder ob sie das Rauchen erlauben wollen. Der Mensch kann und soll für sich individuell entscheiden, welche Veranstaltung, welches Restaurant er besuchen möchte. Er muss nur sicher sein, dass er vorher erkennen kann, ob dort geraucht wird oder nicht, sodass er dann seine Entscheidung treffen kann.

Die gegenwärtige Interessenlage, die letztlich in der Interessenabwägung dem besonderen **Schutz des Menschen** Rechnung trägt, ist weithin akzeptiert. Der Bericht belegt dies nachdrücklich. Im Bericht wird häufig ausgeführt, dass keine Klagen bekannt seien und die **Akzeptanz** hoch sei. Das entspricht auch meiner persönlichen Erfahrung. Das Gesetz erfüllt seinen Zweck, und es erfüllt ihn gut. Weitere Verschärfungen in diesem Bereich lösen keine Probleme. Wir sollten unser Hauptaugenmerk weiterhin auf die Frage der Prävention richten und dabei in erster Linie auf Kinder und Jugendliche.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass schleswig-holsteinische **Kinder und Jugendliche** in allen Altersgruppen weniger rauchen als ihre Altersgenossen in den anderen Bundesländern. Ich bin der Meinung, dazu tragen auch die verschiedenen Projekte auf Landesebene bei, die hier gezielt präventiv ansetzen.

Generell befindet sich die **Raucherquote** auf einem historischen Tiefstand. Die Tendenz ist also gut, aber kein Grund, hier Bemühungen einzustellen. Ich möchte darauf hinweisen - das wurde hier natürlich nicht abgefragt beziehungsweise dargestellt -: Es gibt eine Verlagerung vom Rauchen hin zum Alkoholkonsum bei Jugendlichen, den ich für ein ganz großes Problem halte. Deutlich wird auch: Es ist schon wichtig, welchen sozialen Status die Familien haben, wenn die Kinder verstärkt zur Zigarette greifen. Hier betone ich nochmals: Die Vorbildfunktion der Eltern ist hier nicht ganz unwesentlich. Ich denke, da muss weiter aufgeklärt werden. Es muss einfach für jeden selbstverständlich sein, dass dann, wenn man ein Kleinkind, einen Säugling in seiner Umgebung hat, die Zigarette dort nichts zu suchen hat.

(Beifall bei der FDP und einzelner Beifall bei der CDU)

Studien belegen ebenfalls, dass im **privaten Umfeld** eine größere Belastung durch passives Rauchen gegeben ist als im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz. Da erinnere ich noch einmal an die Eigenverantwortung der Menschen. Aber ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Der Staat hat nicht das Recht, den Menschen in privaten Bereichen zu bevormunden. Daher sehe ich es als eine unserer Schwerpunktaufgaben an, effektive Projekte fortzuführen, Eltern über die Folgen ihres eigenen Rauchverhaltens aufzuklären und somit vorrangig die Kinder vor den Folgen des passiven Rauchens zu schützen.

(Anita Klahn)

Ich halte abschließend fest: Aus unserer Sicht besteht nach dem vorliegenden Bericht kein weiterer Handlungsbedarf, gesetzgeberisch tätig zu werden. Wir haben ein gutes Nichtraucherschutzgesetz, und wir unterstützen die Einschätzung der Landesregierung.

Die Verwirklichung des Vorrangs von Nichtrauchern gegenüber dem Rauchen ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der nur durch Bewusstseinsbildung und nicht durch Repression erreicht werden kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute blicken wir zurück auf drei Jahre Nichtraucherschutzgesetz in Schleswig-Holstein. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der SPD für die Große Anfrage und bei der Landesregierung für den vorliegenden Bericht.

Die gute Nachricht: Die Akzeptanz des Gesetzes ist gut. Ein Großteil der Bevölkerung begrüßt rauchfreie Gaststätten. Das ist sehr erfreulich. Die befürchteten negativen Auswirkungen auf das **Hotel- und Gaststättengewerbe** sind ausgeblieben. Drastische Umsatzeinbußen und massive Arbeitsplatzverluste blieben aus. Auch das ist sehr erfreulich.

Der ehemalige Oppositionspolitiker Garg sprach in seinen Reden zum Nichtraucherschutz in der letzten Legislatur viel von der Tabaksteuer und unterstützte das Nichtraucherschutzgesetz nicht. Der Gesundheitsminister Garg von heute begrüßt die Auswirkungen genau dieses Gesetzes. Das ist ein bemerkenswerter politischer Erkenntnisgewinn.

(Zuruf von der CDU: Der Mensch wächst mit seinen Aufgaben!)

Trotzdem bleibt die Landesregierung auf halber Strecke stehen. Das ist bedauerlich. Ein umfassender und konsequenter Gesundheitsschutz sieht anders aus.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, natürlich!)

Das sehen auch die gesetzlichen **Krankenkassen** so. Sie sprechen sich im vorliegenden Bericht für weitergehende Regelungen ohne Ausnahmen aus.

(Christopher Vogt [FDP]: Wenn Sie das sagen!)

Das gilt auch für die **Ärztammer Schleswig-Holstein**. Sie kritisiert die Ausnahmeregelung für abgeschlossene Nebenräume. Auch sie fordert weitergehende Regelungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Deutsche Krebsforschungszentrum** ist ebenfalls gegen die jetzt noch bestehenden Ausnahmeregelungen.

Das alles kann die Landesregierung nicht beeindrucken. Sie steckt den Kopf in den Sand und meint, sie habe jetzt genug getan. Das Gegenteil ist der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein bisschen schwanger gibt es nicht, und ein bisschen Gesundheitsschutz reicht eben nicht aus. Im Juli letzten Jahres haben CDU und FDP unseren Antrag auf einen einheitlichen **bundesweiten Nichtraucherschutz** abgelehnt. Ich halte das aus gesundheitspolitischer Sicht für einen großen Fehler.

Für meine Fraktion steht fest: Wir Grünen erwarten von einem Gesundheitsminister hundertprozentigen Einsatz bei der **Prävention** von Erkrankungen. Wer hier magere 50 % liefert, kann von uns keinen Beifall erwarten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir brauchen mehr Prävention, mehr Nichtraucherschutz und weniger Zigarettenqualm. Nur so wird es gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur damit das klar ist: Jeder Mensch kann so viel rauchen, wie er möchte, aber nicht da, wo andere arbeiten, und nicht da, wo er die Gesundheit anderer gefährdet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Die **Gesundheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen** im Hotel- und Gaststättengewerbe ist nach wie vor besonders gefährdet. Die im Bericht angeführten Feinstaubmessungen sprechen hier eine deutliche Sprache. Das kann so nicht bleiben.

Ich zitiere den Vorsitzenden des Deutschen Krebsforschungszentrums: „Nur eine vollständig rauchfreie Gastronomie schützt Mitarbeiter und Gäste

(Dr. Marret Bohn)

wirkungsvoll vor den Gesundheitsgefahren des Passivrauchens.“

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht alles Gold, was glänzt. Das vorliegende Nichtraucherchutzgesetz in Schleswig-Holstein verdient die gesundheitspolitische Silbermedaille, mehr nicht. Wir Grüne fordern weiterhin eine bundesweit einheitliche Regelung beim Arbeitsschutz und bei der Arbeitsstättenverordnung. Das ist konsequenter und umfassender Nichtraucherchutz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jedes Jahr sterben in Schleswig-Holstein etwa 115 Menschen an den Folgen des Passivrauchens. Viele von ihnen könnten noch leben und gesund sein. Das ist ein klarer Handlungsauftrag für uns in der Politik. Wir Grüne nehmen diesen Auftrag an und werden uns auch weiterhin für einen konsequenten Nichtraucherchutz einsetzen - gern mit Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und des SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wir begrüßen, dass die SPD diese Große Anfrage gestellt hat. Sie macht noch einmal klar, dass nicht nur für die Raucher das Rauchen schädlich ist, sondern auch für die **Passivraucher**. Vielleicht sollte ich hier noch einmal klar darstellen: Wenn eine Raucherin oder ein Raucher an einer Zigarette zieht, dann entsteht der sogenannte Hauptstromrauch. Dabei bilden sich bei Temperaturen um 950 °C mehr als 4.000 Substanzen, von denen viele als krebserregend eingestuft werden.

Noch giftiger als die Verbrennungsprodukte im Hauptstromrauch sind die Produkte im Nebenstromrauch. Diese entstehen, wenn eine Zigarette abbrennt, ohne dass an ihr gezogen wird. Das liegt an den niedrigen Verbrennungstemperaturen aufgrund geringerer Sauerstoffzufuhr. Der **Anteil an Substanzen** wie Formaldehyd, Blausäure oder Benzol - um nur ein paar zu nennen - sind wesentlich höher. Gerade diese, in Folge niedriger Tempe-

raturen entstehenden, besonders schädlichen Verbrennungsprodukte des Nebenstromrauchs aber sind es, denen Raucher wie Nichtraucher gleichermaßen ausgesetzt sind. Passivrauchen ist also nicht Rauchen zweiter Klasse oder gar halb so schlimm. Leider bietet das schleswig-holsteinische Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens nur einen sehr lückenhaften Schutz vor diesen **Giftstoffen**. Das liegt an den zahlreichen Ausnahmen und Sonderregelungen.

Die Inhaber kleiner Kneipen - das macht auch die Antwort auf die Große Anfrage klar - haben zwar theoretisch die Wahl, ob sie Nichtraucherchutz wie vom Gesetz vorgesehen umsetzen, oder ob sie sich zur Raucherneipe erklären. Praktisch besteht diese Wahl aber oft gar nicht, wenn sie - ob nun zu Recht oder zu Unrecht - davon ausgehen, dass ihre Gäste in großer Zahl in nahe gelegene Raucherneipen, also zur Konkurrenz, abwandern und sie dann damit ihre Existenz aufs Spiel setzen.

Kurz gesagt haben Sie die Wahl zwischen Vergiftung oder Verarmung. Beides wirkt - wie wir wissen - lebensverkürzend. Die gesetzlichen Regelungen in Schleswig-Holstein führen also faktisch dazu, dass **Betreiber kleiner Kneipen** in gewisser Weise genötigt werden, Gesundheitsschäden in Kauf zu nehmen.

In besonderer Weise ist das **Personal** in Gaststätten - das hat meine Vorrednerin auch angesprochen - von den Ausnahmeregelungen besonders betroffen, und das nicht nur, wenn sie die Raucherbereiche betreten, die in einer Reihe von Gaststätten geschaffen wurden. **Feinstaubmessungen** haben ergeben - das sagt uns der Bericht -, dass in den Nichtraucherbereichen von Kneipen mit Raucherraum zwar vier- bis fünfmal geringere Feinstaubkonzentrationen vorgefunden wurden als in den Raucherbereichen, trotzdem waren diese Konzentrationen in den Nichtraucherbereichen aber immer vier- bis fünfmal höher als in reinen Nichtraucherrestaurants.

Die Maßnahmen zur **Abtrennung** der Raucherbereiche zeigen nur eine eingeschränkte Wirkung. Das bedeutet aber nicht nur für die Angestellten einen halbherzigen Gesundheitsschutz. In den Nichtraucherbereichen von Restaurants mit Raucherräumen ist man einer zwar deutlich reduzierten, aber gegenüber reinen Nichtraucherergonomiebetrieben immer noch deutlich erhöhten Feinstaubkonzentration ausgesetzt.

Nur in reinen Nichtraucherrestaurants hat man wirklich einen umfassenden Schutz vor den Gefah-

(Antje Jansen)

ren des Passivrauchens. Das stellt auch der Bericht noch einmal klar.

Weiterhin geht aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage hervor, dass das Gesetz auch für die Kommune nicht immer einfach umzusetzen ist. So sind die Ordnungsbehörden beim **Vollzug** auf eine Reihe von Problemen und ungeklärten Detailfragen gestoßen. Die sind im Wesentlichen auf die zahlreichen Ausnahme- und Sonderregelungen zurückzuführen. Die werden auch von den gesetzlichen Krankenkassen, der Ärztekammer, dem deutschen Krebsforschungszentrum, der Weltgesundheitsorganisation - um hier nur einige zu nennen - bemängelt und zu Recht bemängelt. Sie fordern einen größeren Schutz.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil gerade durch das Passivrauchen Menschen gefährlichen Giftstoffen ausgesetzt sind, weil bauliche Maßnahmen zur Abtrennung von Raucherbereichen keinen ausreichenden Schutz bieten, weil immer noch zu viele Inhaber, Angestellte und Gäste gegen ihren Willen hohen Feinstaubbelastungen ausgesetzt sind, weil die zahlreichen **Ausnahmeregelungen** die Umsetzung unnötig erschweren und nicht zuletzt, weil alle maßgeblichen Vertreter aus dem Gesundheitswesen dazu raten, treten wir für ein vollständiges Rauchverbot in allen öffentlichen Räumen ein.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Verschiedene Staaten in unserer Nachbarschaft haben längst schon gezeigt, dass es möglich ist - übrigens ohne Einbußen für die Gastronomie. Bisher ist das Gesetz vor allem ein Interessenausgleich. Es ist an der Zeit, dass es endlich zu dem wird, was es seinem Namen nach sein soll: ein Gesetz zu dem Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwischendurch die Information: Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass der Tagesordnungspunkt 18 - Rücknahmequote für gebrauchte Energiesparlampen erhöhen - heute nicht mehr aufgerufen wird,

sondern am Freitagvormittag nach Tagesordnungspunkt 48.

Jetzt erteile ich für die Fraktion des SSW Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Anders als in anderen Bundesländern sieht das **Nichtraucherschutzgesetz** hier in Schleswig-Holstein keine Berichtspflicht der Landesregierung vor. Aus diesem Grund hält es auch der SSW für dringend erforderlich, die **Erfahrungen mit der Umsetzung** auf diesem Weg zu evaluieren. Deshalb möchte ich mich bei der SPD für die Große Anfrage und bei dem Ministerium für die Beantwortung bedanken.

Aussagekräftige Erfahrungen liegen mittlerweile vor, denn seit dem Inkrafttreten sind nun fast drei Jahre vergangen. Wir haben jedenfalls die Erwartung, dass die Landesregierung - nicht nur heute, sondern auch in Zukunft - eine Bewertung der Erfahrungen mit diesem Gesetz vornimmt. Dies muss bei einem so wichtigen Thema allein schon deshalb von Interesse sein, weil eventuelle Fehlentwicklungen erkannt und abgestellt werden müssen. Auch die Tatsache, dass keine zusätzlichen Haushaltsmittel für eine Evaluation dieses Gesetzes eingestellt wurden, ändert daran aus unserer Sicht wenig.

Aus der vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage der SPD geht hervor, dass die Erfahrungen mit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens überwiegend positiv sind.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die **Belastung der Nichtraucher** durch Passivrauch hat nachweislich abgenommen. Diese Entwicklung hält selbstverständlich auch der SSW für sehr erfreulich. Die erstmalige gesetzliche Regelung zum Schutz der nichtrauchenden Bevölkerung ist ohne Zweifel ein spürbarer gesundheitspolitischer Fortschritt. Dies erkennen wir auch vor dem Hintergrund an, dass das Gesetz durchaus Ausnahmen vorsieht und damit den Gesundheitsschutz der Bevölkerung nicht mit der größtmöglichen Konsequenz verfolgt.

Gerade weil mit der Änderung des Gesetzes Mitte 2009 der Weg für eine Reihe von Ausnahmen bereitet wurde, muss die Einhaltung des Nichtraucherschutzes auch zukünftig effektiv überwacht werden. Denn wir alle wissen, dass zum Beispiel einige

(Flemming Meyer)

Gastwirte, die aufgrund einer geringen **Kontroll-dichte** keine Angst davor haben, zur Rechenschaft gezogen zu werden, weitermachen wie vor der Einführung des Gesetzes.

Wir haben jedenfalls schon früh darauf hingewiesen, dass allein der Verweis auf die gesellschaftliche **Akzeptanz** des Rauchverbotes und die freiwillige Selbstkontrolle nicht ausreichen. Wir halten Kontrollen in diesem Bereich auch weiterhin für absolut notwendig. Dies gilt trotz der Tatsache, dass diese aufgrund der Ausnahmeregelungen aufwendig sind und insbesondere der Schutz von Unter-18-jährigen bisher nicht immer konsequent umgesetzt werden konnte.

Die Landesregierung betont in ihrer Antwort, dass das geltende Nichtraucherschutzgesetz nur wenige Ausnahmen zulässt und in „Übereinstimmung mit entsprechenden Gesetzen in nahezu allen anderen Bundesländern“ steht. Dementsprechend sind auch keine Änderungen geplant. Doch trotz der positiven Erfahrungen muss uns allen klar sein, dass ein wirklich konsequenter Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern bundesweit einheitlich geregelt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur auf diesem Weg wäre für Nichtraucher und Raucher endlich eindeutig klar, woran sie wirklich sind und wie sie sich zu verhalten haben. So könnten zum Beispiel auch über **arbeitsrechtliche Änderungen** Fortschritte für die nichtrauchenden **Beschäftigten im Gaststättengewerbe** erreicht werden.

Eins bleibt dabei natürlich völlig unbestritten: Ein so umfassender Schritt kann nicht von heute auf morgen durchgesetzt werden. Er muss sorgfältig erarbeitet werden, und hierbei sollten entsprechende Übergangsfristen gelten. Wichtig ist nur, dass wir uns nicht einfach mit dem jetzigen Stand zufriedengeben und die Hände in den Schoß legen. Auch wenn wir dem Ziel eines umfassenden Schutzes vor den Gefahren des Passivrauchens ein gutes Stück näher gekommen sind, bleibt beispielweise im Präventionsbereich noch sehr viel zu tun.

Nun gilt dieses Gesetz gerade dem Schutz von Passivrauchern, aber wir haben auch einen positiven Nebeneffekt: Wir haben gerade in Dänemark, wo man sehr strikte Regelungen hat, gemerkt, dass die Zahl der Raucher und die Zahl der Neueinsteiger bei Jugendlichen ganz markant zurückgegangen sind. Allein dieser Effekt ist sehr wertvoll.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 17/1248, zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

- Höre ich Finanzausschuss?

(Zurufe)

- Mitberatend an den Finanzausschuss? Ich glaube, Herr Kollege Buder meinte dies gerade nicht so ganz ernst. Also, es bleibt dabei: Ich lasse über die Überweisung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 17/1248, an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung abstimmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem fröhlichen Zwischenruf des Kollegen Buder kommen wir zum Ende der heutigen Beratung. Ich unterbreche die Tagung bis morgen um 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen allen einen anregenden oder auch erholsamen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:51 Uhr